

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Donnerstag, den 14. Dezember 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 3.00 Mk. monatl. 1.10 Mk.,
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
Einzige Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit Wochenschrift Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Voll-
abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
Z. tragen in die Post-Beitrag-
Verhältnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Interkons-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Rollen
zwei oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (frei
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentrums-Schanbrote.

Im Mittelpunkt der Reichstagsverhandlungen stand heute eine zweieinhalbstündige Rede des Zentrumsabgeordneten Gröber. Nachdem das Zentrum als ersten Staatsredner vor einigen Tagen Herrn Frißen, einen Sprecher von wenig volkstümlichem Gepräge, vorgeschickt hatte, setzte es heute die rhetorisch wichtigere Kraft des Herrn Gröber ein, um die parlamentarischen Kreise seiner Wähler durch das biedermännliche Pathos dieses im Geruche demokratischer Anwandlungen stehenden Parlamentariers über seine volksverräterische Politik hinwegzutäuschen. Und man muß es Herrn Gröber lassen, daß er eine so schöne Rede zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen hielt, daß sie stellenweise von einem sozialdemokratischen Redner nicht besser gehalten werden können. Nur an einigen Punkten ließ sich Herr Gröber und vorsichtige Wendungen entschlüpfen; im übrigen verriet sich die listige Demagogie der Rede durch das, was sie nicht sagte, was sie mit auf-fallendem Schweigen übergieng.

Um die wichtigsten, zugleich aber auch für das Zentrum peinlichsten Momente übergehen zu können, verweilte der Redner mit breiter Ausführlichkeit bei beiläufigen Punkten. So traktierte er gleich zu Anfang wohl dreiviertel Stunden lang die Diätenfrage. Was Herr Gröber über die kolossale Ausdehnung der Sessionen, über die Privilegierung der preussischen Abgeordneten usw. sagte, war an sich ja durchaus richtig. Nur nahmen sich solche Jeremiaden höchst seltsam im Munde des Vertreters einer Partei aus, die es völlig in der Hand hat, wenn sie nur ernstlich will, die Regierung zur sofortigen Gewährung von Diäten zu zwingen. Es scheint aber, als ob dem Zentrum der agitatorische Effekt der Forderung von Diäten wertvoller ist, als die Bewilligung der Diäten selbst. Dieser Argwohn wird durch die Begründung Gröbers nur bestärkt. Fragte er doch patetisch, wo denn heute die Vertreter des Arbeiterstandes im Reichstage sähen? Ein wirklicher, noch an der Wertbank sitzender Arbeiter könne schon mangels der Diäten nicht in den Reichstag gewählt werden. Wir halten es für mehr als fraglich, ob „wirkliche“ Arbeiter vom Zentrum in den Reichstag geschickt werden würden, wenn die Abgeordneten Tagegelde erhielten. Wo sind denn die Zentrumsarbeiter im preussischen Abgeordnetenhaus? Sind doch die Herren Brust und Giesberts auch keine „wirklichen“ Arbeiter. Zudem hindert ja niemand die Zentrumsfraktion, ultramontanen Proletariern durch Diätengeld den Eintritt in den Reichstag zu ermöglichen. Denn dem Einwand des Herrn Gröber, daß durch Diätengeld aus der Parteikasse die Selbständigkeit der Abgeordneten gefährdet werde, kann doch nur der gelten lassen, der schon in der Jugendigkeit zu einer Partei und in dem Bekennen von Parteischwärmungen überhaupt eine Bedrohung der Selbständigkeit erblickt.

Ebenso ausführlich verweilte Herr Gröber auch bei der Frage der Begrenzung der Matrikularbeiträge. Als ob davon, ob die Bundesstaaten ein paar Millionen mehr oder weniger zu den Reichslasten beitragen, die Reichssteuerpolitik auch nur im geringsten abhängig wäre! Deshalb bleibt der Reichsetat doch aufgebaut auf dem verwerflichen System der die Massen belastenden indirekten Besteuerung. Aber dadurch, daß Herr Gröber sich so eingehend über die Bedeutung der Matrikularbeiträge für den föderativen Charakter des Reiches verbreitete, ermöglichte er es sich, über die Frage der Kostenaufbringung für die neuen Flotten- und Koloniallasten um so rascher hinwegzukommen. Herr Gröber vermied es, irgend etwas Bestimmtes über die Stellung des Zentrums über die Tabak- und Biersteuervorlagen zu äußern! Auch über die Stellung des Zentrums zur Erbschaftsteuer verbreitete er keineswegs Klarheit. Wie schon Herr Frißen schlug auch er Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf die Deszendenten und Ehegatten vor. Ein ehemaliger Offizier habe seinerzeit eine Schrift über die Aufbringung der Mittel für die Flotte veröffentlicht. Er habe darin dargelegt, daß die Reichen, deren Interessen die Flotte diene, auch die Kosten dafür aufbringen müßten. Der Verfasser dieser Schrift habe den nicht ganz unbekannt Namen Ignatius von Popola getragen. Diese Auffassung vertrete auch heute noch das Zentrum. Freilich sei eine solche Erbschaftsteuer nur der „äußerste Notbehelf“. Das Zentrum hoffe in der Kommission die widerstrebenden Parteien für seine Ansicht zu gewinnen, daß, wenn kein anderer Weg gangbar sei, die Erbschaftsteuer auch auf Deszendenten und Ehegatten ausgedehnt werden müsse. Da Herr Gröber selbst darauf hingewiesen, daß in allen anderen Ländern weit ertragreichere Erbschaftsteuern schon längst beständen, wie denn überhaupt das System der direkten Steuern in Frankreich, England usw. viel besser ausgebaut sei als in Deutschland, ist es doppelt seltsam, daß er die erste und einzige direkte Reichsteuer als „äußersten Notbehelf“ bezeichne. Warum erklärt nicht einfach das Zentrum, daß es für die Erbschaftsteuer nur dann zu haben sei, wenn sie ergiebiger gestaltet wird?!

Die hohle Demagogie des Zentrums, die die Arbeiter mit den Schanbroten lehrer Versprechungen abspeist, trat vollends in Gröbers Behandlung der sozialen Gesetzgebung zutage. Hier bezeichnete der Zentrumsredner die Einführung von Arbeitskammern, die gesetzliche Festlegung des Be-

stimmungstages und einen weitgehenden Vergarbeiter-schutz als dringende Aufgaben. Dabei ist es, um nur das eine Exempel anzuführen, gerade das Zentrum gewesen, das im Dreiklassenparlament durch sein Kompromiß mit den Konservativen den Vergarbeitervertrag der Verggegnobelle zustande bringen half. Hätte es gegen dieses ganz unzulängliche Gesetz gestimmt und somit die traurige Fiktion im Abgeordnetenhaus vereitelt, so hätte es dadurch jene Regelung auf reichsgesetzlichem Wege erzwingen, die es so auf Jahre hinaus selbst hat vereiteln helfen!

So stumpf und unwirksam, so demagogisch unehrlich sich die Zentrumskritik auf dem Gebiete der Steuer- und Sozialpolitik erweist, als so heuchlerisch entpuppt sie sich auch auf dem Gebiete der Kolonialpolitik. So brachte Herr Gröber eine Darstellung zur Sprache, wonach der schlechtverschleierte Landraub die eigentliche Ursache zu dem Herero-Aufstand gewesen sei. Treffte diese Darstellung zu, so erscheine der Aufstand der Herero nur zu begreiflich. Diese Kritik läßt das Zentrum jetzt, wo der Hererokrieg inzwischen durch die Ausrottung des Stammes als beendet angesehen werden kann! Was Herr Gröber heute im Reichstage vortrug, waren nur die alten, bereits vor zwei Jahren von der Sozialdemokratie vorgebrachten Anschuldigungen. Damals hätte sich das Zentrum der unterdrückten Eingeborenen annehmen müssen, nicht jetzt, wo nur noch kümmerliche Reste eines zahlreichen Volkes übrig geblieben sind! Wie wenig ernst es dem Zentrum damit ist, den Grundrissen der Gerechtigkeit und Humanität in den Kolonien Geltung zu verschaffen, beweist zudem schon die Tatsache, daß Herr Gröber auch nicht ein Wort der Verurteilung für die berüchtigten Trotha-Erlasse fand!

Dagegen ließ sich Herr Gröber nicht die billige Gelegenheit entgehen, die Regierung wegen unglaublicher Vorkommnisse in Kamerun zu interpellieren, die von einem Hamburger Blatt an die Öffentlichkeit gezogen worden sind. Die Kritik, auf die Herr Gröber sich bezog, lautete im „Hamburger Fremdenblatt“:

„Wir haben seinerzeit die Beschwerdeschrift der Kameruner Häuptlinge gegen den Gouverneur v. Puttkamer mitgeteilt. Bekanntlich lag die Beschwerdeschrift lange im Auswärtigen Amt, ohne daß irgend das geringste getan wurde, die Beschwerden der Kameruner auf ihre Stichhaltigkeit hin zu prüfen. Vielmehr glaubte man offiziös die Gelegenheit dadurch abzu zu können, daß man durch die „Ndn. Ztg.“ verbreiten ließ, das Ganze sei eine Bagatelle, die nicht der Beachtung wert sei, denn hinter der Beschwerdeschrift ständen ja nur etwa 6000 Eingeborene. Erst die öffentliche Diskussion der Angelegenheit durch die Presse, nachdem der Wortlaut der Kameruner Beschwerdeschrift inzwischen bekannt gemacht war, veranlaßte Herrn Dr. Stübel zu der Erklärung, daß die Beschwerde Gegenstand ernster Untersuchung sei. Was es aber mit dem Ernst dieser Untersuchung auf sich hat, kann man daraus ersehen, daß Herr v. Puttkamer nichts Äußerer zu tun hatte, als nun jene Schreiber aus Kamerun, die Unterzeichner der Beschwerdeschrift, ins Gefängnis werfen zu lassen. Und jetzt ist, wie uns mitgeteilt wird, den Beschwerdeführern der Prozeß gemacht worden, der mit der Verurteilung der Angeklagten zu mehrjährigen Gefängnisstrafen gendert hat. Wir würden dieses unerhörte Vorgehen des Gouverneurs Puttkamer nicht für möglich halten, wenn uns nicht das Originaltelegramm aus Duala vorläge, das die Mitteilung von der erfolgten Verurteilung enthält und das kaum bestritten werden würde, wenn die Nachricht nicht den Tatsachen entsprochen haben würde. Die Angelegenheit bedarf dringend der Klärung.“

Herr Gröber versicherte, daß er diese Mitteilungen einstweilen unmöglich glauben könne. Er wurde schleunigst eines Besseren belehrt: Nachdem Gröber geschlossen, erhob sich der neue Kolonial-Prinz Hohenlohe-Langenburg, um die Darlegung des Hamburger Blattes vollaus zu bestätigen! Das Kolonialamt habe Herrn v. Puttkamer die Beschwerdeschrift der Kameruner Häuptlinge zur Rückübernahme übersandt. Antwort habe es jedoch nicht erhalten, wohl aber sei ein Telegramm Puttkamers mit der lakonischen Meldung eingegangen, daß die Unterzeichner der Beschwerde kraft richterlichen Urteils auf mehrere Jahre ins Gefängnis geworfen worden seien! Das ist Puttkamers „Rückübernahme“, so wird der „gründlichen Untersuchung“ vorgegearbeitet, die von Herrn Stübel verprochen worden war! Das Zentrum wird in diesem Falle zeigen können, wie ernst es ihm mit der Beseitigung der Mängel der kolonialen Verwaltung ist. Tritt es nicht mit aller Energie für die sofortige Freilassung der Eingekerkerten und die beschleunigte Entsendung einer parlamentarischen Untersuchungs-Kommission nach Kamerun ein, so liefert es damit den Beweis, daß seine Kritik der kolonialen Schäden nur ebenso auf Täuschung seiner leichtgläubigen Wählermassen berechnet ist, wie seine sozialpolitische Demagogie!

Nach Gröber sprachen außer dem genannten Regierungsvertreter, der sich auf die Erklärung zu der Kameruner Affäre beschränkte, noch der süddeutsche Volksparteier Bayer und der deutsch-sozial Reformpartei Zimmerrmann. Bevor in die Weiterberatung des Etats eingetreten worden, war das Handelsprovisorium mit England gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen worden.

Sehr bemerkenswert war die Erklärung, die Reichschah-sekretär v. Stengel vor Eintritt in die Tagesordnung abgab und die in der Mitteilung gipfelte, daß dem Hause demnächst noch ein vierter Nachtragsetat für Südwestafrika zugehen werde, der eine Forderung von nicht weniger als 30 Millionen Mark enthalten werde! Diese Mehrforderung wurde von dem Reichschahsekretär mit den Transport-schwierigkeiten im Gontentengebiet begründet. In Wirklichkeit ist dieser Nachtragsetat nur die unausbleibliche Folge der Feinerzeit von der Regierung led geleugneten Staats-überschreitungen!

Die Revolution in Rußland.

Nach kaum sechsständigem Dienst wurde der telegraphische Verkehr mit dem zaristischen Rußland wegen beschädigter Linie sowie Betriebseinstellung des dänischen Kabels wieder eingestellt. In Moskau hält sich der Post- und Telegraphenstreik nach wie vor. Den Streikenden gehen bedeutende Spenden aus der Gesellschaft zu. Jeden Tag finden Zusammenkünfte mit der Polizei und dem Militär statt. Das Geheimkomitee der Petersburger Abteilung des Post- und Telegraphenverbandes nahm eine Resolution an, in welcher erklärt wird, trotz des Tagesbefehls Durnomows werde der Verband auf Grundlage des Manifestes vom 9. Oktober bestehen. Die Rebellen seien nicht die Post- und Telegraphenangestellten, der Rebell sei Durnomow, der das kaiserliche Manifest verlege. An der Moskauer Börse sind Gerüchte über bedeutende Fallissements verbreitet. Im Gouvernement Nowgorod kam es zu einem blutigen Handgemenge. Auf der Bahnstation Boromenka sandten die von der Polizei aufgestachelten Bauern nach dem Staatsanwalt und nach Militär. Sieben „Agitatoren“ wurden verhaftet, gegen die Anklage wegen „Aufreizung zum Aufstande“ erhoben wird.

Aus dem Fabrikort Drehowo-Sujewo bei Moskau wird ein blutiger Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Kosaken gemeldet. Drei Kosaken wurden durch Schüsse getötet. Das Parteiblatt „Kosowa Schiza“ meldet, der Vorsitzende des Arbeiterdeputiertenrats Chruschalew befände sich auf der Peter Pauls-Festung, wo Wohnnahmen getroffen seien für den Fall eines Versuches der Arbeiter, ihn zu befreien. Das Haupttor sei geschlossen, im Hofe seien Geschütze aufgestellt, die Wachen verstärkt. Privatmeldungen aus Riga schildern die dortige Lage als höchst ernst. Beim Bahnhofe ist ein Geschäft aufgefahren, bei der Post ein Maschinengewehr. Das Militär wird aber als nicht zuverlässig betrachtet. Letzliche Sozialdemokraten sollen Herren der Stadt sein.

Der „Auk“ veröffentlicht ein von Mannschaften der 8. Sappeurbrigade in Moskau unterzeichnetes Telegramm, worin sie mitteilen, die Mannschaften, welche in diesem und im vorigen Jahre ausgehört hatten, seien auf ihr Gesuch um Entlassung ohne Antwort geblieben. Sie bringen daher ihr Gesuch nochmals in Erinnerung mit dem Hinweis, daß sie sich im Falle eines abschlägigen Bescheides ihre Handlungsfreiheit vorbehalten. Bis zum 12. d. M. würden sie warten.

Der Kriegszustand wird weiter ausgedehnt.

Petersburg, 12. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur über Endbilanzen.) Die Generalgouverneure, Gouverneure und Stadthauptleute der nicht im Ausnahmezustande befindlichen Gegenden erhielten die Befehle, für den Fall, daß die öffentliche Ordnung bedroht würde, für die Dauer von höchstens drei Monaten obligatorische Bestimmungen zu erlassen, Verwaltungsstrafen zu verhängen und die Einfuhr von Waffen aus dem Auslande und Zinland sowohl Verkäufern als Privatpersonen zu verbieten.

Die Konterrevolution provoziert.

Petersburg, 13. Dezember. Die Regierung hat die Vorschläge, eine konstituierende Versammlung einzuberufen, welche sich mit der Prüfung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts befassen sollte, rundweg abgelehnt.

Bauernunruhen.

Aus Odessa meldet der „Standard“, daß die Bauernunruhen sich nunmehr über ganz Südrussland ausgedehnt hätten.

Militärrevolten.

Petersburg, 12. Dezember. („Laffan“-Meldung.) Reisende aus Charkow berichten, daß die Regimenter Dielostky und Ochotsky gemuntert haben.

Petersburg, 13. Dezember. Aus Odessa wird gemeldet, daß die Revolutionspartei in Militärkreisen aufs energischste agitiert.

Die Odessaer Eisenbahner beschlossen, wegen der Verhaftung der Arbeiterdeputation in Petersburg sich dem allgemeinen Streik anzuschließen.

Wir erhalten von Herrn Gapon die folgende Zuschrift:

Geehrte Redaktion!

Aufs neue gezwungen, zeitweilig Rußland zu verlassen, fand ich in den Nummern 285 und 287 des „Vorwärts“ einige Zeilen über mich, welche geeignet sind, die Motive, die mich zu diesem Schritt bewogen, im falschen Lichte darzustellen. Ich verließ Rußland bei weitem nicht darum, weil ich — wie im „Vorwärts“ gesagt wird — selbst geküßt habe, meine Rolle in der russischen Revolution sei ausgespielt, — nein, sondern nur aus Rücksicht der Gefahr, jeden Moment von den Schergen der Regierung ergriffen zu werden, d. h. gerade von der Mission abgeschnitten zu bleiben, die ich unternommen. Außerdem habe ich hier, im Auslande, manche rein geschäftlichen Anträge seitens der mir treu gebliebenen Arbeiter zu erledigen.

Ich bin noch wie vor den Grundprinzipien des internationalen Sozialismus treu geblieben und werde es bleiben; nur gehe ich in der Verwirklichung derselben mein eigenes

Wege, die nur von einseitigen Doktrinen, nicht aber von den Menschen der sozialrevolutionären Tat als für die Arbeiterfrage schädlich angesehen werden können.

Wie dem aber auch sei, um ein möchte ich nur bitten: keinen Interviewberichten über meine vermeintlichen Pläne und Absichten Glauben zu schenken, da ich weder bis heute mit irgend einer meiner Organisation fernstehenden Person darüber etwas gesprochen habe, noch auch späterhin zu sprechen geneigt bin.

Genf, 9. Dezember 1905.

Mit sozialistischem Gruß
Georg Gapon.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Dezember.

Eisenbahnfragen im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus besprach am Mittwoch zunächst die nationalliberale Interpellation betreffend den Wagenmangel auf den Staatsbahnen. In der Hauptsache kamen Vertreter der Grubenbarone zu Wort, die lebhaft über die Kürzung ihrer Dividenden klagen. Gewiß verlangen auch wir, daß die Staatseisenbahnverwaltung sich mehr ihrer Aufgaben bewußt wird und in erster Linie der Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses dient. Gewiß sind auch wir der Meinung, daß wenn nicht mit der unheilvollen Miquel'schen Thesaurierungspolitik gebrochen, wenn nicht endlich dafür gesorgt wird, daß ohne Rücksicht auf die sonstigen Bedürfnisse des Staates die hohen Eisenbahnüberschüsse in erster Linie zu Verkehrsverbesserungen verwendet werden — von einer Beseitigung der Uebelstände nicht die Rede sein kann. Aber andererseits darf man doch nicht verkennen, daß die Interpellanten lediglich für das von ihnen vertretene Grubenkapital, insbesondere für das Kohlenyndikat, wesentliche Erleichterungen verlangen, ohne ihrerseits auch nur das geringste Entgegenkommen zu zeigen. Vor allem glaube man doch nicht, daß das Syndikat im Falle der Erfüllung seiner Wünsche eine Verbilligung der Kohlenpreise herbeiführen würde. Die Herren wollen eben, wie sie ganz offen erklärten, für die Lasten, die ihnen die Vergesellschaftung angeblich auferlegt, indirekt vom Staate entschädigt werden. Es ist die nachste Interessenpolitik, die hier getrieben wird. An diesem Urteil ändern auch die Klagelieder nichts, die einige Redner über die Schädigung der Arbeiter anstimmten, die infolge des Wagenmangels zu feinen Gewohnheiten. Man kennt dies Lied zur Genüge. Es ist ein alter Gaunerkniff, durch den Hinweis darauf, daß die Arbeiter unzufrieden werden und zur Sozialdemokratie übertreten, sich selbst die Taschen zu füllen.

Nach Erledigung der Interpellation über den Wagenmangel begründete Abg. Dr. v. Savigny (Z.) seine Interpellation über den Lunnlein-Sturz bei Altenbeken. Die Regierung erklärte, daß kein Mensch die Schuld trage, sondern daß es sich um ein Naturereignis handle, daß im übrigen alles gefahren sei, um die wirtschaftliche Schädigung der in Mitleidenschaft gezogenen Eisenbahnbeamten abzuwenden, daß sofort eine Untersuchung aller übrigen Eisenbahntunnels in Preußen angeordnet sei und daß kein Grund zu Besorgungen vorliege. Mit dieser Erklärung begnügte sich das Haus, eine Besprechung der Interpellation fand nicht statt.

Die nächste Sitzung findet erst am 9. Januar 1906 statt. Der Finanzminister wird dann den Etat einbringen.

Die Stuttgarter Gemeinderatswahl.

Zur Ergänzung der telegraphischen Meldung in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ wird uns geschrieben:

Nachdem das türkische Listensystem die Sozialdemokratie, obwohl sie die stärkste Partei in Stuttgart ist, schon häufig um ihren berechtigten Erfolg betrogen hat, so daß die Parteigenossen die für die Wahl notwendigen Vorbereitungen angesichts des drohenden negativen Ergebnisses oft nur widerwillig trafen, hat uns der vergangene Freitag diesmal einen vollen Erfolg gebracht: alle von uns aufgestellten Kandidaten sind gewählt worden. Das Resultat dieser Wahl wird ermunternd auf die Tausende von Arbeitern in Stuttgart wirken, die es bisher immer noch nicht für angebracht gefunden haben, das Bürgerrecht zu erwerben und fünf Mark als Preis für das Gemeindevahlrecht zu zahlen.

Zur einzelnen ist das Wahlergebnis nach den amtlichen Feststellungen wie folgt:

	unabgeändert:	abgeändert:
Sozialdemokratie	6698	289
Volkspartei	1623	448
Nationalliberale	5200	868
Konservative		
Zentrum	1407	228
Bürgervereine		
Neutraler Zettel	818	151
Freier Wahlzettel	260	140
Zettel Groß-Stuttgart	262	25

Die drei letzten Zettel stammen von bedeutungslosen Gruppen und sind wohl von indifferenten Mittelschichten abgegeben worden, die man kaum jemals irgend welchen Parteirichtungen, rechts oder links, wird dienstbar machen können. Die „Bürgervereine“ sind jedoch dem reaktionären Kartell zuzurechnen, zumal ihr Zettel mit dem der drei bürgerlichen Parteien bis auf einen Namen übereinstimmt. Es geht daraus hervor, daß die Sozialdemokratie allein die Gesamtheit der übrigen Parteien noch nicht überwinden kann, daß sie aber in der Lage ist, in Gemeinschaft mit der Volkspartei die politische und soziale Reaktion vom Stuttgarter Rathaus völlig fernzuhalten. Da die Sozialdemokratie im Verhältnis stärker wächst als die bürgerlichen Parteien, inklusive der Volkspartei, so versteht es sich von selbst, daß die Stärke unserer Partei, nachdem der Sieg des „linken“ Zettels einmal zweifelsfrei sichergestellt ist, in der Zahl der uns auf dem gemeinsamen Zettel zugezählten Kandidaten zukünftig noch deutlicher als bisher wird zum Ausdruck gebracht werden müssen. Da alle zwei Jahre ein Drittel des Gemeinderats und ebenso die Hälfte des Bürgerausschusses erneuert wird, so ist bei Innehaltung des diesmal eingeschlagenen Wegs die Zeit nicht mehr allzufern, wo die Sozialdemokratie auf dem Stuttgarter Rathaus die maßgebende Partei sein wird, nach deren Grundsatzen die Stadtverwaltung zu erfolgen hat. Diese Konsequenz, welche naturgemäß unserer Partei eine große Verantwortung für ihre gemeindepolitischen Maßnahmen auferlegt, ist auch unseren Gegnern klar, wie an dem berückelnden Loben des nationalliberalen „Schwäbischen Merkur“ zu erkennen ist.

Die unabgeänderten sozialdemokratischen Stimmen wuchsen von 4368 im Jahre 1903 auf 5081 im Jahre 1904 und auf 6698 im Jahre 1905. Das Wachstum war allerdings im

letzten Jahre besonders groß, da einige Vororte eingemeindet wurden. Im allgemeinen berechtigt die Aufwärtsentwicklung der Stuttgarter Sozialdemokratie zu den schönsten Hoffnungen auch für die nächstjährigen Landtagswahlen.

John Burns Kabinettsminister.

London, 11. Dezember. (Fig. Ver.)

Heute wurde die Zusammensetzung des neuen liberalen Ministeriums bekannt gemacht. Wie bereits mitgeteilt, hatte es Sir Henry Campbell-Bannerman mit zwei Richtungen zu tun: der liberal-imperialistischen und der radikalen (demokratischen und freisinnigen). Die erstere Richtung erhielt u. a. die Ministerien der Finanzen (Asquith), der äußeren Politik (Sir Edward Grey), und des Krieges (Haldane). Die Radikalen erhielten die Leitung der inneren Politik (der Sohn Gladstones: John Burns), Irland (Orren), Indien (Morley), Schulfwesen (Birrell).

Das neue Ministerium hat in der bürgerlichen Presse eine freundliche Aufnahme gefunden. Sie anerkennt, daß Sir Henry eine schwierige Aufgabe zu lösen hatte und seine Lösung die einzig mögliche gewesen ist.

Die Ueberraschung dieses Ministeriums ist die Ernennung von John Burns zum Präsidenten der Lokalregierung, obwohl man allgemein angenommen hatte, daß Burns Minister wird. Vebel hat diese Ernennung schon auf dem Amsterdamer Internationalen Sozialistkongresse (1904) vorausgesehen. Burns wird einen Sitz im Kabinettsrat haben und der erste Minister sein, der in England aus der Arbeiterklasse hervorgegangen ist. Die Arbeiterabgeordneten Burt und Broadhurst waren nur Unterstaatssekretäre. Wenn Burns einen starken Charakter hätte, könnte er als Präsident der Lokalregierung ein gutes Stück sozialpolitischer Arbeit leisten; denn in sein Ressort fallen: Armenwesen, Arbeitslosigkeit, Sanitätswesen, Behausung. Es gibt in England noch alte und unwiderstehliche Gesetze über Armenunterstützung, die, wenn in Kraft gesetzt, zur Verstaatlichung eines großen Teiles des Grund und Bodens und zur Schaffung von großen Ackerbau-Genossenschaften führen könnten. Ferner könnte Burns auf Grund der Sanitätsgesetze das sogenannte Schwigsystem (sweating system) abschaffen; ebenso könnte er die Slums (die alten ungesunden und überfüllten Arbeiterhäuser) niederreißen lassen und eine gründliche Wohnungsreform einleiten, wobei sich auch wenigstens teilweise der Arbeitslosigkeit abhelfen ließe. Der Präsident der Lokalregierung hat sicher, kaum wie andere englische Minister, die Gelegenheit, durch eine systematische Praxis, durch eine unausgesetzte und von den Umständen selbst bestimmte Reformtätigkeit die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in Angriff zu nehmen. Aber Hr. John Burns ist nur ein liberaler Minister in einem liberalen Kabinettsrat, und von seinen Kollegen abhängig. Er wird nichts Gesehtes leisten. Man darf von ihm nichts erwarten. Er ist ein guter Kerl, unbestechlich; aber er hat vom Sozialismus nie etwas mehr befaßt, als die Phrase. Er hat niemanden verraten; er ist auch sich selbst nicht untreu geworden. Liberal war er und liberal ist er geblieben. Geändert hat sich nur sein Temperament. Burns ist älter, ruhiger, nüchtern geworden, aber auch ehrgeiziger. Der Ehrgeiz ist seine stärkste Triebfeder; in allem anderen gleicht er dem englischen Durchschnittsarbeiter. Die einzige Gabe, die ihn auszeichnet, ist die der Rede.

Seine Ernennung zum Kabinettsminister ist überdies noch eine vorläufige. Bei der Parlamentsauflösung muß er selbstredend, wie jeder andere Abgeordnete, sich der Neuwahl in seinem Kreise unterziehen. Seit 1892 vertritt er Battersea (Südwest-London). Fällt er bei den Wahlen durch, so ist es mit seiner ministeriellen Verantwortlichkeit aus. Es gibt hier viele Sozialisten, die Lust haben, dort einen Gegenkandidaten aufzustellen, um die Arbeiterstimmen zu zerplittern und den Konservativen siegen zu lassen.

Deutsches Reich.

Deutsch-russischer Handelsvertrag.

In den Kreisen der rheinisch-westfälischen Eisenwaren- und Maschinenindustriellen sieht man dem Inkrafttreten des neuen deutsch-russischen Tarifvertrages am 1. März nächsten Jahres mit einem gewissen Bangen entgegen, zumal die revolutionäre Gärung in den wirtschaftlichen Zentren Russlands, besonders die durch die Streiks der Eisenbahnangestellten herbeigeführten Verkehrsstörungen ohnehin die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland sehr beeinträchtigt haben. Einzelne Korporationen rheinischer und westfälischer Industrieller, besonders der bergisch-märkischen Kleinindustrie haben sich bereits an den Reichskanzler mit dem Ersuchen gewandt, die russische Regierung dazu zu bestimmen, daß sie in eine Verschiebung des Ablauftermins des jetzt gültigen Handelsvertrages um einige Monate willigt. In einer der „Vossischen Zeitung“ aus rheinisch-industriellen Kreisen zugegangenen Zuschrift kommt diese Stimmung deutlich zum Ausdruck. Es heißt darin:

„Die Vorgänge in Rußland machen es von Tag zu Tag zweifelhafter, ob es dem russischen Handelsministerium gelingen wird, bis zum 1. März 1906 alle Vorbereitungen zu treffen, die für das Inkrafttreten des neuen Vertrages unerlässlich sind. Wenn aber der Termin etwa um zwei Monate hinausgeschoben würde, so würde das für die deutsche Exportindustrie nur von Vorteil sein. Es ist offensichtlich, daß die infolge der politischen Wirren eingetretenen Verkehrsstörungen dem deutschen Kaufmann das Aufsuchen von Warenbestellungen in den verflochtenen Monaten ungemein erschwert haben, ebenso wie die russischen Handelshäuser dadurch vielfach verhindert wurden, ihre für Deutschland bestimmten Aufträge rechtzeitig zu erteilen. Nun haben zwar die letzten Wochen durch größere Bestellungen einen gewissen Ausgleich für diese der deutschen Exportindustrie sehr fühlbar gewordenen Abfallstodungen gebracht, auch darf man mit Sicherheit erwarten, daß diese regere Nachfrage auch in den kommenden Monaten noch andauern wird, weil einmal die gänzlich geräumten Lager zu größeren Warenbestellungen geradezu nötigen und sodann der demnächstige Ablauf des alten Vertrages mit seinen günstigeren Tariffähigen die russische Geschäftswelt veranlassen wird, sich für längere Zeit, als es sonst üblich ist, mit Waren zu versehen. Eben deshalb aber wird die Lage der deutschen Exporteure in den nächsten Monaten voraussichtlich eine recht schwierige werden. Schon jetzt ergibt sich in vielen Fällen die absolute Unmöglichkeit, die Waren so rechtzeitig zu liefern, daß sie an der russischen Zollgrenze noch zu den bisherigen Tariffähigen verzollt werden können.“

Unter so großen unseren russischen Export drohenden Gefahren haben sich daher mehrere Korporationen aus den Kreisen der bergisch-märkischen Kleinindustrie, die beim russischen Export ganz wesentlich beteiligt ist, mit der Bitte an den Reichskanzler gewandt, die russische Regierung zu veranlassen, den Termin des Ablaufes des bestehenden Handelsvertrages bis zum 1. Juni 1906 zu verschieben.

Die deutsche Arbeitererschaft hat sicherlich nichts dagegen, wenn der deutsch-russische Handelsvertrag erst mit dem 1. Juni nächsten Jahres in Kraft tritt; sie ist sogar völlig damit einverstanden, daß dieser Vertrag niemals Geltung erlangt. Wesentlich anders denken jedoch die agrarischen Parteien des Reichstages. Sie rechnen darauf, daß die revolutionäre Gärung im Verein mit den Zollhöhungen die russischen Agrarprodukte im nächsten Jahre noch weit mehr als bisher vom

deutschen Markt fernhalten und deshalb auf diesem der Preis für die bisher aus Rußland eingeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, besonders Getreide, beträchtlich steigen wird. Diese Gelegenheit, das arbeitende Volk zu schröpfen, möchten sich unsere Könige nicht entgehen lassen. Gar zu gern sähen die Herren von Arn und Halm im nächsten Jahre neben der künstlichen Fleischsteuerung eine künstliche Protektionierung entstehen. Für eine hinauschiebung des Ablauftermins des zurzeit geltenden deutsch-russischen Tarifvertrages werden sie deshalb kaum zu haben sein — und die Regierung stellt sich, wie die Reichstagsvorklagen aufs neue beweisen, bereitwillig in den Dienst der agrarischen Wünsche.

Tabaksteuer und Zentrum.

Der Zentrumabgeordnete Dr. Marcour, der im Reichstage den Kreis Altona-Geldern vertritt, hat es für ratsam gefunden, sich seinen Wählern einmal selbst vorzustellen. Seinerzeit hatten die katholischen Bauern in dem Kreise Stellung gegen ihn genommen, weil er nicht energisch genug ihre Interessen vertreten habe. Jetzt werden in dem Kreise die Tabakarbeiter gegen ihn rebellisch und verlangen eine glatte Ablehnung der neuen Steuerentwürfe. Dr. Marcour hat nun in Geldern in einer großen Versammlung für Ablehnung der geplanten Erhöhung der Tabaksteuer gesprochen und in seiner Rede ausgeführt, daß das Zentrum seinen Standpunkt teile. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die im Saale des Herrn Kratz in Geldern tagende Versammlung von Tabakinteressenten erklärt sich gegen die von der Regierung geplante Besteuerung von Rohtabaken des Tabakgewerbes, welches heute schon 70 Millionen Mark an Steuern und Zöllen aufbringt. Es würde ohne Zweifel durch eine höhere Besteuerung schwer geschädigt. Es ist zweifellos, daß eine große Anzahl der 180 000 Personen, welche die Tabakindustrie beschäftigt, brotlos werden würde, besonders, da die Arbeitskraft der vielen schwächlichen Arbeiter für andere industrielle Berufe und besonders für landwirtschaftliche Beschäftigung nicht ausreichen kann. Die Versammlung bittet den hohen Reichstag, in Gemäßheit des § 6 des Stottengesetzes, von jeder, den Massenkonsum betreffenden Belastung Abstand nehmen zu wollen und insbesondere eine Erhöhung der Tabaksteuer abzulehnen.“

Das Zentrum wird sich schwerlich durch bestrittene Resolutionen abhalten lassen, hinterher doch für die Tabaksteuer-Erhöhung einzutreten — vorausgesetzt, daß es auf kirchenpolitischem Gebiet dafür eine entsprechende Entschädigung erhält. Vielleicht gestattet der Fraktionsvorsitz Herr Marcour, wenn die Annahme der Vorlage ohnehin gescheitert ist, sich als einen Mann von Wort zu betätigen und gegen die Steuererhöhung zu stimmen — sonst dürfte zur Zeit der Abstimmung Herr Marcour plötzlich gefährlich erkranken, z. B. am Schnupfenfieber, und deshalb „bedauerlicherweise“ verhindert sein, an der betreffenden Reichstags-Sitzung teilzunehmen.

Der Kampf im Brauergewerbe.

Der Verlauf der am Sonntag in der Tonhalle abgehaltenen Protestversammlung gegen die neue Branntweinvorlage (siehe die vorgestrige Nummer des „Vorwärts“) hat die schon seit langem zwischen den Großbrauereien und Kleinbrauereien bestehenden Gegensätze noch mehr verschärft. Die sieben erdichtene Nummer der „Brauerei-Korrespondenz“ beschäftigt sich in schärfster Weise über die Rundtrottmachung der Vertreter der kleineren Brauereien, namentlich derjenigen, die sogen. obergäriges Bier liefern, auf der „Brauereiparade“ und schließt mit folgendem Kampfruf:

„Der große Sonntag ist vorüber. Die Großbrauerei hat eine blamable, moralische Niederlage erlitten. Soll auf Seiten der Sieger der Sieg unangefochten bleiben? Soll auch auf ihrer Seite die alte Uneinigkeit weiter dauern? Wir waren zum Friedensschluß in der gestrigen Versammlung bereit. Die Großbrauerei hat diesen Friedensschluß schmählich von sich abgewiesen. Damit ist wenigstens auch für die bisher Vertrauensseligen unter uns und in den Reihen des „Bundes“ Klarheit geschaffen, die Klarheit, wonach es zwischen der Großbrauerei und allen anderen brauergewerblichen Kreisen nur eine Lösung gibt: Krieg!“

Wir im Verbands obergäriger Brauereien sind Kriegsgemüht und kampfgelüht. Die titelbeleideten Herren von der Großbrauerei, das hat der gestrige Sonntag gelehrt, fürchten uns, nicht umgekehrt. Die Herren flüchten sich — wie ein Reptil in seine Höhle — in ihre stillen Konventikel, um auf gebuldigen Papier mit Trüderdärweize ihre lässliche Geschäftspolitik zu betreiben. Aber deshalb scheint es möglich alle, deren moralischer Widerwille von solchem Treiben geweckt und deren persönliche und berufliche Stellung, Ehre und Würde dadurch berührt bzw. herabgedrückt wird, zu gemeinsamer rücksichtsloser Verfolgung solcher Politik zu verbinden.“

Zur Abwehr der geplanten Brauervereinigung wird diese gegenseitige Feindschaft sicherlich nicht beitragen; aber sie zeigt, wie die Brauereibesitzer in ihrer Stellungnahme zu der Regierungsvorlage durch keinerlei Rücksichten auf die Konsumenten oder die politische Lage bestimmt werden, sondern ausschließlich durch das roheste Profitinteresse.

Eine kleine Palastrevolution macht zurzeit dem Nürnberger Gemeindefreiwahl zu schaffen. Vorige Woche, am Tage nach der Wahl der Magistratsräte, legte plötzlich die gesamte Vorstandschaft des Gemeindefreiwahl ihre Ämter nieder, so daß am Dienstag Neuwahl stattfinden mußte. Hierbei wurde mitgeteilt, daß die Vorstandschaft am Tage vor der Magistratswahl dem Gemeindefreiwahl eröffnete, der Magistratsrat Heim habe einem subalternen Gemeinbedeamten gegenüber erklärt, bei der jetzigen Geschäftsführung im Bureau des Gemeindefreiwahl sei die Möglichkeit gegeben, die Protokolle zu fälschen. Von dieser Äußerung wurde der Magistratsrat in Kenntnis gesetzt, aber Herr Heim sah sich nicht veranlaßt, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Die Vorstandschaft überließ das Urteil in der Sache dem Kollegium, aber dieses wählte am anderen Tage Herrn Heim zum Magistratsrat wieder. Dadurch sieht sich die Vorstandschaft vom Kollegium im Stich gelassen und erfolgte deshalb die Amtsniederlegung.

Es hat den Anschein, als ob nicht alles gesagt worden sei, was hinter den Kulissen vorgegangen ist und als ob Heims Äußerung nicht so ganz unbegründet sei, denn sonst hätte er sich wohl nicht geweigert, eine Erklärung abzugeben, auch hätte man ihn sicherlich nochmals in den Magistratsrat gewählt.

Landtagswahl in Berlin. Bei der Wahl eines Abgeordneten im ersten Berliner Wahlbezirk wurde Dr. Hugo Gerschel (freisinnige Volkspartei) mit 603 Stimmen gewählt. Professor Eduard Engel (freis. Volksp.) erhielt 110 und Professor von Wendt (son.) 10 Stimmen.

Die empfindsame Justitia.

Die politische Vergangenheit des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Grafen v. Reventlow bildete den Untergrund eines Strafverfahrens gegen den Redakteur Oiden vom „Hamburger General-Anzeiger“. Der Anklage liegt folgendes zugrunde: Das langjährige eingegangene Vernehmliche „Montagsblatt“ brachte vor längerer Zeit Angaben über die Vergangenheit des Grafen v. Reventlow, wonach dieser als Student für den während des Ausnahmestandes in Bück erschienenen „Sozialdemokrat“ Artikel geschrieben haben sollte. Der Redakteur Reibelung von der freisinnigen „Nordhäuser Zeitung“ verarbeitete diese Angaben gegen den antisemitischen Grafen, mit dem er während der Reichstagswahlkampagne einige Male scharf zusammengestritten war. Der Graf strengte gegen A. eine Verleumdungsklage an und erzielte in der ersten Instanz die Verurteilung des Reibelung zu einem Monat Gefängnis; ein Urteil, das in der Berufungsinstanz in eine Geldstrafe von 450 M. umgewandelt wurde. Während in der Urteilsbegründung des schöffengerichtlichen Urteils ausdrücklich hervor-

gehoben wurde. Nebelung habe nicht aus unehren persönlichen Motiven, sondern als politischer Gegner gehandelt, heißt es in der späteren schriftlichen Urteilsbegründung des Landgerichts, der Angeklagte habe eine „gemeine Gefinnung“ an den Tag gelegt.

Der „General-Anzeiger“ kritisierte in einigen jahren Redewendungen diese Urteilsbegründung und bemerkt u. a.: „... Und eine Nichterkenntnis entblödet sich nicht, mit dieser beschimpfenden Beleidigung in ihrem Erkenntnis zu überieren. Es spricht mehr aus diesem Erkenntnis als willkürliche Willkürlichkeit. Es erhellt hier die einfache Tatsache: Das Ehrgefühl eines Bürgers wird von den Richtern nicht geschont. Mit Beleidigungen, die sie selbst mit Pistolensfordernungen beantwortet hätten, fühlen sie ihr — entflammtes Ehrgefühl einem Manne gegenüber, der als Angeklagter wehrlos ist. Ein Richterstand, der geradezu eine Kaste bildet, der sich fast ganz aus Reserveoffizieren und Corpsstudenten zusammensetzt, erkennt ganz einfach die Empfindlichkeit des Ehrgefühls anderer Menschen nicht an. Im Vollgefühl seiner Macht hält er sich weder an Vorschriften des guten Geschmacks noch an die des Strafrechts.“

Die Strafkammer III des Landgerichts zu Hamburg hatte am Montag über diese angebliche Beleidigung der Mitglieder der Strafkammer zu Nordhausen zu befinden. Der Angeklagte Olden wurde zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Gegen die geplante Erhöhung der Tabaksteuer.

Die einzelnen Berufsstände machen gegen die in der sogenannten Reichsfinanzreform vorgesehene Steuererhöhungen mobil. Den Bauern am Sonntag folgten gestern die Tabakinteressenten, die im überfüllten alten Orpheeum eine Protest-Versammlung abhielten. Syndikus Willner wies als Hauptredner mit Nachdruck auf den § 6 des Flottengesetzes hin, der eine weitere Belastung der breiten Massen geradezu verbietet! Diese gesetzliche Festlegung habe man dadurch zu umgehen versucht, daß man noch, der Konvention könne die Steuerja selbst bestimmen und dann brauche er ja nur weniger zu ranchen. Es sei gar nicht wahr, daß der Mensch die Genussmittel ohne weiteres entbehren könne. Die Regierung könne sie nicht aus der Welt schaffen, wohl aber könne sie die billigen und guten Genussmittel abschaffen und das Volk dem Schnaps, Fusel und Aether in die Arme treiben.

Zum Schluß nahm die Versammlung eine Resolution an, in der es heißt:

„Die in Rede stehenden Gesetzesvorlagen erscheinen zudem in besonderem Maße unbedenklich bekämpfenswert, weil sie geeignet sind, den gewerblichen Mittelstand in der Produktion wie im Vertrieb zu dezimieren, einen Teil der im Tabakgewerbe beschäftigten Arbeiter drohlos zu machen und auf die Löhne der übrigen in besagter Weise zu drücken. Die am 12. Dezember 1905 zu Berlin in den Central-Theatersälen, Alte Jakobstraße 38, stattgehabte, von mehr als 2000 Personen besuchte Versammlung aller Tabakinteressenten, richtet an den hohen Reichstag die dringende Bitte, im Interesse der Gerechtigkeit und Billigkeit und im besonderen Interesse der mehr als 200000 deutscher Bürger, die mit ihren Familien aus der Herstellung oder aus dem Vertrieb von Tabak und Tabakfabrikaten gegenwärtig ihren Lebensunterhalt haben, dem Gesetz wegen Abänderung des Tabaksteuergesetzes und dem Zigarettensteuergesetz die verfassungsmäßige Zustimmung zu versagen.“

Die Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel in den größeren preussischen Marktorten dauert noch immer an. Nach der Uebersicht der „Stat. Anz.“ sind im Monat November nicht nur die Durchschnittspreise für Getreide, Mehl und Fleisch, sondern auch für Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Eier und Schmalz weiter gestiegen, nur die Schutter nimmt an der allgemeinen Preissteigerung nicht teil. Die bedeutendsten Preissteigerungen gegen den Monat Oktober betragen beim Weizen: in Bromberg, Stettin, Danabrod, Neuh. und Trier je 8, in Danzig, Magdeburg, Hannover und Paderborn je 7, in Stettin, Stralsund, Berlin, Halle a. S., Kassel, Hanau und Koblenz je 6, in Köslin, Gleiwitz und Aachen je 5 M. pro Tonne; beim Roggen in Paderborn 15, in Kassel 14, in Danabrod 13, in Hannover und Trier je 12, in Köslinberg 11, in Köslin, Stralsund und Hanau je 11, in Berlin und Koblenz je 10, in Stettin und Neuh. je 9, in Bromberg, Magdeburg, Kiel und Aachen je 8, in Frankfurt a. D. 7, in Danzig und Posen je 6 M.; bei der Gerste: in Köslinberg 11, in Köslin, Stralsund und Hanau je 11, in Breslau, Berlin, Danabrod und Koblenz je 9, in Götting 8, in Frankfurt a. D. und Stettin je 7 M.; beim Hafer: in Magdeburg 17, in Köslin 14, in Stettin 13, in Hannover und Neuh. je 11, in Danzig, Breslau und Stralsund je 9, in Bromberg, Kiel und Hanau je 8, in Frankfurt a. D., Berlin und Aachen je 7 M. pro Tonne. — Die Schweinefleischpreise sind in Köslin, Gleiwitz und Kassel um je 10, in Berlin und Halle a. S. um je 8, in Hannover um 6 und in Stettin um 5 Pf. gestiegen, dagegen in Kiel nur 10 sowie in Posen und Frankfurt a. D. um je 1 Pf. pro Kilogramm gesunken.

Gefränkte Patrioten.

Unter den Patrioten der guten Stadt Dreusenstein (Provinz Westfalen) ist ein seltsamer Zwiespalt entstanden, der zu dem Ausschuss erregenden Beschluß des Kriegervereins geführt hat, anno D. 1905 den Geburtstag des Kaisers nicht zu feiern. In geheimen Abstimmung, mit 33 gegen 52 Stimmen, hat der Verein diesen Beschluß gefaßt. Die Veranlassung hierzu soll das Verhalten des Polizeiverwalters gewesen sein, der vor einiger Zeit seinen Austritt aus dem Verein erklärte und diesen Schritt in folgendem pugigen Schreiben an den Verein begründete:

„Da ich am Kriegerfestabend von Gästen und teils auch Mitgliedern des hiesigen Vereins vor der Wölschen Wirtshaus mit Steinen beworfen wurde, so kann ich es mit meinem E. Majestät dem Kaiser und König geleisteten Dienste nicht vereinbaren, noch länger einem solchen Verein angehören und trete hiermit am 5. September aus dem Verein aus. Bemerkten muß ich besonders, daß gerade die Zentrumspartei die Rücksicht im Trinken überschritten hat und auch, daß nicht ich es bin, der die Gesetze macht, sondern das freie deutsche Volk selbst. Auch ist es meine Pflicht, daß ich die Polizeifunktionen innehalten muß, und mögen daher diejenigen, die mit in Ausübung meines Amtes Schwierigkeiten in den Weg legen, dieses auf dem Sterbebette mit ihrem eigenen Gewissen selbst abfinden. Von jetzt an werde ich mich bei jeder öffentlichen Lustbarkeit des Vereins einfinden und mit sehr bewaffneter Hand mich vor den Angriffen zu schützen suchen. Klassen, Polizeiverwalt.“

Der logische Zusammenhang zwischen diesem Ullas und jenem oben erwähnten Vereinsbeschluß ist für die Außenstehenden nicht ohne weiteres einsehbar. Oder fürchten die Vereinsmitglieder etwa, daß es am Geburtsstage des Kaisers zu einem blutigen Zusammenstoß mit dem „sehr bewaffneten“ Herrn Polizeiverwalt kommen könnte?

Zu den Kämpfen in Deutsch-Ostafrika.

Von allerlei Siegen weiß wieder mal der Gouverneur des deutsch-ostafrikanischen Schutzgebietes, Graf Götze, zu berichten. Er telegraphiert aus Dar es Salaam:

Der Großhändler Hongo hat mit 2000 Rebellen das Lagerdetachment des Hauptmanns Seyfried im nördlichen Teil des Bezirkes Lindi angegriffen. Der Feind wurde geschlagen und verlor 81 Tote, darunter den Hongo. Dicsseits wurde Inspektor Lindner am rechten Handgelenk schwer verwundet, außerdem ein Hilfskrieger. Leicht verwundet wurden Hauptmann Seyfried, drei Kolonis, zwölf Hilfskrieger.

Aus Iringa meldet Hauptmann Rigmann siegreiches Gesecht einer Abteilung unter einem farbigen Unteroffizier gegen Wasagara am 18. November bei Lulo; fernerer Kleinkrieg im Gebirge am Ruaha und Mchango-Vergens noch zu erwarten. Die früher

verlassene Missionsstation Pangire Nord-Songea ist inzwischen zerstört. Hauptmann v. Schönberg reist morgen mit der 14. Kompagnie nach Samanga und übernimmt die Unterwerfung der Matumbi. Die Marine-Infanterie wird aus Ribatta an die Küste gezogen und übernimmt den Telegraphendienst bei Mtingi, die Marine-Infanterie auf Stappenstation westlich Kilwa wird durch farbige ersetzt und übernimmt den Ortshut von Kilwa. Die Matrosen werden aus Mtingi und Kilwa an Bord genommen.

Neue Opfer der Kolonialpolitik. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 1. Dezember 1905 bei Gubunom verwundet:

Leutnant Hans Bende, geboren am 31. 7. 78 zu Rauen, früher im Feldartillerie-Regiment Nr. 66, leicht, Schuß rechte Ohrmuschel; Unteroffizier Gustav Weich, geboren am 28. 9. 79 zu Wehl, früher im Feldartillerie-Regiment Nr. 18, leicht, Prellschuß Kopf; Reiter Alfred Strehl, geboren am 20. 1. 81 zu Neppen, früher im Infanterie-Regiment Nr. 2, schwer, Brustschuß, am 6. Dezember 1905 im Lazarett Amritsis an Blutverlust gestorben.

Am 7. Dezember 1905 im Patrouillengesecht bei Gabis gefallen: Pahlmeister Aspirant Christian Seelbach, geboren am 5. 10. 81 zu Eichen, früher im Infanterie-Regiment Nr. 16, Kopfschuß; Sergeant Gustav Durchholz, geboren am 16. 4. 77 zu Schwirgoben, früher im Train-Bataillon Nr. 7, Kopf- und Brustschuß.

Am 8. Dezember 1905 bei Aub verwundet: Gefreiter Peter Steprlowski, geboren am 27. 4. 83 zu Thorn, früher im Jäger-Bataillon Nr. 2, schwer, Schuß rechten Oberschenkel; Reiter Karl Frey, geboren am 11. 7. 79 zu Themar, früher im Infanterie-Regiment Nr. 32, leicht, Schuß linken Unterarm; Reiter Wilhelm Hauptmann, geboren am 9. 8. 84 zu Raudoß, früher im Königlich sächsischen 6. Infanterie-Regiment Nr. 105, leicht, Schuß rechten Unterarm.

Vermißt: Unteroffizier Hans Oberweg, geboren am 15. 8. 77 zu Reichsmark, früher im Infanterie-Regiment Nr. 15.

Außerdem: Reiter Wilhelm Strauß, geboren am 18. 10. 82 zu Berlin, früher im Infanterie-Regiment Nr. 11, am 2. Dezember d. J. südlich Kuis leicht verwundet, Prellschuß linken Oberschenkel; Reiter Oswald Kluge, geboren am 12. 5. 82 zu Wobraufesdorf, früher im Infanterie-Regiment Nr. 155, am 9. Dezember d. J. im Feldlazarett Viderbüchel an Herzblutung nach Ruhr gestorben.

Nachträglich gemeldet: Reiter Karl Weinle, geboren am 13. 1. 77 zu Straßburg, früher im Infanterie-Regiment Nr. 64, am 3. Juli 1905 in Dativagn an Typhus gestorben.

Husland.

Schweiz.

Aus der Bundesversammlung.

Bern, 12. Dezember. (Eig. Ber.) Die Kaffaffung der schlechten Beispiele des Auslandes durch die schweizerischen bürgerlichen Politiker erstreckt sich nun auch schon auf das schweizerische Sabelkraut in der „Thronrede“. So gebrauchte der Nationalrat mit einer Ansprache eröffnende Alterspräsident Dr. Wöhler die alberne Redewendung: „Nur mit geschliffenen Schwert an der Seite kann das Schweizervolk als „noli me tangere“ im Vertrauen auf die Vorleistung der Zukunft mit Inbrunst entgegensehen.“ Diese „Vorleistung“ verdient kein Vertrauen, wenn sie das „scharf geschliffene Schwert“ notwendig macht. Wenn es auf dieses allein ankommt, dann ist die „Vorleistung“ völlig entbehrlich. Aber abgesehen von diesen inneren Widersprüchen der sabelkrautigen Scharfmachererei ist solches Starnarabieren schweizerischer Politiker einfach lächerlich.

Ruhig und still erledigte die aus 165 gutbürgerlichen Politikern bestehende Nationalratsmajorität in wenigen Sitzungen das relativ große Nationalbudget mit 121 190 000 Frank Einnahmen und 123 815 000 Frank Ausgaben, durch die den vielen bürgerlichen Interessen allseitig befriedigend Rechnung getragen ist. Der ganze Verwaltungs- und Gesetzgebungs-Apparat ist ausschließlich auf die bürgerlichen Interessen zugeschnitten und er funktioniert so vorzüglich, daß hierin das tiefe Geheimnis für die Schweigensleit der Herren liegt. Wozu sollen sie lange reden? Der Bundesrat ist ihr Verwaltungsrat, der seinen bürgerlichen Auftraggebern möglichst viele Vorteile zuzuwenden als seine heiligste Aufgabe betrachtet, sie auch erfüllt und so, wie Schillers Mädchen aus der Fremde, jedem Gliede des Bürgertums eine schöne und nützliche Gabe spendet. Gar nicht eingerichtet ist aber dieser bürgerlich-kapitalistische Verwaltungs- und Gesetzgebungsapparat auf die Arbeiterinteressen. Darum die Notwendigkeit für die Arbeitervertreter, oft lange und viel zu reden. Erhalten doch z. B. von den 123 Millionen Ausgaben die Bauern 3 1/2 Millionen Frank Subventionen und die Arbeiter 25 000 Frank für ihr Sekretariat.

Frankreich.

„Sozialisten“ von Bürgers Gnaden.

Paris, 11. Dezember. (Eig. Ber.) Die geistige Nachwahl in Lyon hat der geeinigten sozialistischen Partei keinen Erfolg gebracht. Es handelte sich um die Neubesezung des Mandats, das der „parlamentarische“ oder auch „unabhängige Sozialist“ Agagneur inne gehabt hat, bevor er vom „Kaiser von Lyon“ zum Vizekönig von Madagaskar aufstiege. Das Mandat war schon früher im Besitz der Sozialisten. Vor Agagneur hatte es der verstorbene Genosse Krauch besessen. Agagneur war in einer Nachwahl fast einstimmig gewählt worden. Der Kandidat der Partei war gestern der Rechtsanwalt Genosse Moutet. Ihm stand ein „unabhängiger Sozialist“, der Vuchbruder Fort, gegenüber, für den die reaktionären Parteien wie der Anhang Agagneurs arbeiteten. Fort, der jetzt ein kleiner Unternehmer ist, aber in der Wahlagitiation den Proletariat mimmte, wurde mit 2500 gegen fast 1900 Stimmen, die auf Moutet entfielen, gewählt. Der Ausgang der Wahl befähigt nur, was sich schon längst in Reims gezeigt hat, nämlich, daß es jetzt, nach der Einigung der Sozialisten, für mandatsfähige Streber ein lobender Kniff ist, sich als „unabhängige Sozialisten“ zu präsentieren und gegen die Kandidaten des Proletariats als Vertreter eines von der Bourgeoisie tolerierten unschädlichen Sozialismus aufzutreten. Herr Fort vermehrt die Zahl dieser Schlingel der Bourgeoisdankalen, zu denen ja auch der von Nilow zum „herborragenden“ Sozialisten gestempelte, vielgepöbelte Révards gehört. Es ist die künftige Garde Millerands und Doumer's. Mit der sozialistischen Arbeiterbewegung hat sie nicht das mindeste zu tun.

Italien.

Das Blutbad von Lauriano.

Rom, den 10. Dezember. (Eig. Ber.) Der Telegraph bringt — mit der üblichen Verspätung von 48 Stunden — ein neues Blutbad in Süditalien zur Kenntnis. Wer zählt sie noch all' die großen und kleinen Gewalttaten, die Polizei und Gendarmerie an dem wehrlosen Proletariat Italiens verübt hat? Wer erinnert sich nicht der mannigfaltigen Anlässe — Streiks, Arbeitslosendemonstrationen usw.? So verschieden der Dergang war, es blieb immer daselbe: Tote und Verwundete unter dem Volke und straffreies Ausgehen der Totschläger oder Mörder!

In Lauriano, einem Städtchen der Provinz Lecce, haben wir die Variante, daß die Karabinieri betrunken waren. Am Freitagmorgen hatte eine Demonstration gegen die Regierung und gegen die Präfektur stattgefunden, weil der Unterpräfekt einen Beschluß des Stadtrats, der sich gegen das Handelsabkommen mit Spanien aussprach, annulliert hatte. Die Demonstration war friedlich verlaufen, da keine Karabinieri und keine Polizei zur Stelle waren. Leider befand sich ein Korp-ral mit fünf Karabinieri auf der Durchreise im Orte, der nichts Schlaneres zu tun verstand, als nach der Demonstration um Verklärung nach Gallipoli zu telegraphieren. Am Abend trafen zehn Mann und ein Polizeikommissar ein, deren Anknst die Bevölkerung so erbitterte, daß sich einige hundert Personen vor dem Rathaus ansammelten. Die Karabinieri zogen sich in das Rathaus zurück und wurden verpöbelt und verlastet, aber man warf noch nicht einmal Steine nach ihnen. Trotzdem begannen die Karabinieri, für die Trunkenheit der einzig mildernde Umstand ist, auf die Leute vor dem

Rathaus zu schießen, ohne erst eine Salbe in die Luft abzugeben. Jetzt wurden einige Steine geworfen, während die blutdürstigen Karabinieri Salbe auf Salbe in die zum Glück nicht dicht gedrängte Menge abgaben. Nach dem Bericht der „Tribuna“ wurden über 100 Schüsse, alle in Brusthöhe, abgegeben. Ein alter Mann blieb tot, zwei Passanten wurden leicht, ein junger Mann schwer verwundet. Drei volle Stunden hielten die Karabinieri den Arzt von diesem Verwundeten zurück, so daß er wahrscheinlich an dem Blutverlust gestorben wird!

England.

Das alte Lied — das alte Leid.

London, 13. Dezember. Hier hat heute wieder eine Demonstration von Beschäftigungslosen stattgefunden. Kontingente aus verschiedenen Teilen der Stadt London, insgesamt mehrere tausend Mann, versammelten sich mittags am Themse-Ufer und marschierten später in geordnetem Zuge nach dem Hause des Premierministers Campbell-Bannerman am Belgrave Square. Bannerman empfing eine Deputation. Die Teilnehmer am Zuge trugen Banner mit den Aufschriften: „Wir wollen Arbeit, keine Almosen!“ und „Wir wollen nicht verhungern!“ Eine Abteilung trug ein rotes Kreuz mit einem Totenkopf und gekreuzten Knochen. Der Zug begab sich nach dem Hyde Park, wo eine Demonstration veranstaltet wurde. Die Musikkorps spielten die Marseillaise.

Asien.

Konfliktstoff.

Washington, 12. Dezember. (Weldung des Reuterschen Bureaus.) Der frühere amerikanische Resident in Seoul, der jetzt hier in der Eigenschaft eines besonderen Geandten des Kaisers von Korea weilt, erklärte, er habe eine Depesche aus Korea erhalten des Inhalts, daß der Kaiser den kürzlich mit den Japanern abgeschlossenen Vertrag als nicht vorhanden betrachte, da er ihm abgezwungen worden sei. Der Kaiser wolle den Vertrag in seiner gegenwärtigen Form auf keinen Fall unterzeichnen und erkläre, daß sich Unruhen wiederholen werden, wie solche am 17. November, dem Tage des Abschlusses der Verhandlungen, an dem der Vertrag zwischen den japanischen und koreanischen Bevollmächtigten unterzeichnet wurde, zum Ausdruck gelangt seien.

Zu besserem Verständnis dieses Telegramms muß man wissen, daß Amerika bereits früher vom Kaiser von Korea gebeten worden war, einzuzutreten. Das Ansuchen wurde abgelehnt mit der Motivierung, der Vertrag sei unterzeichnet, also als bindend anzuerkennen. Die im Telegramm gegebene neue Erklärung nun soll beweisen, daß der Vertrag als null und nichtig zu betrachten, Amerika also wohl in der Lage sei, das japanische Protektorat über Korea beseitigen zu helfen.

Ein zweites Telegramm meldet aus Tokio:

Die chinesische Regierung beabsichtigt, in der Mandchurien eine stehende Heeresabteilung in einer Stärke von 100 000 Mann zu unterhalten. Japanische Offiziere sollen für diese angeworben werden, und es werden deswegen jetzt in Peking Verhandlungen geführt.

Genug Konfliktstoff hat sich bereits im asiatischen Ozean angeammelt und immer neue Nahrung wird dem unter dem Kessel leis knisternden Feuer gegeben. Hoffen wir, daß — wenn der große Brand in Asien eines Tages ausbrechen sollte — die Völker allenthalben soweit sind, sich von ihren Regierungen nicht mehr in Konflikte verwickeln zu lassen, die sie nichts angehen. Und wenn sich's darum drehen sollte, begangenes Unrecht wieder gut zu machen, so werden die Nationen hoffentlich allmählich entgegen den ihnen offiziell beigebrachten Lehren begreifen, daß es auch für ein Volk genau wie für den Einzelmenschen durchaus keine Schande ist, Fehler einzugehen und zu corrigieren. Die Kultur-Welt muß endlich dahinter kommen, daß mit der Politik gebrochen werden muß, die neue Fehler auf alte häuft, statt durch das Eingeständnis früherer Irrtümer neues Unheil zum alten zu fügen.

Aus der Partei.

Zum „Vorwärts“-Konflikt.

Der Verlag G. Vitz u. Co. erklärt in der „Münchener Post“: In Nr. 288 des „Vorwärts“ vom 9. d. M. befindet sich folgende Notiz:

Die sechs ausgeschiedenen Redakteure des „Vorwärts“ haben im Verlage von Vitz u. Co. in München eine Broschüre unter dem Titel: Der „Vorwärts“-Konflikt, gesammelte Aktenstücke, veröffentlicht, worin sie ihren Briefwechsel mit dem Parteivorstand und der Pressekommision, sowie ihre Repliken mit entsprechenden Einleitungs- und Schlussworten vorlegen. Wir werden auf diese Broschüre noch zurückkommen, vorläufig sei nur folgendes konstatiert: In dem Augenblick, wo wir dies schreiben, ist die gegen den Parteivorstand gerichtete Schrift in der Parteivorhandlung des „Vorwärts“, also auch im Buchhandel überhaupt noch nicht erhältlich. Trotzdem sind die Blätter unserer bürgerlichen Gegner, die „Berliner Volkszeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und andere in der Lage, bereits in ihren heutigen Abendausgaben die Broschüre ausführlich zu besprechen und, wie es sich von selbst versteht, gegen die Sozialdemokratie auszusprechen.

Die Redaktion des „Vorwärts“ behauptet hier Dinge, die so ungefähr das direkte Gegenteil der Tatsachen bilden. Denn nach unseren Wählern haben wir die Broschüre: Der „Vorwärts“-Konflikt zuerst am 6. d. M. an die Partei- und Gewerkschaftspresse gesandt, am 7. d. M. sechs Exemplare an die Redaktionen bürgerlicher Blätter und am gleichen Tage 10 Exemplare an die Buchhandlung des „Vorwärts“, ohne daß eine Bestellung vorlag. Zudem war die Broschüre auch noch im Inseratenteil des „Vorwärts“ vom 7. Dezember angehängt. Wenn die „Berliner Volkszeitung“, die ihre Exemplare einen Tag später als der „Vorwärts“ erhielt, sofort Auszüge aus der Broschüre brachte, während der „Vorwärts“ erst erst ein späteres Eingehen darauf ankündigt, so ist das nicht unsere Schuld.

Wenn die Redaktion des „Vorwärts“ einige Schritte zu ihrer Buchhandlung oder eine telephonische Anfrage riskiert hätte, so würde sie sich erspart haben, Unwahrheiten aus dem Handgelenk zu schütteln.

München, 11. Dezember 1905.

G. Vitz u. Co.

Demgegenüber sei festgestellt:

1. Es ist un wahr, daß die Redaktion des „Vorwärts“ ihr Exemplar eines Tag früher bekommen hat, als die bürgerlichen Blätter. Das Umgekehrte dürfte eher zutreffend sein. Die Redaktion des „Vorwärts“ hat nämlich die Broschüre erst am 8. Dezember erhalten, die bürgerlichen Blätter haben aber bereits an demselben Tage in ihren Abendausgaben ausführliche Artikel und Auszüge aus der Broschüre gebracht.

2. Es ist un wahr, daß die Buchhandlung des „Vorwärts“ am 8. Dezember, d. h. gleichzeitig mit den bürgerlichen Redaktionen, die Broschüre erhalten hat. Vielmehr war sie noch spät am Abend des 8. d. M. nicht in der Lage, mehrfachen Nachfragen aus der Redaktion auch nur mit einem Exemplar zu entsprechen.

3. Es ist endlich un wahr, daß der Partei- und Gewerkschaftspresse zuerst, und zwar vor den bürgerlichen Redaktionen, die Broschüre zugesandt wurde. Wir lesen z. B. in der „Bremer Bürgerzeitung“ vom 13. Dezember:

„Charakteristisch für das geschickliche Vorgehen der Herausgeber dieser Broschüre ist u. a. der Umstand, daß wir schon in einem bürgerlichen Berliner Blatt einen Leitartikel über das „sozialdemokratische Grünbuch“ lesen konnten, ehe wir als parteigenössisches Blatt nur eine Abnung davon hatten, daß ein derartiges Buch erscheinen würde. Erst am Tage darauf erhielten auch wir das übliche Rezensions-exemplar.“

Demnach muß sich der Verlag der „Münchener Post“ selbst mit seinen Geschäftsbüchern auseinandersetzen: „die Unwahrheiten“ können nur entweder in seinen Wählern oder — in seinen Erklärungen in der „Münchener Post“ zu finden sein.

Die Organisationen und der „Vorwärts“-Konflikt.
In der am Sonntag, den 10. Dezember in Berlin stattgehabten Konferenz des XV. Bundes des Deutschen Arbeiter-Verbandes wurde eine Resolution angenommen, welche der Redaktion ihres Verbandsorgans, speziell dem Reichstags-Abgeordneten Seher als Redakteur desselben, ihre unverhohlene Zustimmung darüber ausspricht, das Ansehen der Generalkommission an die Gewerkschaftsorgane ihrerseits kritisch zurückgewiesen zu haben, indem sie das Vorgehen der Generalkommission auf das entschiedenste beurteilt.

Demonstration und Organisation.
Das „Volkswacht“ erwidert auf unsere Bemerkungen zu seinem Artikel unter dem obigen Thema das Folgende:

Wir möchten den „Vorwärts“ nur darauf aufmerksam machen, daß die Parallele zwischen Rußland und Deutschland doch ihre starke Begrenzung hat. Der russische Massenstreik wird unter Zustimmung des Bürgerturns, ja sogar unter materieller Unterstützung durch Auszahlung des Lohnes während des Streiks geführt; bei uns in Deutschland steht das Proletariat ganz allein da.

Wir leugnen durchaus nicht das aufrüttelnde Moment aller Massenaktionen, aber wir bleiben dabei, daß vor wie nach der Massenaktion die Organisation die Hauptsache ist. Massen auf die Straße zu führen, Massen zur Demonstration zu veranlassen, ist gewiß geeignet, den revolutionären Geist des Massenkampfes zu schärfen, aber zur Selbstregierung und Selbstverwaltung, zur dauernden Herrschaftsausübung werden Massen nur durch Organisation reif. Und das sollte man sich nicht zu leicht vor!

Somit gibt's Enttäuschungen.

Unser Dessauer Parteiblatt irrt sich aber ganz gründlich über die Vorgänge in Rußland. Die Massenstreiks werden dort, namentlich jetzt, nachdem die erste Begeisterung auch des liberalen Teiles der Bourgeoisie längst verfliegen ist, nicht nur nicht mit Hilfe der bürgerlichen Klassen, sondern unter grimmigster Wut derselben durchgeführt. Das Proletariat in Rußland ist — abgesehen von der durchlässigen Zuteilung — heute so isoliert und ganz auf sich angewiesen, wie wir in Deutschland. Und schließlich handelt es sich für die Sozialdemokratie gar nicht darum, die Arbeitermasse zur „Herrschaftsausübung“, sondern bloß zum Kampfe um die Eroberung der politischen Herrschaft vorzubereiten.

Der politische Massenstreik.

In einer sehr gut besuchten Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Büchel hielt am 10. Dezember Genosse Junghof einen Vortrag über: „Die Befreiung der Arbeiterklasse durch den Massenstreik.“ Die Erziehung zum Massenkampf erläuterte der Redner dahin, daß ein jeder Genosse seine Kinder heranzuziehen solle, daß die Aufforderung zum Schießen, selbst auf die Eltern, bei unseren Nachkommen das Gegenteil zeitige von dem, was die Machthaber verlangen. Die letzten Ausprägungen in Berlin haben gezeigt, daß zum Kampf mehr gehört als finanzielle Mittel; kampfbereit müsse das Proletariat jederzeit dastehen, jederzeit zu einem Generalausstand gerüstet. Und dies könne nur geschehen durch die Aufklärung, daß der Massenstreik das Radikalmittel, das beste im Kampfe um die wirtschaftliche Freiheit sei. Darum müsse in jeder Gewerkschafts- und Parteiversammlung diese Frage des Massenstreiks diskutiert und unsere Jugend in dem Gedanken, daß der Massenstreik jeden Tag eintreten kann, erzogen werden.

Der obige Bericht, den wir im „Offenbacher Abendblatt“ finden, beweist deutlich, daß es sich um typische anarcho-syndikalistische Redensarten handelt, die nur geeignet sind, Konfusion statt Aufklärung zu verbreiten. Charakteristisch ist, daß sich die Anarchisten als „Genossen“ einschmuggeln, um unter dem Schilde der Sozialdemokratie das allgemeine Interesse für das Thema des Massenstreiks für sich zu fruchtbarisieren.

Der Sozialdemokratische Verein in Breslau hielt am Montagabend im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung ab, in der über die Haltung der „Volkswacht“ zu den letzten Parteifreistreitigkeiten debattiert wurde.

Genosse Burgund als erster Redner bemängelt, daß in der „Volkswacht“ zu wenig gesehen, um über Zweck und Ziele der Sozialdemokratie Aufklärung zu verbreiten. Redner tabelt dann, daß die letzten Reichstagsverhandlungen, insbesondere die Rede Webels, nicht ausführlicher gebracht worden seien. Genosse Prager meint, daß die Redaktion der „Volkswacht“ nicht die Ansichten der Mehrheit der Breslauer Genossen vertrete. Die Redaktion, als Vertrauensleute der Partei, hätten aber die Pflicht, das Parteiblatt nicht in ihrem, sondern im Sinne dieser großen Mehrheit zu redigieren. In der „Vorwärts“-Frage habe sich die „Volkswacht“ verhalten, wie jetzt aus der soeben im „Vorwärts“ von Stadnauer namens der ausgeschiedenen Redakteure veröffentlichten Erklärung ersichtlich sei. Dort hätten die Redakteure alles zurückgenommen. Genosse Hennemann ist mit der Redaktionsführung wohl einverstanden. Genosse Burgund tabelt die Angriffe der „Volkswacht“ auf Mehring und Rosa Luxemburg. Die prinzipielle Haltung der „Volkswacht“ lasse zu wünschen übrig, trotzdem die Dessauer Resolution verlange, daß die Parteipresse die Genossen bilden solle. Redakteur Löbe verteidigte die Haltung der „Volkswacht“. Die Fortsetzung der Diskussion wurde vertagt.

Der Sozialdemokratische Verein Erlurt erucht den Parteivorstand, als Protest auf den von der Regierung im preussischen Abgeordnetenhaus eingebrachten Schulgesetzentwurf eine Agitation für den Massenaustritt aus der Landeskirche in die Wege zu leiten. — Der Antrag war von der Generalversammlung des Vereins einstimmig angenommen worden. Allerdings hatte Genosse Pennig in der Diskussion darauf hingewiesen, daß unsere wichtigere Aufgabe die Erlämpfung des Landtagswahlrechts in Preußen sei und man sich von dem Eintreten für diese besondere Frage nicht allzuviel versprechen möge. Die Kirche sei nur eine Stütze der herrschenden kapitalistischen Gesellschaft; diese Gesellschaft aber, die nur der Ausfluß unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise sei, sei unser Hauptfeind, der nur durch die Eroberung der politischen Macht niedergeworfen werden könne. Darauf müssen wir nach wie vor unsere ganze Kraft konzentrieren.

Eine Wahlkreis-Konferenz für Darmstadt-Groß-Berau tagte am Sonntag in Büttelbarn. Der Kreisverein zählt jetzt 2100 Mitglieder gegen 1700 im Vorjahr und 400 im Jahre 1895. 45 sozialdemokratische Gemeinderatsmitglieder gibt es im Kreise. Die Kasse balanziert mit 11 732,96 M. in Einnahme und Ausgabe. Die Konferenz beschäftigte sich weiter mit Vorschlägen zur besseren Ausgestaltung und Verbreitung der „Rainger Volks-Zeitung“.

Ueber die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ bringen die Parteiblätter, wie die „Erlurter Tribüne“, das „Gamburger Echo“, in ihren letzten Nummern irrtige Angaben. Die betreffende Notiz lautet:

Die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ ist auf 90 000 gestiegen, von denen 30 000 auf die Vororte kommen. Der Preis der Infirmität muß erhöht werden, weil sonst bei der großen Auflage die Kosten nicht mehr gedeckt werden. Vom 1. Januar ab wird der „Vorwärts“ auf befristeter Papier gedruckt, was eine Erhöhung der Ausgaben um 24 000 M. zur Folge hat. Eine Ermäßigung des Abonnementsgeldes ist wegen des Ausfalls, der damit verbunden wäre, nicht möglich. Den Angestellten mit unter 40 M. Wochenlohn ist wegen der Lebensmittelerhöhung eine Zulage von 1 M. gewährt worden.

Der „Vorwärts“ hat 90 000 Abonnenten nicht bloß erreicht, sondern bereits vor sechs Monaten auch überschritten. Der Abonnentenstand bezifferte sich nämlich am 30. Juli auf 91 167. Seitdem ist eine weitere erhebliche Zunahme zu verzeichnen: am 31. Oktober hatten wir 97 045, heute, am 18. Dezember, 98 900 Abonnenten.

Gewerkschaftliches.

Die überlaufende Kompottschüssel.

Wir brachten dieser Tage im sozialen Teil eine Schilderung der Art, in welcher Arbeiter für den Staat auf Herz und Nieren geprüft werden, ehe sie für würdig erachtet werden, Mehrwert für den kapitalistischen Staat, statt für den Einzelkapitalisten zu liefern. Es handelte sich um die Einstellung von Sehern in der Reichsdruckerei.

Der Vorfall wird aber noch standalöser, wenn man erfährt, wie der Arbeitermangel in diesem staatlichen Musterinstitut entstanden ist: Die Direktion der Reichsdruckerei sah sich vor einigen Wochen veranlaßt, sieben oder acht Seher, die bis zu acht Jahren im Betriebe beschäftigt waren, wegen Arbeitsmangel zu entlassen. Wertwürdigere Weise geschah dies am Sonnabend derselben Woche, in welcher die Betriebsleitung durch Einwirkung des Tarifratssekretärs (auf Vorfälligwerden der beschäftigten Gehilfen) veranlaßt wurde, die von ihren Arbeitern verlangte Arbeit am zweiten Osterfeiertage dem deutschen Buchdruckerarbeitsentsprechend zu bezahlen. Juvor hatte sich bereits der Arbeiterschuß vergeblich bemüht, dieses Resultat herbeizuführen. Die Entlassung wurde mit Arbeitsmangel begründet. Sechs Wochen später mußten nicht nur fortwährend Ueberstunden gemacht werden, es erfolgten auch Neueinstellungen. Auf Verlangen der Seher ersuchte der Arbeiterschuß die Direktion, doch bei weiteren Entlassungen die wegen Arbeitsmangel Entlassenen zuerst zu berücksichtigen und wurde selbiger dahin beschieden, daß die in Betracht kommenden Entlassenen dann entsprechende Eingaben machen müßten. Nachdem dies geschehen, erfolgte überall prompt die Antwort, daß „zu einer Wiederbeschäftigung kein Anlaß vorliege“.

Inzwischen sind wieder zwei bis drei Wochen ins Land gegangen. Der angebliche Arbeitsmangel hat sich so verhalten, daß die Direktion kaum weiß, wo sie Arbeitskräfte herbekommen soll, und nunmehr wurden ihr erst vom paritätischen Buchdruckerarbeitsnachweis Gehilfen vermittelt. Von 29 vermittelten sollen angeblich 2 — sage und schreibe zwei — den Anforderungen der Direktion entsprochen haben.

Daß überhaupt Arbeitskräfte seitens des Nachweises an die Reichsdruckerei — die außerhalb der Tarifgemeinschaft steht — vermittelt wurden, mögen die Buchdrucker unter sich abmachen. Für die Allgemeinheit ist nur von Interesse, wie sich ein Staatsinstitut seiner langjährigen Arbeiter entledigt, die, in der Hoffnung auf einen leidlich auskömmlichen Lohn im Alter, all die Jahre zu den niedrigsten Stellen der dortigen Bezahlungsweise ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellten.

Beim Ueberlaufen der Kompottschüssel müssen in der Reichsdruckerei gerade die besten sozialen Grundzüge zuerst über Bord gegangen sein! Oder war vielleicht die berühmte Kompottschüssel seit je leer? Die Arbeiter glauben das letztere!

Berlin und Umgegend.

Die Musikinstrumentenarbeiter (Holzarbeiter-Verband) beschäftigten sich am Montag in einer öffentlichen Versammlung mit dem bisherigen Verlauf ihrer diesjährigen partiellen Lohnbewegung. Wir haben gestern darüber schon in einem Teil der Auflage berichtet, wiederholen aber, weil sich in den ersten Bericht auch einige Irrtümer eingeschlichen haben. Siefeld berichtete, daß die Kollegen dort wo sie es für angebracht hielten, unlängst mit neuen Forderungen an die Arbeitgeber herorgetreten seien. Der Verlauf der diesjährigen partiellen Lohnbewegung beweise, daß der von dem Unternehmerorgan und einigen Kollegen als verloren bezeichnete vorjährige Streik nicht nur für eine größere Zahl Kollegen von materiellem Vorteil, sondern auch moralisch von Erfolg gewesen sei. Diesmal hätten es selbst die größten Scharfmacher der Branche vorgezogen, sich mit den Arbeitern rechtzeitig zu verständigen, ohne es erst zu einer längeren Arbeitsniederlegung kommen zu lassen. So u. a. die Firma Kössener, die sich im vorigen Jahre ganz besonders mit ihrer Unnachgiebigkeit gegen die Arbeiter geübt hatte. Forderungen wurden im ganzen in 18 Betrieben gestellt, wofür 600 Kollegen beschäftigt waren, darunter 288 im Holzarbeiter-Verband organisierte. Direkt beteiligt waren von diesen 351 Kollegen und hiervon gehörten 187 dem Holzarbeiter-Verbande an. Unorganisiert waren im ganzen 162 Kollegen, die übrigen gehörten dem Handverein und zum geringsten Teil der christlichen Organisation an. In 11 Betrieben erfolgte die Verständigung ohne Arbeitsniederlegung; in 7 Betrieben kam es jedoch zu Streiks, die allerdings nur 1—6 Tage dauerten. Nur in einem Betriebe, bei der Firma Krause u. Drey, ist die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen worden, weil der Fabrikant erklärte, er könne für seine „Wirtschaft“ nicht mehr zahlen. Sonst ist in allen in Frage kommenden Betrieben eine Lohn-erhöhung von 3 bis 10 Proz. durchgeführt worden. Auch die längst gewünschte Aushebung des Tarifs in den Werkstätten haben diese Fabrikanten zugestanden. Redner ersuchte, auch fernerhin die Organisation zu stärken, damit den Fabrikanten weitere Zugeständnisse abgerungen werden können. Die Diskussion gestaltete sich zum Schluß wieder zu einer Auseinandersetzung mit den anwesenden Fachvereinsvertretern über Organisationsform und Kampf-taktik.

Deutsches Reich.

Ein Boykotturteil.

Die Parteiblätter, die den „Vorzug genießen“ im Bezirk des Oberlandesgerichts Raumburg zu erscheinen, sind seit Jahr und Tag in Beziehung auf Boykottveröffentlichungen einer Anfechtung unterworfen, die erneut durch ein Raumburger Urteil bestätigt wird. Dinge, die anderwärts ungestraft veröffentlicht werden durften, sind in Halle, Magdeburg u. verpönt. Beantragte doch einst ein Haller Anwalt gegen einen Redakteur vom „Volkswacht“ in einer Schöffengerichtsverhandlung in einem Zuge wegen Boykotts 6 x 6 Wochen — 36 Wochen Haft. Mitte November hat nun der Vorsitzende des Reicher Gewerkschaftsartells, Genosse Wolf mehrere Belanmigungen erlassen, nach denen die organisierten Gewerkschaftsangehörigen ersucht wurden, Viere der Dettlerschen Brauerei nicht mehr zu trinken, da der Brauereibesitzer den Wünschen der Brauereiarbeiter nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht nachkam, sondern Entlassungen und Maßregelungen vornahm. Herr Dettler fühlte sich durch die Veröffentlichungen geschädigt, klagte vor der Zivilkammer des Landgerichts Raumburg „wegen vorsätzlicher Schädigung“. Man stützte sich auf die für Unternehmerinteressen so sehr dehnbaren Kaufschußparagrafen 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (Verstoß gegen die guten Sitten u.). Der Kläger ließ die von ihm gezahlten Löhne durch seinen Anwalt als „sehr angemessen“ und die Auslegung des § 152 der Gewerbe-Ordnung „durch den Gewerkschaftsführer“ als „konfus“ bezeichnen. Dann berief er sich auf den Unfallsparagrafen und beantragte, eine Verfügung zu erlassen, nach der Boykott-Publikationen zu unterliegen seien. Das Gericht gab dem Antrage des Klägers statt, verurteilte Wolf zu

den Kosten und erkannte, daß der Angeklagte bei Vermeidung einer Geldstrafe von 500 Mark jede weitere Rundgebung zu unterlassen habe. — Die Militärbehörden dürfen jedoch ruhig weiter boykottieren.

Ein schneller Sieg. Die Gasarbeiter Augsburgs gelangten durch ihre einmütige Solidarität innerhalb 24 Stunden an ihr Ziel. Länger dauerte ihr Streik nicht und sie errangen dabei die Durchföhrung ihrer sämtlichen Forderungen.

Den Deutschen Textilarbeiterverband erklärte der Landrat des Kreises Kempen für einen politischen Verein, an dessen Versammlungen keine Frauenpersonen, wie es so schön heißt, teilnehmen dürfen. Der Gaubeamte des Deutschen Textilarbeiterverbandes, linksrheinischer Gau, hatte eine Agitationstour für den Bezirk arrangiert mit der Frau Köhler-Dresden als Referentin. In keinem der in Betracht kommenden Orte wurden von der Behörde Schweregeleiten gemacht, nur in Lobberich, Kreis Kempen, fand sich ein — Bürgermeister, der keine Frauenpersonen in der Versammlung duldet und als der Vorsitzende dieselben nicht auswies, die Versammlung auflösen ließ. Eine zweite Versammlung ertit das nämliche Schicksal. Der Gaubeamte, Genosse Reimes, erhob Beschwerde beim Landrat wegen dieser Gefeywidrigkeiten, doch dieser stellte sich, wie oben bemerkt, auf den Standpunkt, daß der genannte Verband ein politischer Verein sei. Genosse Reimes als Geschäftsführer des Verbandes habe die Versammlung einberufen, folglich handele es sich um die Versammlung eines politischen Vereins, zu welcher Frauenpersonen nach § 8 des Vereinsgesetzes keinen Zutritt haben. Man muß sich wundern, daß es noch Beamte gibt, die den Gewerkschaften gegenüber einen solchen Standpunkt einnehmen können, außerdem ist die Deduktion des Landrats, daß alle Versammlungen, die ein Verbandsangehöriger einberuft, als Vereinsversammlungen zu betrachten sind, eine so gewagte, daß sie wohl sofort von der höheren Instanz über den Haufen geworfen wird. Wegen den Bürgermeister von Lobberich wird Strafantrag wegen Auflösung der Versammlungen gestellt, und gegen die Entscheidung des Landrats wird Beschwerde erhoben.

Rusland.

Die passive Resistenz gewinnt an Ausdehnung.

Ein Telegramm meldet: Wien, 18. Dezember. Nachdem gestern die Bediensteten der Südbahn in Triest mit dem untätigen Widerstande begonnen haben, ist dieser heute auch auf dem Bahnhofe Oberberg-Währisch-Ostrau der Nordbahn eingetreten.

Verfammlungen.

Die Jahrsstelle Berlin des Zentralverbandes der Schmiede hielt bei Voelker, Weberstraße, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Gehaltsvorlage des Vorstandes und der Neuwahl eines Bureaubeamten. Zum ersten Punkt erläuterte H a b e r l a n d die von den Revisoren ausgearbeitete Gehaltskala, welche folgendes besagt: Die Beamten der Jahrsstelle erhalten ein Anfangsgehalt von 1800 M. Dasselbe steigt in den ersten fünf Jahren um je 100 M. (2300 M.), in den weiteren zwei Jahren abermals um 100 M. und in weiteren drei Jahren ebenfalls um 100 M. So daß nach zehnjähriger Tätigkeit ein Höchstgehalt von 2500 M. zu verzeichnen ist. Nach kurzer Diskussion wurde jedoch diese Gehaltskala mit 177 gegen 113 Stimmen abgelehnt. Bei der Neuwahl der Bureaubeamten schieden alle Kandidaten bis auf Biering ab. Derselbe machte seine Wahl aber davon abhängig, daß ihm ein Jahresgehalt von 2000 M. garantiert werde, da er mit 1800 M. nicht mehr auskommen in der Lage sei. Nach lebhafter Diskussion wurde beschlossen, diesem Antrage stattzugeben und Biering zum Beamten gegen einzelne Stimmen wiedergewählt. — Unter Verschiedenes gibt Böhmer die Abrechnung vom Vergütungskomitee bekannt. Daraus geht hervor, daß sich in den Händen genannter Körperschaft die Summe von 432,78 M. befindet. Nachdem wird in Sachen des „Vorwärts“-Konfliktes nach kurzer Diskussion einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die heutige, am 6. Dezember, bei Voelker, Weberstraße 17, tagende Versammlung der im Zentralverband organisierten Schmiede der Jahrsstelle Berlin beurteilt mit aller Entschiedenheit die unter dem Scheine der Unparteilichkeit ganz einseitige, gegen die Partei heftende Stellungnahme in Nr. 45 unseres Fachorgans („Schmiede-Zeitung“) zum „Vorwärts“-Konflikt. Die Versammlung spricht dem Parteivorstand und der Preßkommission ihr volles Vertrauen aus. — Nachdem wurde auf Antrag Kriening das Gehalt des Kassierers Henschel ebenfalls von 1800 M. auf 2000 M. erhöht. Hierauf wurde auf Antrag der Verwaltung einem in Not geratenen Kollegen eine einmalige Unterstützung von 20 M. gewährt. Nach Belanmigung einiger interner Angelegenheiten erfolgt Schluß der ausbesuchten Versammlung!

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.), ist soeben das 37. Heft erschienen.

Grundzüge über Ausstellung und Bewirtschaftung des Staats der Deutschen Schutzgebiete von Dr. Selig, 163 Seiten. Preis kart. 2,40 M., geb. 3 M. Verlag: D. Reimer (G. Hoesen), Berlin SW. 48.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Antwort der Vergleute.

Bohnum, 18. Dezember. Wie uns eine Privatdepesche unseres dortigen Korrespondenten meldet, erhielt bei der heutigen Vergewerkegerichtswahl der Verband 51 Sitze. Dem Gewerkeverein fielen 6, den Polen und der Juchenpartei je 1 Veisiger zu. 27 Bezirke stehen noch aus. Eine bessere Antwort konnte der Vergewerkeverband auf den Dumbug der Arbeiterschußwahlen den Grubenbaronen nicht erteilen.

Arbeitslosen-Demonstration.

London, 18. Dezember. (V. S.) Eine Kommission der Arbeitslosen beschloß, nächsten Sonnabend eine Riesendemonstration vor der St. Pauls-Kirche abzuhalten.

Verpfanzung der Militärrevolver.

Warschau, 18. Dezember. (V. S.) Wegen der überhandnehmenden Gärung in der Armee wird eine umfassende Disziplinierung (Verteilung) der Truppendepot Russisch-Polens erfolgen.

Der russische Bauernkrieg.

Buzarek, 18. Dezember. (V. S.) Nach Meldungen aus Ufa-Weidgrad sind die Dörfer um Ufa-Weidgrad herum in vollem Aufruhr. Die Bauern zerstören und plündern alles. Viele Güter befinden sich in ihren Händen; zahlreiche Dörfer sind total eingeäschert. Die nach Ufa-Weidgrad aus Kischineu und Odessa schickten Truppen weigerten sich, auf die Bauern zu schießen. Auch requirierete Grenzsoldaten schlossen sich den Bauern an.

Nicht Seelente ertrunken.

Benedig, 18. Dezember. (V. S.) Der Dampfer „Las Palmas“ ist bei der Einfahrt in den hiesigen Hafen aufgefahren. Ein Offizier und sieben Matrosen sind dabei ertrunken.

Reichstag.

11. Sitzung vom Mittwoch, den 13. Dezember 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, v. Tirpitz, Prinz Hohenlohe, Freiherr v. Stengel; später Freiherr v. Richthofen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Reichsfinanzsekretär Freiherr v. Stengel (schwer verständlich): Es wird Ihnen aus den Beratungen der bisherigen Nachtragskommission allen noch erinnerlich sein, daß sich die Verhältnisse im nördlichen Teile von Ostwestfalen friedlich zu gestalten beginnen. Kleinbauernvereine läßt im nördlichen Teile des Schuggebietes, speziell dem Gebiete, welches man als Groß-Rama-Land bezeichnet, die militärische Lage zurzeit noch viel zu wünschen übrig. Es handelt sich namentlich um die Schwierigkeiten der Proviant- und Munitionsbefahrung. Ich brauche nicht näher darauf einzugehen, da es ja noch in aller Gedächtnis sein wird infolge der sachkundigen Ausführungen des Herrn Oberst v. Deimling. Ich muß Ihnen daher die Einbringung eines weiteren, vierten Nachtragssetzes für das Schuggebiet anhängen. (Unruhe im Hause.) Die Ausarbeitung dieses Nachtragssetzes ist so weit gefördert, daß sie zur Abstimmung an den Bundesrat bereit liegt. Leider kann ich ja nicht mehr mit der Möglichkeit rechnen, daß er noch in diesem hohen Hause beraten werden kann, bevor daselbst in die Weihnachtsferien geht. Ich muß Ihnen die weitere bedauerliche Mitteilung machen, daß die in diesem vierten Nachtragssetze geforderte Summe die Höhe von 30 Millionen erreicht. (Große Unruhe im Hause. Zwischenrufe.) Die Verhältnisse im Groß-Rama-Lande bringen es so mit sich, daß es nicht nur an Proviant und Munition, sondern auch vor allem an den erforderlichen Transportmitteln fehlt. Wiederholt sind die Postenboten wieder angriffsweise gegen unsere Truppen vorgegangen. Wir müssen uns vor allem nach geeigneten Transportmitteln umsehen. (Die weitest ausgeführten Angaben auf der Tribüne unverständlich.)

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein. Die Vorlage betr. Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes über die militärische Strafgerichtsbarkeit in Kiautschou wird in dritter Lesung debattiert angenommen.

Es folgt die am Montag wegen Beschäftigungsfähigkeit des Hauses nicht zustandgekommene Abstimmung über das Handelsprovisorium mit England. Der Antrag auf Uebereinstimmung an die Budgetkommission wird gegen die Stimmen des Hrn. Grafen Reventlow (Wirtsch. Bg.) und zweier oder dreier anderer Antisemiten abgelehnt. (Große Heiterkeit.) Die zweite Lesung findet also im Plenum statt und wird sofort vorgenommen.

Hr. Graf Reventlow (Wirtsch. Bg.) beantragt 1. Verrückung der Verlängerungsfrist auf ein Jahr auf zwei Jahre, 2. Ausfällung der englischen Kolonien, welche Differentialzölle erheben, von dem Handelsprovisorium.

Hr. Graf Schwerin-Ludow. (L.) erklärt, daß seine Freunde zwar in erster Linie für die Anträge des Grafen Reventlow stimmen, jedoch im Falle ihrer Ablehnung trotzdem die Vorlage annehmen würden. (Bravo im Zentrum und bei dem größten Teil der Rechten.)

Hr. Graf Reventlow (Wirtsch. Bg.) begründet seine Anträge. Es sei nicht die Absicht seiner Partei, einen Zollkrieg mit England zu beschließen. Man wolle nur die Regierung zwingen, endlich in einen dauernden Handelsvertrag mit England einzutreten. (Lachen links.) Ich bedauere, daß Sie von vornherein unsere Absichten angezweifelt.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich will Sie nur in aller Kürze dringend bitten, die Anträge abzulehnen, und ich bemerke ferner, daß sich unser Verhältnis mit den englischen Kolonien seit 1903 in keiner Weise geändert hat, und trotzdem hat damals der Reichstag der Regierung die Vollmacht erteilt, das Provisorium abzuschließen. Im übrigen kann ich mich auf alles das beziehen, was damals im Jahre 1903 hierüber gesagt ist, und bitte Sie nochmals, sämtliche Anträge abzulehnen.

Hr. Zimmermann (Reformp.): Graf Reventlow hat sich von der Zweckmäßigkeit seiner Anträge nicht überzeugen können. (Große Heiterkeit.) Den deutschen Bauern kann dadurch nicht geholfen werden, und auf der andern Seite wird Handel und Industrie geschädigt.

Hiermit schließt die Debatte. Beide Anträge Reventlows werden gegen die Stimmen des größten Teils der Rechten abgelehnt. Hierauf wird die Regierungsvorlage von dem gesonten Hause gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Handelsvertrags mit Bulgarien.

Hr. Dr. Wolff (Wirtsch. Bg.): Die Kürze der Beratung in der Budgetkommission machte eine eingehende Behandlung unmöglich; das eine aber ist festzustellen, daß durch einige Punkte dieses Vertrags das deutsche Wollergewerbe geschädigt wird. Meine Freunde werden demgemäß diesen Handelsvertrag verwerfen.

Scheinbar polemisiert gegen den Redner. § 1 der Vorlage wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen.

Die folgenden Paragraphen werden debattiert angenommen.

Beim § 23 (Termin der Inkraftsetzung des Vertrages) macht Hr. Dr. Pothoff (fr. Bg.) erneut auf die Bedenklichkeit der Bestimmung aufmerksam, wonach Bulgarien den Vertrag schon am 14. Januar in Kraft treten läßt, während Deutschland ihn frühestens zum 1. März in Kraft setzt.

Der Handelsvertrag mit Bulgarien wird hierauf in zweiter Lesung angenommen.

Alsdann wird Hr. Dr. Pöhl (natl.) an Stelle des Hr. Dr. Pöhl (natl.) zum Mitglied der Reichsschuldenkommission gewählt.

Hierauf wird die Generaldebatte über den Etat fortgesetzt.

Hr. Gröber (Z.):

Durch die Schließung des Reichstages im Frühjahr ist die ganze Arbeit der letzten Monate der vorigen Session verloren gegangen. Man sollte doch wirklich einem diätenlosen Reichstag die Arbeit nicht noch mehr erschweren. (Sehr richtig! im Zentrum.) Bei der Frage, ob Vertagung oder Schließung, handelt es sich nicht um ein Kronrecht, sondern um ein einfaches Geschäftsordnungsprinzip. (Zustimmung im Zentrum.) — Entgegen den Ausführungen des Grafen Posadowsky für die Absicht des Reichstages, die Sozialdemokratische Abgeordnete v. Schweitzer auf die vielen Gemeindeforderungen hin, es ist ein offenes Geheimnis, weshalb Herr Bismarck keine Diäten gewährt hat. Seinen Zweck hat er sicher nicht erreicht. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Erreicht ist nur eine Privilegierung der preussischen Abgeordneten (Lebhafter Beifall links und im Zentrum), was wieder zur Mehrung der Reichsverschwendung im Süden führt. Ganze große Berufshände sind jetzt im Parlamenten unterworfen. Auch die Arbeiter sind unterworfen; denn Redakteure und Journalisten, auch wenn sie früher einmal Arbeiter waren, können nicht als Arbeitervertreter angesehen werden. (Zustimmung rechts.) Graf Posadowsky meint, die Reden müßten nicht, es werde doch niemand überzeugen. Aber die Nationalliberalen sind doch schon mandamental anderer Meinung geworden. Eine Mitarbeiter der Bundesratsmitglieder bei den Initiativanträgen wäre diesen selbst sehr nützlich, damit sie sich von den Ansichten, die sie in ihren Bureaus bekommen haben, befreien. (Sehr richtig! links.) Aber die Herren kommen gar nicht her zu den Initiativ-

anträgen. Es bleibt uns dann gar nichts anderes übrig, als sie in Entschlossenheit umzugehen. Wenn dadurch die Verhandlungen verkompliziert werden, so ist das nicht unsere Schuld; denn anders kriegen wir die Herren Staatssekretäre ja nicht vor die Klinge. (Beifall.) Ein Parlament, das sich von sechs Arbeitstagen in der Woche nur einen für die Beratung der Initiativanträge, das heißt für seine eigenen Wünsche reserviert (Zurück bei den Sozialdemokraten: Nicht einmal das!), ist wirklich ein sehr beschwerliches Parlament. (Sehr richtig! links.) Die Matrifalarbeiträge sind ein wesentlicher Teil der Reichsverschwendung. Als 1867 die Reichssteuer als ein Mittel in die mittelalterliche Kopfsteuer bezeichnet, wurde aufs entschiedenste Widerspruch erhoben. Möge man auch einen anderen Nachtrag für ihre Verteilung billigen können, ganz Verzicht auf sie werden wir unter keinen Umständen leisten. Wie gegen die Fixierung der Matrifalarbeiträge, so sind wir auch gegen die Schaffung selbständiger Reichsministerien.

Die Reichseisenbahngemeinschaft wird von uns lebhaft gewünscht. Wir möchten nur wissen, wie weit die Sache gediehen ist. Ebenso möchten wir öffentliche Mitteilungen über den Kriegszustand in Deutsch-Westafrika erhalten. Das soll wir wissen, wann unsere tapferen Soldaten (Beifall) von dort zurückkehren. Ich möchte ferner um Aufklärung über eine fast unglücklich klingende Nachricht des „Hamburger Fremdenblattes“ bitten, nach der die Hauptlinge der Altkavale, die sich beim Auswärtigen Amt über den Gouverneur v. Puttkamer beschwert haben, nachher ins Gefängnis geworfen sein sollen. (Hört! hört! links.) Ferner sind die Behauptungen aufgestellt, daß der Aufstand der Bundeswehr durch unsere Schuld entstanden ist, daß man dem Trunkenbold Samuel Mahers Kändereien abgelaufen habe, die ihm gar nicht gehört haben (Beifall bei den Sozialdemokraten) usw. Diese Landfrage habe auch im Hereroaufstand die entscheidende Rolle gespielt; die Weiber hätten ihre Männer fanatisiert, indem sie mit dem einseitigen Gelange „Wem gehöret Hereroland? Wem gehöret Hereroland“ hinter der Schlachtreihe dahermarschiert seien.

(Der Reichsminister Herr v. Bötticher ist erschienen.)

Unter diesen Umständen hat der Reichstag allen Anlaß, sich mehr als bisher um die Einzelheiten des Kolonialsetzes zu kümmern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Näher als die Dinge in Afrika liegen uns die sozialen Verhältnisse in Deutschland. Wir bedauern, daß in der Thronrede mit keinem Worte die Rede gewesen ist vom Schutze des Mittelstandes. (Sehr richtig!) Die Fragen des unvollständigen Wettbewerbes und der Sicherung der Kaufverordnungen sind längst spruchreif. Dringend notwendig ist eine Enquete über die Verhältnisse im Baugewerbe überhaupt. Wir vernichten auch eine Vorlage über den sogenannten Keinen Befähigungsnachweis, d. h. die Frage, wer Lehrlinge ausbilden soll. Bei den Steuerentwürfen hat man den Mittelstand nicht vergessen, wo es sich aber um den Schutz des Mittelstandes handelt, weiß man nichts von ihm. (Sehr wahr! im Zentrum.) Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes ist uns die Anerkennung der Berufsvereine versprochen worden. Eine Forderung, die bringend der Erfüllung bedarf, ist auch die Einführung der Arbeitskammern, für die der ganze Reichstag eintritt, sowie die Einführung des Beschäftigungstages. Wir vernichten eine Stellungnahme des Bundesrates zu dieser Frage. Eine weitere Aufgabe der Gesetzgebung ist es, zur Sicherung der Ausgestaltung der Tarifverträge, diesen „Dokumenten des gewerblichen Friedens“, wie der von Herrn Amle geprägte schöne Ausdruck lautet, mitzuwirken. Der Bergarbeiter hat im Landtage nur eine ungenügende Regelung gefunden, daher haben wir einen Antrag eingebracht, der für die berechtigten Klagen der Bergarbeiter auf reichsgesetzlichem Wege Abhilfe schaffen will. (Bravo! im Zentrum.) Redner plädiert weiter für Schutz der Hausindustrie, speziell in der Zigarettenindustrie und weist dann auf den § 6 des Flottengesetzes hin, nach dem keine Belastung des Massenkonsums für Marinezwecke eintreten darf. Auch die Regierung hat sich früher in diesem Sinne ausgesprochen: Keine Massenbelastung zugunsten der Flotte! Der Herr Finanzminister irrt sich aber, wenn er jetzt den Unterschied zwischen Nahrungs- und Genussmitteln betont. Der § 6 des Flottengesetzes spricht gar nicht von Nahrungsmitteln, sondern allgemein vom Massenbedarf. (Sehr richtig! links.) Die Summe aller indirekten Staatssteuern im Deutschen Reich beträgt dreimal so viel als die der direkten Steuern. Der Hinweis auf die Kommunalsteuern ist nicht stichhaltig, weil es auch genug in dieser Kategorie Kommunalsteuern gibt.

Wenn man die Ausführungen zur Erbschaftsteuer liest, sollte man meinen, daß diese Steuer etwas ganz merkwürdig Neues sei. Dabei sollte schon im 18. Jahrhundert eine deutsche Erbschaftsteuer eingeführt werden zur besseren Durchführung des Lärnkrieges. (Heiterkeit.) Interessant sind die Ausführungen einer Denkschrift aus jenem Jahrhundert, die mir vorliegt. Darin wird ausgeführt, daß besonders die Wohlhabenden zur Steuer für eine Flotte herangezogen werden müßten: die Orden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ja, sehr richtig! Aber, wo gibt es denn heute noch reiche Orden in Deutschland? Das war damals! (Sehr richtig! im Zentrum.) Weiter wird in der Denkschrift angeführt: Die weltlichen Orden, die Ritter, die Großen sollten lieber einen Teil ihres Ueberschusses abgeben, als auf leeres Gepränge und Verschwendung zu setzen. (Sehr richtig! links.) Ebenso sollten die Kaufleute besteuert, da der Handel von der Flotte Vorteil habe (Sehr richtig! rechts), überhaupt alle, die von der Steuer Vorteil hätten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Und der diese Denkschrift geschrieben hat, das war der heilige Ignazius v. Loyola. (Große Heiterkeit.) Eine Reichserbschaftsteuer ist von Preußen schon 1877 im Bundesrat beantragt worden. (Hört! hört!) Und Herr v. Miquel selbst hat in Preußen einen Entwurf vorgelegt, der die Ehegatten und Deszendenden besteuern wollte. Der Gedanke, daß man nur die großen Erbschaften besteuern will, ist durchaus nicht so von der Hand zu weisen. Auch bei der Einkommensteuer gibt es bekanntlich gewisse Schichten, von denen sie überhaupt nicht erhoben wird. Die Wiedergeburt des deutschen Volkes, von der der Staatssekretär in so schönen Worten sprach, ist nur auf religiöser Grundlage möglich. Um so weniger darf man der polnischen Bevölkerung den Religionsunterricht in ihrer Muttersprache vorenthalten. (Lebhafter Beifall im Zentrum und bei den Polen.)

Stellvertretender Kolonialdirektor Erbprinz v. Hohenlohe-Langenburg: Der Gouverneur von Kamerun, Herr v. Puttkamer, ist aufgefordert worden, sich zur mündlichen Berichterstattung über die Verfassung der Altkavale hier einzufinden, sobald sein Vertreter, Oberst Müller, die Geschäfte übernommen haben wird. (Bravo!) Wir werden alsdann die ganze Angelegenheit der genauesten und gründlichsten Prüfung unterziehen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Hr. Pöhl (natl.): Die Reichsfinanzreform bedeutet ganz einfach die praktische Vereinfachung der Matrifalarbeiträge. Die Bundesstaaten sollten doch bedenken, daß, wer Pflichten abwägt, auch Rechte verliert. Hentzutage würde ein deutscher Einzelstaat ganz einfach die Verpehung Deutschlands und die Stagnation aller freizeidlichen Institutionen bedeuten. (Sehr wahr! links.) Angesichts des elenden preussischen Wahlrechts können wir uns nur freuen, daß wir noch Einzelstaaten mit eigener freizeidlicher Entwicklung haben. (Sehr gut! links.) Der Reichstag kann auf sein wichtiges Recht, die Festsetzung der Höhe der Matrifalarbeiträge, nicht verzichten. Der Reichstag hätte vor Verbilligung der Diäten gar nicht in die Beratung der Reichsfinanzreform eintreten sollen. Die Rede des Grafen Posadowsky war auf den Ton gestimmt: Ja, Kinder, die Diäten sind so gut, aber ihr kriegt sie nicht! (Heiterkeit.) Der Staatssekretär schätzt die Reichstagsabgeordneten als wohlhabend ein, es ist ja gut, daß uns die Regierung wenigstens in einer Hinsicht schätzt. (Große Heiterkeit.) Auf die Doppelmandatäre zu schelten, ist doch in dem Augenblicke sehr merkwürdig, in dem wir fast nur noch durch die preussischen Landtagsdiätenbezieher arbeitsfähig sind! (Sehr wahr! links.) Unsere Finanzlage ist die denkbar schlechteste, und die Regierung verlangt große Bewilligungen von uns. Statt daß aber

jetzt wir die Diäten einstecken und der Regierung Vorlesungen hielten, will sie das Geld einfordern und uns noch Vorlesungen halten. (Sehr gut! links.)

Bei vielen der uns vorgelegten Steuerentwürfe wäre wohl die Regierung am meisten überfordert, wenn wir sie bewilligten. (Sehr richtig! links.) Aber wir sollen uns z. B. an der Stempelsteuer zu helfen machen, indem wir sie tois schlagen. (Heiterkeit.) Die Automobilsteuer ist insofern verständlich, weil man nicht begreift, warum das Verzin besteuert werden soll, die Pferde aber, die sonst die Wagen ziehen, nicht! Wir können uns nicht für diese Steuer erwärmen.

Auch gegen die Tabak- und Zigarettensteuer sprechen grundsätzliche Bedenken. Die Erbschaftsteuer ist wesentlich gerechter; sollte es nicht anders gehen, werden wir sogar eventuell für einen Ausbau dieser Steuer zu haben sein. Die Flottenvorlage gewinnt nicht durch die maßlosen Ausdehnungen des Flottenvereins. Wir sind zur vorurteilslosen Prüfung gern bereit, aber für Offenbarungsworte sind wir nicht zu haben. — Die Ausfällung des Herrn Gröber und die Mitteilung des Prinzen Hohenlohe zeigten, wie viele Wunde Punkte in der Kolonialverwaltung vorhanden sind. (Zustimmung links und im Zentrum.) Keine Nation hat soviel Geld, wie die deutsche, in gänzlich ansichtslose Unternehmungen gesteckt. (Sehr richtig! links.) — Wegen der Flotten- und Steuerentwürfe hat man die Weltlage wohl noch etwas dunkler gefärbt, als sie in der Tat ist. Mögen die Völker aus den Vorgängen dieses Jahres die Lehre ziehen, sich von einer chauvinistischen Presse und von einer scholischen Diplomatie nicht verhegen zu lassen. (Sehr richtig! links.) Hätte doch das Räufspiel eines einzigen Ministers beinahe zwei Kulturnationen, die zum Frieden entschlossen sind, in den Krieg getrieben. Aber auch die deutsche auswärtige Politik muß sich von ihrer nervösen Verfahrensweise und von ihrer Eucht, überall dreinzureden, gründlich befreien. Lassen wir ein Vierteljahrhundert die anderen sprechen. (Lebhafter Beifall links.)

Hr. Zimmermann (Antifem.): Die Marine möchten wir noch über die Regierungsvorlage hinaus verstärken, zur Dedung könnte die Erbschaftsteuer vergrößert und ein Reichseinkommensteuergesetz eingeführt werden. Daß aus der Vörie noch viel herauszuholen ist, zeigen die Sammlungen für die russischen Juden. Der Dresdener Oberbürgermeister hat mit den Sozialdemokraten nicht verhandelt, sondern sie nur gewarnt, am Sonntag Demonstrationen zu wiederholen. In Schlefien werden jetzt statt der Polen Ruthenen als Arbeitskräfte eingeführt, bis jetzt bereits 150000. (Hört! hört!) Das ist keine Germanisierung, sondern eine Slawifizierung.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. (Vorher dritte Lesung des Handelsprovisoriums mit England und des Handelsvertrags mit Bulgarien.)

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom Mittwoch, den 13. Dezember 1905, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Sudde.

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Interpellation Hild (natl.) wegen des Wagenmangels im Kohlenrevier, die in einer früheren Sitzung nach Beantwortung der Interpellation durch den Minister vertagt war.

Hr. Waco (natl., schwer verständlich): Der Wagenmangel besteht nicht seit gestern, sondern schon seit langen Jahren; der wirtschaftliche Aufschwung ist der Grund. Der Wagenmangel ist so schlimm, daß sich namhafte Firmen in der Absegegend schon entschlossen haben, aus England per Schiff zu beziehen. Das System, das die Eisenbahnverwaltung auf dem Gebiete der Wageneinstellung befolgt, entspricht nicht den wirtschaftlichen Anforderungen. (Beifall.)

Hr. Graf Ranitz (L.): Der Hr. Waco hat in der Begründung der Interpellation gesagt, vom finanziellen Standpunkte aus möge die Eisenbahn-Versaatslichung einen Fortschritt darstellen, vom wirtschaftlichen Standpunkte aus sei sie zu bedauern. Ich behaupte, daß die Versaatslichung gerade in dieser Beziehung eine der größten Errungenschaften darstellt, um die uns alle Kulturstaaten beneiden, die sie gern nachahmen möchten, wenn sie die finanziellen Mittel dazu hätten. Wenn man auch zugeben muß, daß ein Wagenmangel besteht, so muß man doch anerkennen, daß die Verwaltung Großes geleistet hat. Unwillkürlich fragt man doch, wie es komme, daß die vorhandenen Wasserstraßen, insbesondere der Dortmund-Ems-Kanal nicht mehr zur Abfuhr der Kohle nach den Ostseehäfen benutzt wird. Die englischen Kohlenfirmen zahlen eine Exportprämie. Was tut das deutsche Kohlenyndikat? Es erhöht die Preise! Ich möchte den Herren Kohleninteressenten den guten Rat geben, die jungen Wasserwege, die wir unter großen Opfern ihnen gebaut haben, auch zu benutzen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Hr. Defer (Hospitalität der freimüthigen Volkspartei): Der Vorredner vergißt, daß unsere Wasserstraßen nicht fertig sind, und insbesondere der Dortmund-Ems-Kanal nur einen Torso darstellt. Es läßt sich gar nicht bestreiten, daß ein Wagenmangel vorhanden ist. Hr. Graf Ranitz irrt, wenn er meint, daß das Kohlenyndikat die Verfrachter auf den Schienenweg verweist. Das Umgekehrte ist der Fall! Vor allen Dingen ist erforderlich, daß der Schiffverkehr nicht erschwert wird durch Umschlagstarife, durch Schleppmonopole und Schiffsabgaben. (Sehr richtig! links.) Keine politischen Freunde erkennen den Wagenmangel an sowohl in bezug auf die Industrie wie die Landwirtschaft und sind bereit, zur Beseitigung der Mängel beizutragen. (Beifall links.)

Hr. Waco (natl.): Ich bin nicht der Ansicht des Grafen Ranitz, daß unser Eisenbahnwesen sich gut entwickelt hat. Wenn unser Verkehr sich gesteigert hat, ist es geschahen trotz Versaatslichung der Bahn. Ueber die Preispolitik des Kohlenyndikats war man sich bis dahin doch einig, daß sie eine gute sei. Hr. Graf Ranitz soll doch auch berücksichtigen, daß unsere Selbstkosten größer sind als die der Engländer. Ich muß aber zugeben, daß man scheiden muß zwischen dem System und den Personen. Für die Personen in der Eisenbahnverwaltung haben wir in Ober-Schlesien Dank, Anerkennung und Bewunderung.

Hr. Priese (natl.) erörtert die Frage des Wagenmangels mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse des Saarreviers.

Hr. Hirsch-Essen (natl.): Das Kohlenyndikat, ist an der Westfälischen Transportgesellschaft mit zwei Millionen beteiligt. Das Kohlenyndikat hat also ein Interesse daran, den Wasserweg zu benutzen. Was meinen Sie wohl, welche hohe Kohlenpreise trotz ohne das Syndikat gehabt hätten? Hr. Graf Ranitz hätte an der Kartell-enquete teilnehmen sollen, dann würde er dauernd beruhigt sein und seine heutige Rede nicht gehalten haben. Hr. Graf Ranitz ist aber, wie man mir versichert hat, bei diesen Verhandlungen nur zwei Stunden zugegen gewesen.

Hr. v. Pappenheim (L.): Ich meine, daß die Erklärungen des Ministers beruhigend gewirkt haben. Die Rede meines Freundes Grafen Ranitz hat wieder gezeigt, daß es uns fern liegt, einseitig die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten. Es liegt uns nichts ferner, als das Kohlenyndikat einer unbedingten Preisstreberei zu beschuldigen. Was würden die Herren von der Linken aber wohl sagen, wenn die Landwirtschaft ein solches Syndikat gründete? Wie würden Sie da über Brotwucher schreien! Wir wissen es ja von dem Fleischtrummel her. Wir wünschen einen Einfluß des Staates auf die Maßnahmen des Syndikats zu schaffen und hoffen deshalb, daß das Vorgehen des Staates in der Hibernia-Angelegenheit nicht der letzte Schritt ist. (Beifall rechts.)

Abg. Gaarmann (natl.): Im Bezirk Dortmund kann man dem Wagenmangel am besten abhelfen durch neue Schienenwege.

Abg. Graf Walthe (fr.): Nach der heutigen Rede des Grafen König hoffe ich, daß er seine bedeutende Kraft künftighin auch dem Ausbau unseres Vinnwasserstraßenwesens widmet (Heiterkeit). Wenn ich einerseits die Wasserstraßenpolitik lebhaft befürwortet habe, so meine ich doch, daß es auf der anderen Seite eine zwingende Notwendigkeit ist, der Landwirthschaft durch eine gesunde Eisenbahnpolitik die Hilfsmittel zu geben, deren sie bedarf. Die Einnahmen aus dem Verkehrsweisen sind trügerischer Natur; sie erscheinen an einem Tage und verschwinden am andern. (Beifall.)

Minister v. Budge: Ich habe schon neulich anerkannt, daß wir dem Verkehr nicht haben genügen können. Aber in Oberhessen sind doch in diesem Jahre 18 Proz. mehr Wagen gestellt worden als im vorigen Jahre. Falsch ist die Annahme des Abg. Defer, daß ich die Wasserstraßen nicht aufkommen lassen will. Selbstverständlich müssen wir, nachdem wir die Eisenbahnen verstaatlicht haben, dafür sorgen, den Ansprüchen des Verkehrs zu genügen. Dabei kann natürlich nicht verlangt werden, daß jeder vor seiner Haustür eine Eisenbahn hat. (Heiterkeit.) Ich warne Sie, Mißstimmung unter den Arbeitern gegen die staatliche Verwaltung zu erregen. Die Betriebsmittelgemeinschaft wird zu Stande kommen, die Ansicht des Herrn Defer darüber ist irrig.

Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Es folgt die Beratung der **Zentrumsinterpellation** wegen des Einturges des Eisenbahntunnels bei Altenbeken.

Abg. v. Savigny (fr.) begründet die Interpellation. Glücklichweise hat der Tunnelbau bei Altenbeken im Juli d. J. keine Opfer an Menschenleben gefordert. Seltener sind aber die wirtschaftlichen Folgen für die Gemeinde Altenbeken. Im Interesse der Gemeinde, der Beamten und des reisenden Publikums ist es erforderlich, daß schnellstens dafür gesorgt wird, daß die Unfallstelle nicht in weitem Vogen umfahren werden muß.

Minister v. Budge: Wir haben uns entschlossen, den Tunnel gründlich wiederherzustellen, und die Eisenbahndirektion Kassel hofft, diese Arbeit bis Anfang April betwähigen zu können. Als Hilfslinie für den Verkehr haben wir jetzt die Linie Holzminden über Lehrte nach Altenbeken zweigleisig ausgebaut. Der Tunnel ist jetzt auf seine Sicherheit untersucht. Zur Beunruhigung liegt keine Veranlassung vor.

Ministerialdirektor Wiesner teilt das Ergebnis seiner geologischen Untersuchungen mit.

Ein Antrag des **Abg. Schmidt-Warburg (Z.)** auf Besprechung der Interpellation wird abgelehnt.

Das Haus vertagt sich hierauf. Nächste Sitzung: Dienstag, 9. Januar 1906, nachmittags 2 Uhr. (Entgegennahme von Regierungsvorlagen.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

Die südwestafrikanische Kriegsbahn. Die gestrige Fortsetzung der Beratung der Lader- und Antriebsbahn in der Budgetkommission des Reichstags, begann mit der Befragung der Kapitäne Jensen und Deppen von der Hamburg-Amerika-Linie, die den Hafen in Lüderichsbucht als gut und brauchbar bezeichneten. Strömung und Verlandung siehe nicht zu beschränken. Das Gutachten der beiden Kapitäne über die Neede in Swakopmund, für die das Reich Millionen aufgewendet hat, ergab die Gewißheit, daß die Millionen in geradezu gewissenloser und äußerst leichtsinniger Weise verschwendet worden sind. Die mit großen Kosten erbaute Mole ist total verlandet, die Vaggerung völlig zwecklos. Mit außergewöhnlicher Schärfe löste der Zentrumabgeordnete Dr. Bacher Kritik an der Tätigkeit der Kolonialverwaltung. Es sei einfach unerhört, daß von der Regierung dem Reichstag über die Neede in Swakopmund so unwahre Angaben gemacht worden seien. Das zwingt dazu, mit absolutem Mißtrauen in Zukunft die Mitteilungen und Angaben der Kolonialverwaltung entgegenzunehmen. Toll sei auch die Tatsache, daß ziemlich alles Land an der Küste in Südwestafrika Landgesellschaften gehöre, ohne deren Genehmigung kaum eine Hütte gebaut werden könne. Die geforderte Bahn könne nur gebaut bzw. bewilligt werden, wenn dem Reichstag die feste Zusicherung gegeben werde, daß mit dem Anwesen der Landgesellschaften aufgeräumt werde. In einem Falle sei von der Regierung einer Gesellschaft ein Landkomplex geschenkt worden, der zweimal so groß ist, wie das Königreich Bayern. Wenn man höre, daß im Süden der Kolonie allein die jährlichen Transportkosten für die Zufuhr von Proviant und Munition für 2000 Mann sich auf 24 Millionen Mark belaufen (wir hatten in der vorigen Kammer irrtümlich diese Summe als Aufwand für die Verpflegung angegeben), dann müsse jetzt gefragt werden: Ist überhaupt im Süden der Kolonie ein Wert von 24 Millionen vorhanden? Es wäre wohl am besten, dort die Truppen zu entfernen und die Vanden streifen zu lassen, denn geleistete kolonialistische Arbeit sei dort nicht gefährdet. Es empfehle sich auch, statt an Landgesellschaften an Soldaten des Expeditionskorps Land zu verteilen, das würde vielleicht schneller zur Kultivierung der Kolonie führen. Die Freude an den Kolonien sei dem Reichstag und dem Volke nicht zuletzt durch die bisherige trostlose Wirksamkeit des Kolonialamtes verdorben worden. Der Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe gab die Erklärung ab, daß die Regierung im Anschluß an die Beratungen der baldigt zusammen tretenden Untersuchungskommission die gesetzliche Regelung der Landfrage beabsichtige. Für die Landkonzessionen, die unstreitig zu mißlichen Zuständen geführt hätten, könne er nicht verantwortlich gemacht werden. Oberst v. Deimling legte dar, daß es in Südwestafrika noch an allen Ecken und Enden knaue, so daß ganz bestimmt noch weit, weit über die auf acht Monate berechnete Bauzeit der Bahn hinaus die jetzige Truppenstärke aufrechterhalten bleiben müsse. Er wolle auch gleichzeitg mitteilen, daß sogar demnächst weitere 2000 Mann Ergänzungstruppen nach Südwestafrika geschickt werden müßten. Ohne die geforderte Bahn werde man mit den Hottentotten überhaupt nicht fertig. Das sei eine bittere Wahrheit, der er die ebenso bittere Wahrheit hinzufüge, daß die Bahn unbedingt bis Keetmanshoop weitergeführt werden müsse. Das rundweg herauszusagen, halte er sich als Soldat verpflichtet. Die Truppe in Warmbad sei jetzt direkt aktionsunfähig geworden, weil ihr Morale durch einen Heberfall wohl familiäre Reize geraubt habe. Eine andere südliche Abteilung leide hinere Not. Wenn die englische Kapregierung die Grenze sperren würde, müßte ein Proviantmangel eintreten, der für die Truppen das schlimmste befürchten lasse. Überdies habe der dortige Truppenkommandeur um 1000 Dromedare zur Proviant- und Munitionsbeförderung gebeten. Hagenbed werde diese Tiere innerhalb sechs bis neun Monaten beschaffen. Er appelliere an den Reichstag, den Bahnbau schnellstens zu bewilligen. Geheimrat Dr. Seig teilte mit, daß von den bisher zur Wiederherstellung des südwestafrikanischen Aufstehens bewilligten 185 900 000 M. rund 177 Mill. verausgabt sind, die Regierung werde heute nach dem Reichstag von weiteren Forderungen für Südwestafrika Kenntnis geben. (Siehe Reichstagsbericht in heutiger Nummer.) Der Abg. Dr. Paasche glaubte, der Kommission sagen zu müssen, es sei nunmehr patriotische Pflicht, die Bahn so schnell als möglich zu bewilligen. Gile wie bitter vor, wie Oberst v. Deimling bewiesen habe. Dem Versuch des Abg. Dr. Paasche, die eilige Bewilligung als patriotische Pflicht zu bezeichnen, widersprach Abg. Dr. Südelmann ganz energisch. Wäre der Bahnbau so dringend notwendig, konnte die Regierung den Reichstag viel früher einberufen, statt ihm zumuten, die Vorlage gleichsam in aller Hast zu erledigen. Wollte man den Vorwurf der Verschleppung des angeblich so notwendigen Bahnbauwerkes erheben, so treffe er mit voller Wucht allein die Regierung. Dem

Zentrum ist ein Antrag des Inhalts eingegangen, im Gesetz für diese Bahn die Bestimmung aufzunehmen, daß alle an die Landgesellschaften erteilten Land- und Bergwerkrechte im Schutzbereich vererbt sind, und dem Fiskus zufallen, sofern sie nicht bis zum 1. April 1906 ausgeübt worden sind. — Donnerstag Weiterberatung.

Im Abgeordnetenhaus haben sich die ständigen Kommissionen konstituiert: 1. Die Geschäftsordnungskommission: Vorsitzender Dr. Eckels (natl.), stellvertretender Vorsitzender v. Buttler (L). 2. Die Petitionskommission: Vorsitzender Freiherr v. Eynatten (Z.), stellvertretender Vorsitzender v. Veltheim-Schönfließ (L). 3. Die Agrarkommission: Vorsitzender Herold (Z.), stellvertretender Vorsitzender v. Wühlendorff-Kölpin (L). 4. Die Handels- und Gewerbekommission: Vorsitzender Trimborn (Z.), stellvertretender Vorsitzender Rosenow (fr. Sp.). 5. Die Justizkommission: Vorsitzender Krause-Waldenburg (fr.), stellvertretender Vorsitzender Bachmann (natl.). 6. Die Gemeindefiskalkommission: Vorsitzender Hausmann (natl.), stellvertretender Vorsitzender Albers (Z.). 7. Die Unterrichtscommission: Vorsitzender Dr. Irmer (L), stellvert. Vorsitzender Dr. Arendt-Mansfeld (fr.). 8. Die Budgetkommission: Vorsitzender Jehre v. Erffa (L), stellvertretender Vorsitzender Bräut (fr.). 9. Die Rechnungskommission: Vorsitzender Kronjohn (fr. Sp.), stellvertretender Vorsitzender v. Hagen (Z.). 10. Die Wahlprüfungscommission: Vorsitzender v. Neumann-Genseberg (L), stellvertretender Vorsitzender Wellstein (Z.).

Außerdem ist die Kommission für die Vorbereitung des Einkommensteuer- und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes gewählt worden mit dem Abg. v. Arnim (L) als Vorsitzenden und dem Abg. v. Dewitz (fr.) als Stellvertreter.

Dem Abgeordnetenhaus ist die schon in der letzten Session angeordnete Novelle zum Berggesetz, welche den Abschnitt über die Knappschaftsvereine neu regelt, zugegangen.

Die Weihnachtsferien des Abgeordnetenhauses werden bis zum 9. Januar 1906 dauern. Am Dienstag, dem 9. Januar, wird aber voraussichtlich nur der Etat entgegengenommen werden. Bis Montag, den 15. Januar, werden dann keine Plenarsitzungen abgehalten werden, um der Schulgesetzkommision und der Einkommensteuergesetzkommission Zeit zur Beratung zu lassen. Die Generaldebatte über den Etat soll drei Tage, vom 15.—17. Januar, dauern. Der Rest der Woche soll dann wieder sittingsfrei bleiben, um den genannten Kommissionen und auch der Budgetkommission Zeit für ihre Beratungen zu gewähren.

Aus Industrie und Handel.

Neuer russischer Pump in Sicht?

Am Dienstag wurde an der Börse bekannt, aus Rußland seien Warren Gold eingetroffen und in die Reichsbank abgeführt. Das Gerücht bestätigt sich, allerdings über den Wert der Warren wenig man nichts Genaueres. Daß die am Montag vorgenommene Diskonterhöhung so stark gewirkt haben soll, schon am Dienstag Gold aus Rußland heranzuziehen, fällt ja aus dem Rahmen einer möglichen Diskussion. Auch wird schwerlich jemand sich zu dem Glauben aufschwingen, Rußland habe in seiner Staatsbank noch solche Mengen Metall, daß der „Ueberfluß“ dazu bestimmt sei, die Geldverleihung auf dem deutschen Markt zu beheben. Zweifellos wird mit der Zufuhr ein bestimmter Zweck verfolgt. Es taucht die Vermutung auf, man halte es für geraten, wegen der innerpolitischen Verhältnisse die Goldbestände der russischen Staatsbank in Sicherheit zu bringen. Viel näher liegt aber der andere mögliche Gedanke, nämlich daß mit der Zufuhr bezweckt wird, die Besitzer russischer Werte zu dupieren, den Boden zu bearbeiten für eine neue russische Anleihe. In den nächsten Monaten werden russische Schatzscheine fällig und da braucht man Geld zur Ablösung. Das heißt Rußland pumpt neue Kapitalien um Schulden zu bezahlen. Wenn es sich nur um eine vermeintlich nötige Sicherheitsmaßregel handelt, dann ist das ein Beweis dafür, daß die Erregung im Lande in den letzten Tagen nicht abgenommen hat, wie vielfach behauptet wird, sondern daß die Lage noch kritischer geworden ist.

Interessengemeinschaft. In der Sitzung des Aufsichtsrats der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-Aktiengesellschaft wurde vom Vorstand berichtet, daß die Gesellschaft sich in allen Teilen befriedigend gestalte und daß die Gesellschaft sich mit der Gräflich Schaffgotschen und Valesstremischen Verwaltung zu einer Interessengemeinschaft zusammenschließen habe, welche die gemeinschaftliche Verwertung der Kohlenproduktion bezweckt. Das Abkommen ist zunächst für zehn Jahre geschlossen und sichert den Gesellschaftswerken für die Vertriebsdauer in günstigster Weise ihren gesamten Kohlenbedarf. Soweit ihn die eigenen Anlagen nicht zu liefern vermögen, und gewährleistet eine zweckmäßige Verwertung der restlichen für Hüttenzwecke nicht in Anspruch genommenen Quanten auf gleicher Basis wie die der anerkannt erstklassigen Produkte der genannten gräflichen Verwaltungen.

Die Entwicklung der amerikanischen Schuhindustrie findet eine charakteristische Beleuchtung in dem Jahresbericht des englischen Konsuls in Philadelphia für das Jahr 1904. Obgleich in der Schuhindustrie der Vereinigten Staaten nur 197 000 Arbeiter beschäftigt sind, gegen 200 000 in England, produziert die letztere doch mehr Schuhe, als irgend ein anderes Land der Welt. Das kommt vor allem daher, daß in Amerika Schuhe lediglich durch die Maschine hergestellt werden und daß sich die amerikanische Schuhindustrie nur der allerbesten Maschinen bedient. In dem bezeichneten Bericht wird an zwei Beispielen klar gemacht, wiewo ungenügender Fortschritt die Maschinenarbeit gegenüber der früheren Handarbeit bedeutet. Um 100 Paar Männerstiefel herzustellen waren im Jahre 1895 bei Handarbeit 225 Arbeitsstunden nötig, und ein solches Paar kostete im Durchschnitt 21 M.; die gleiche Anzahl Stiefeln derselben Qualität wurde im Jahre 1905 mit der Maschine in 208 Arbeitsstunden hergestellt und das Paar kostete im Durchschnitt circa 3 M. Es ist die kolossale Preisermäßigung, welche der amerikanischen Schuhindustrie das Uebergewicht auf dem Weltmarkt gesichert hat. Nach einer Statistik wurden in den Vereinigten Staaten im Jahre 1900 insgesamt 219 Millionen Paar Schuhe fabriziert, für das Jahr 1904 wird die Produktion auf 620 Millionen Paar geschätzt.

Preiserhöhung. Der Ostdeutsch-Sächsische Hüttenverein beschloß die sofortige Preiserhöhung für Handlötlöhne und Abfuhrhöhen um 10 M. pro Tonne, für Gußmail um 5 Proz.

Wagengestellung. Die Wagenalamität scheint nun vollständig behoben zu sein; in den letzten Tagen ist die angeforderte Anzahl Wagen durchgängig gestellt worden.

Eine Dividende von 7 1/2 Proz. gegen 7 Proz. im Vorjahre bringt die Rheinisch-Westfälische Distolltongesellschaft für das abgelaufene Geschäftsjahr zur Verteilung.

Geheimerter Geschäftsbetrieb. Der Abschluß der Oesterreichischen Alpen Montangesellschaft über die ersten drei Quartale weist ein Mehrerträgnis gegen das Vorjahr um 1,6 Millionen Kronen aus, so daß sich für das dritte Quartal ein Mehrergebnis von 700 000 Kronen ergibt. Die Faktursumme ist um 2,9 Mill. Kronen gestiegen.

Kupferausfuhr Amerikas. Für die immer mehr sich entwickelnde Elektrizitätsindustrie spielt das Kupfer eine Hauptrolle. Wegen des Rückganges der Vorräte sind in letzter Zeit die Preise mehrmals heraufgesetzt worden. Die verminderten Vorräte sind lediglich eine Folge des gesteigerten Konsums, denn die Produktion ist nicht zurück-

gegangen, die Ausfuhr Amerikas war in diesem Jahre größer als im vorigen Jahre. Nach den verschiedenen Ländern der Welt gestaltete sich die Ausfuhr (in Brutto-Tonnen von je 2240 Pfund) wie folgt:

	1905	1904
Großbritannien . . .	26 223	42 439
Frankreich	25 809	36 081
Deutschland	39 728	37 083
Holland	50 644	57 584
Belgien	2 556	3 631
Oesterreich-Ungarn . . .	8 420	9 186
Italien	5 933	5 443
Rußland	6 338	8 005
China und Japan	41 940	2 728
Sonstige Länder	919	1 714
Insgesamt	208 510	205 394

Siemens Elektrische Betriebe A.-G. Laut Gewinn- und Verlustrechnung ergibt sich aus den Betrieben und Zinseinnahmen ein Geschäftsgeinn von 84 157 M. Nach Abzug der Handlungskosten und Obligationenzinsen in Höhe von 236 491 M. und Dotierung des Abschreibungs- und Erneuerungsfondskontos in bisheriger Weise mit 288 963 M. und des Rückstellungskontos mit 10 000 M. verbleibt ein Reingewinn von 301 806 M., woraus 5 1/2 Proz. Dividende zur Verteilung gelangen und 3594 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Wie der Bericht weiter besagt, hat die Stromabgabe in der von der Gesellschaft im eigenen Betriebe geführten Dietzstraße und Straßenbahn in Belmar im vergangenen Jahre wiederum eine Steigerung gegen das Vorjahr erfahren. Das Installationsgeschäft entwickelte sich weiter günstig und neben vielen Erweiterungen bestehender Anlagen kam eine große Zahl Neuanlagen zur Ausführung. Bei dem Bahnbetrieb ist eine kleine Steigerung der Verkehrsziffer und dementsprechend auch der Einnahmen um etwa 5 Prozent gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Zwei Dampfturbinen zu je 500 PS, von denen eine mit einer Lichtdynamo, die andere mit einer Licht- und Bohndynamo direkt gesteuert ist, gelangen mit der zugehörigen Kesselanlage zur Aufstellung. Die erste Dampfturbine wird voraussichtlich im Dezember dieses Jahres in Betrieb kommen.

Zusammenschluß in der Gasflüssigkeit-Industrie. Die Firmen Chemische Fabrik Dr. Wilh. Sautmann, Allgemeine Glasflüssigkeitwerke Dr. Alfred Oppenheim u. Co., G. m. b. H., Vereinigte Chemische Fabriken Julius Norden u. Co., G. m. b. H., Julius Janz und Gustav Janz haben sich zu einer Aktiengesellschaft zusammengeschlossen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.
Am 12. Dezember verstarb unser Kollege
Wilhelm Bade
im Alter von 22 Jahren an der Lungenentzündung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. d. M., nachmittags 9 Uhr, nach Hedwigs-Krankenhaus, nach dem Friedhof Kirchhof in Rieder-Schönhausen, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
1905 Die Vorstandsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Köhler
Max Drewitz
am 12. Dezember nach langer Krankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. Dezember, nachmittags um 3 Uhr, von dem städtischen Krankenhaus am Friedhof Kirchhof in Wilhelmshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
98/13 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Nichte
Luise Schwanherz
am 11. Dezember im Alter von 20 Jahren nach schweren Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichshagen aus statt.
Im Namen der trauernden Verwandten
Ernst Schwanherz und Frau, Eisenbahnstr. 7.

Gesundheits-Pfeifen
in verschiedenen Ausführungen.
Jagd-, Klub-, Marsch-, Shag-, Anrauch-, lange
und halblange Weichspitzen, Meer-schaum-, Weichspitzen-, Zigarren- und Zigarettenspitzen, Priem-, Schnupftabak-Dosen, Pfeifenstiele, Tabakbeutel und Spazierstöcke.
Carl Schubert, Köstringer Platz 6.

Weihnachtsbäume, klein und groß, Schlägt Heinrich Raabes bei mir los, Der Holz vom Holz herabgehoben, Ein jeder soll den besten kriegen.
Auch **Äpfel, Nüsse**, schöne Gaben, Sind billig noch bei mir zu haben. Tut Geld in'n Beutel, stellt Euch ein, Ein jeder soll zufrieden sein!
Fritz Wilke, Brunnenstr. 188 (Verkauf im Garten). [57142]

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Tegel.
Todes-Anzeige.
Zur Nachricht, daß unser Mitglied
Friedrich Meier
im 33. Lebensjahre auf seiner Arbeitsstelle plötzlich verstorben ist. Wir verlieren an dem Verstorbenen ein treues Mitglied und einen Förderer der Organisation.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Tegeler Kirchhofes aus statt.
Um rege zahlreiche Beteiligung bitten
1175b Die Ortsverwaltung.

Wahlverein Tegel.
Todes-Anzeige.
Zur Nachricht, daß unser Mitglied
Friedrich Meier
im 33. Lebensjahre auf seiner Arbeitsstelle plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Tegeler Kirchhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
11745 Der Vorstand.

Heute morgen 12 1/2 Uhr ent-schied sanft nach langem, schweren Leiden mein innigstgeliebter, guter Mann, der Gattin
Karl Pein
im 52. Lebensjahre.
Dies zeigt mit der Bitte um hilfes Beileid selbstbetradt an
Ww. A. Pein geb. Teutberg.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. Dezember er., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhaus, Unterluisenparkstr. 8/10, aus nach dem Kirchhof in Schmögenhof statt. 1107b

Reichel's Hustentropfen
unbedenklich wirksam gegen
Husten, Keuchhusten, Verschleimung Hals, Schmerz, sowie alle Beschwerden der Atmungsorgane. 50 Pf. 1/2
Gibt nur wenn mit Wasser, verdünnt, verschluckt. Wirklich in den Erzeugern und bei
Otto Reichel, Berlin SO. 4, Chir. Bahstr. 4

Weihnachtsbäume
billigste Quelle, schöne Bäume, 50 Pf. an.
Frühjahrstr. 41 (früher Nr. 9.)
Verzieren und Gewerkschaften empfehle mein **Sokal** zur Abhaltung von Sitzungen.
Neander-Fritz Lopper, Straße 5.

Piano
80 M. das. Geheiß, billig! bis 10 abends.
Nettelbeckplatz, hochparterre, Nettelbeckhof.

Wir haben die Herstellung der Josetti-Cigaretten so vervollkommen, dass wir alle früheren Produkte in unserer langjährigen Praxis nur als experimentale Stufen zu dieser Vervollkommnung betrachten. Während dieser Praxis haben wir fortwährend den Vorteil sachverständiger Kritik gehabt, ohne welche die Herstellung von Cigaretten wie

JOSETTI CIGARETTEN

nicht möglich gewesen wäre.

Die Josetti-Cigarette ist thatsächlich ein Erfolg, begründet auf vielen früheren Erfolgen. Sie ist die Cigarette des deutschen Kenners geworden, weil sie über der Kritik des schärfsten sachverständigen Kritikers steht.

Josetti

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.



Das Ernten türkischer Tabakblätter. Nur die feinsten Blätter werden unter sachverständiger Aufsicht gepflückt.

Mit kleinen Webfehlern!
Eine große Partie **echter**

Plüsch-

Tischdecken

mit reicher Stickerei
ca. 33 1/3 % unter Preis!

140/140 cm	8,75 M.	Wert 15,00
130/160	10,50 M.	18,00
145/175	13,50 M.	22,50

Nach außerhalb per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin Oranien-Str. 158.

Extra billig!

div. Teppiche

mit kleinen Webfehlern!

Pracht-Katalog mit circa 600 Illustrationen und Weihnachts-Extraktliste auf Wunsch gratis u. franko.

Sobien erschien:

Künstlerpostkarte Bebel spricht

im Reichstage zum Etat.
Nach Originalzeichnungen ausgeführt. Neue, farbige, künstlerische, politische Neujahrspostkarten Preis 10 Pf. Verkäufer allerorten gesucht. Rich. Lipinski, Verlag, Leipzig, Reudnitzstr. 11.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummibwarenfabrik Berlin NW., Friedrichsrasse 91/92.

Augen auf!

beim Einkauf.
Getragene Herren-Paletots,
Getragene Herren-Anzüge,
Getragene Herren-Hosen,
von feinsten Herrschaften, Kavallieren,
nur kurze Zeit gebraucht, jederzeit
am Lager. 51021.

J. Wand

Haupt-Geschäfte:
Chaussee-Str. 80a.
2. Geschäft: Prinzen-Str. 17.
3. Geschäft: Gr. Frankfurter-Str. 116.
Bitte genau auf Hausnummer achten.

KNORR'S Hafermehl,

In 30jähriger Erfahrung als bester Zusatz zur Kindermilch erprobt.

Wacholder-Extrakt Marke „Medico“

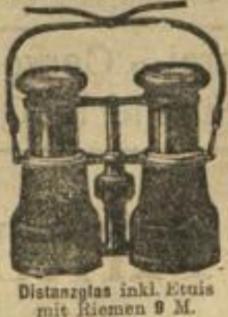
ein rein natürliches u. heilkräftiges, seit Jahrhunderten glänzend bewährtes Hausmittel, mit wunderbarem Erfolge wachsend, speziell gegen Rheumatisches, Gicht, Hämorrhoiden, Magenbeschwerden, Beschwerden der Wechseljahre, Frauenleiden, Asthma, in kaltem Wasser auf Guss u. Lunge und reinigt das Blut in der vollkommensten Weise. Verdrängt ferner ableitend, die Hautausschläge, fördert den Harnreizenden u. Ursubstanz auscheidenden Eigenschaften leistet es bei Nieren- u. Nierenleiden demnach unerschöpfbare Dienste und wirkt die Natur unerschöpfend, auf alle Teile des Organismus in wohlthätiger Weise ein. Niemals löst, garantiert rein u. unverfälscht nur in Flaschen mit Marke „Medico“ a 75 Pf., R. 1.50, u. 2.50 zu haben durch

Otto Reichel, Berlin SO. 43. P. Kutschöffe IV 64A, 2183, 4561. Wo in den Grossstädten u. Provinz von 1871-1881, Reichel-Extrakt bei Kauf.

Weihnachts-Ausstellung.

Laterna magica von 1.50 an, Kinematographen von 10.00 an, Dampf- und Uhrwerks-Eisenbahnen von 1.50 an, Dampfmaschinen mit Pfeife 1.50, Schienen, Weichen, Kreuzungen u. sämtliche Zubehörteile, Betriebsmodelle in größter Auswahl von 0.30 an, Influenzmaschinen, Experimentierkästen.

Reiszeuge für Schüler und Techniker, beste Ausführung, in allen Preislagen.



Rathenower Augengläser

Echt Rathenower Brillen 1,00
Pincenez (echt Nickel) M. 1,50
„ Double 5,00
„ Gold 12,00
„ Schildpatt 4,50
Opern- und Reisegläser v. 6,00 an
Barometer, garantiert gute Werke, von 6,00 an

A. Grün, Optiker, Brunnen-Str. 4 am Rosenthaler Tor.



Strickmaschine TRIUMPH

führt zum Wohlstand!

Bei Kauf meiner Maschine gobe Arbeit das ganze Jahr hindurch zu Hause; Tagesverdienst M. 3-4 und mehr.

Berliner Hausindustrie für Strickwaren F. Siebert, Berlin W. 15 Düsseldorfstr. 103.

E. Süsskind & Co., Rosenthalerstraße 9 (Ecke Auguststr. 41)

Total-Ausverkauf! Herren- und Knaben-Konfektion!

Unsere Fenster beweisen Alles! — Wir garantieren für prima Fabrikate zu unerreicht billigen Preisen!

□ □ □ □ □ Besichtigung lohnenswert! □ □ Streng reell! □ □ Feste Preise! □ □ Fahrvergütung auch bei Besichtigung! □ □ □ □ □

A. WERTHEIM

KONSERVEN

Stangenspargel <small>extra stark</small> 1/2 D. 1.75 Mk.	Bruchspargel <small>ohne Köpfe</small> 1/2 D. 34 Pf.	Gemischtes Gemüse 1/2 D. 45 Pf.	Bratheringe Dose 47 Pf.
Stangenspargel <small>extra stark</small> 1/2 D. 93 Pf.	Abschnittspargel 1/2 D. 38 Pf.	Karotten <small>geschnitten</small> 1/2 D. 30 Pf.	Bismarck-Heringe " 47 Pf.
Stangenspargel Ia 1/2 D. 1.35 Mk.	Abschnittspargel 1/2 D. 24 Pf.	Grünkohl 1/2 D. 35 Pf.	Heringe in Aspic " 40 Pf.
Stangenspargel Ia 1/2 D. 73 Pf.	Schoten <small>extra fein</small> 1/2 D. 90 Pf.	Wirsingkohl 1/2 D. 35 Pf.	Delikatessheringe 1/2 Dose 83 Pf.
Stangenspargel II 1/2 D. 1.20 Mk.	Schoten I 1/2 D. 80 Pf.	Kohlrabi 1/2 D. 25 Pf.	Delikatessheringe 1/2 " 52 Pf.
Stangenspargel II 1/2 D. 65 Pf.	Schoten I 1/2 D. 45 Pf.	Teltower Rübchen 1/2 D. 70 Pf.	Neunaugen 1/2 " 95 Pf.
Stangenspargel III 1/2 D. 85 Pf.	Feine Schoten 1/2 D. 52 Pf.	Teltower Rübchen 1/2 D. 40 Pf.	Aal in Gelee 1/2 " 80 Pf.
Riesenbruchsparg. 1/2 D. 1.35 Mk.	Feine Schoten 1/2 D. 32 Pf.	Spinat 1/2 D. 45 Pf.	Lachs in Gelee 1/2 Dose 1.10 Mk.
Riesenbruchsparg. 1/2 D. 73 Pf.	Junge Schoten 1/2 D. 48 Pf.	Tomatenspuree 1/2 D. 70 Pf.	Russ. Sardinen Glas 25 Pf.
Bruchspargel 1/2 D. 70 Pf.	Schoten 1/2 D. 38 Pf.	Tomaten 1/2 Frucht 1/2 D. 70 Pf.	Anchovis " 25 Pf.
Bruchspargel 1/2 D. 40 Pf.	Schoten u. Karotten 1/2 D. 60 Pf.	Tomaten 1/2 Frucht 1/2 D. 40 Pf.	Anchovis Dose 40 Pf.
Bruchspargel <small>ohne Köpfe</small> 1/2 D. 58 Pf.	Schoten u. Karotten 1/2 D. 35 Pf.		Appetit-Sild " 35 Pf.

Brech- und Schneidebohnen 1/2 Dose 24 Pf.

<i>Früchte in Gläsern, in dünnem Zucker:</i>	<i>Früchte in Gläsern, in dünnem Zucker:</i>	<i>Früchte in Gläsern, in dünnem Zucker:</i>	
Aprikosen halbe Frucht 1/2 Glas 1.15	Mirabellen 1/2 " 70 Pf.	Kirschen rot, mit Steinen 1/2 " 1.15	
Aprikosen halbe Frucht 1/2 " 70 Pf.	Melange 1/2 " 1.15	Kirschen rot, mit Steinen 1/2 " 70 Pf.	
Pfirsiche halbe Frucht 1/2 " 1.15	Melange 1/2 " 70 Pf.	Dunstfrüchte	
Pfirsiche halbe Frucht 1/2 " 70 Pf.	Johannisbeeren 1/2 " 1.15	Stachelbeeren, Birnen, Johannisbeeren, Pflaumen Glas 55 Pf.	
Erdbeeren 1/2 " 1.15	Johannisbeeren 1/2 " 70 Pf.	Dunstfrüchte in Zucker	
Erdbeeren 1/2 " 70 Pf.	Birnen rot, halbe Frucht 1/2 " 1.15	Pfirsiche Glas 1.40	
Reineclauden 1/2 " 1.15	Birnen rot, halbe Frucht 1/2 " 70 Pf.	Pflaumen 1/2 Frucht Glas 50 Pf.	
Reineclauden 1/2 " 70 Pf.	Kirschen rot, ohne Steine 1/2 " 1.15		
Mirabellen 1/2 " 1.15	Kirschen rot, ohne Steine 1/2 " 70 Pf.		

Oelsardinen

Amieux Frères 1/2 Dose 90 Pf.
Amieux Frères 1/2 Dose 1.50 Mk.
"Martell" 1/2 D. 45 Pf., 1/2 D. 1.25 Mk.
"La Rose" 1/2 Dose 35 Pf.

KOLONIAL-WAREN

Budapest. Mehl <small>extra fein</small> Pfd. 24 Pf.	Korinthen Pfd. 30 Pf.	Backpulver 1/2 Pfd. Packet 45 Pf.	Franz. Pflaumen Pfd. 35 u. 60 Pf.
Kais. Auszg.-Mehl <small>feinstes</small> " 17 Pf.	Süsse Riesenmandeln " 1.10	Backpulver kleiner Beutel 8 Pf.	Kaliforn. Pflaumen Pfd. 35 u. 60 Pf.
Weizenmehl " 15 Pf.	Süsse Mandeln " 90 Pf.	Backmonda Packet 20 Pf., 40 Pf.	Gemischt. Backobst Pfd. 35 Pf.
Rosinen " 45 Pf.	Bittere Mandeln " 1.10	Citronen-Essenz (gefärbt) 1/2 Pfd. Packet 8 Pf.	Gemischt. Backobst I " 48 Pf.
Sultaninen I " 50 Pf.	Citronat " 70 Pf.	Vanillin-u. Mandelessenz 1/2 Pfd. Packet 50 Pf.	Türk. Pflaumen Pfd. 24 u. 28 Pf.
Sultaninen II " 40 Pf.	Orangeat " 60 Pf.		Italien. Prünellen Pfd. 70 Pf.
Sultaninen III " 30 Pf.	Selbsttät. Backmehl " 32 Pf.		Kaliforn. Aprikosen " 55 Pf.

Gebrannter Kaffee

Mischung I	II	III	IV	V	VI	VII
Pfund 80	95 Pf.	1.10	1.35	1.50	1.70	1.90 Mk.

Deutscher Kakao Pfund 90 Pf., 1.15 Mk.

Holländischer Kakao Pfund 1.80, 2.10 Mk.

Kongo-Tee

Pfund	I 2.40	II 3.20	III 3.40 Mk.
-------	--------	---------	--------------

Souchong-Melange

Pfd.	I 1.60	II 2 Mk.	III 2.80	IV 3.40 Mk.
------	--------	----------	----------	-------------

Ceylon-Melange Pfund 3.60 Mk.

Pecco-Melange Pfund 4.80 Mk.

Salami- u. Cervelatwurst Pfd. 1.20 Mk.
Geräucherte Gänsebrust Pfd. 1.50 Mk.

Kasseler-Rippespeer Pfund 90 Pf.
Kasseler-Kammstücke Pfund 85 Pf.

Ananas Pfund 68 Pf.

Haselnüsse Pfd. 35, 45 Pf.
Amerikanisch. Nüsse Pfd. 50 Pf.

Kieler Sprotten Pfund 45 Pf.

WEIN

Preise incl. Flasche

Mosel-Wein

Ober-Moseler	55 Pf.
1902 ^{er} Ernster Mark	75 Pf.
1903 ^{er} Zeltinger	1 Mk.
1902 ^{er} Piesport. Falkenberg	1.25
1900 ^{er} Berncastler Graben	1.30
1902 ^{er} Enckirch. Steffansberg	1.40
1902 ^{er} Dhroner Hofberg	1.70
1903 ^{er} Scharzhofberger	2 Mk.
(Puder 15. Crescenz: Egon Müller)	
1904 ^{er} Reiler Sorentberger	2.20
1903 ^{er} Piesporter (Puder 20)	2.40
(Crescenz Reichgräf. von Kesselstadt'sches Majorat)	

Rhein-Wein

1903 ^{er} Alsheimer	70 Pf.
1903 ^{er} Lorcher	95 Pf.
1901 ^{er} Niersteiner	1.10
1901 ^{er} Rudesheimer	1.20
1900 ^{er} Binger Rochusberg	1.40
1902 ^{er} Rauenthaler	1.60
1900 ^{er} Rudesch. Bischofsberg	2 Mk.
1903 ^{er} Scharlachberger	2.80
1900 ^{er} Oestricher Kellerberg	3.50
1897 ^{er} Hallgart. Meerhölzchen	4 Mk.

Bordeaux-Wein

1901 ^{er} Pauillac	80 Pf.
1900 ^{er} St. Vivien	95 Pf.
1900 ^{er} Latresne	1 Mk.
1901 ^{er} Chât. La Tour Carnet	1.20
1899 ^{er} Libardac Listrac	1.25
1899 ^{er} St. Julien	1.30
1899 ^{er} Beychevelle	1.40
1900 ^{er} Chât. D'Agassac	1.50
1900 ^{er} Chât. Desmirail	1.80
1899 ^{er} Chât. Palmer	2.10

Verfammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstagswahlkreis hielt am Dienstag im großen Saal des Gewerkschaftshauses wieder eine Generalversammlung ab. Zunächst erfolgte die Wahl der Parteifunktionäre (Mitglieder des Zentralvorstandes des Verbandes für Berlin und Umgegend). Gewählt wurden Genosse Pohl in das Aktionskomitee, Genosse Krücker in die Prekominmission, Genosse König in die Lokalkommission, Genosse Gehrmann in die Agitationskommission, Genosse Friz als Erbkammann. — Darauf wurde die Neuwahl des Wahlvereins-Vorstandes vorgenommen. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden, daß das Mitglied des Aktionskomitees zugleich als erster Vorsitzender des Wahlvereins fungiert. Damit war Genosse Pohl zum 1. Vorsitzenden des Wahlvereins bestimmt. Ferner wurden gewählt die Genossen Wartenberg als 2. Vorsitzender, Harndt als 1. Kassierer, Schmidt als 2. Kassierer, Hahn als 1. Schriftführer und Engelicht als 2. Schriftführer, sowie als Beisitzer die Genossen Kausch, Rappert, Jonas, Friz und Gabler. Die Vorstandsmitglieder haben die Funktionen der Gruppenführer auszuführen. Die Wahl der Beisitzer hatte zu einer mehr oder minder persönlichen Debatte geführt, welche sich an die Antragsfrage eines Genossen knüpfte, ob es nicht demokratischer wäre, das bisherige System der Vorbereitung der Kandidaturen für die Wahlen von Vorstand und sonstigen Funktionären fallen zu lassen. Ein Beschluß zur Sache wurde nicht gefaßt. Nebenher wurden die Genossen Fickenth, Schröder und Hoffmann. — In die Zeitungsredaktion wählte man die Genossen Kurt, Mittag und Niediger.

Genosse Adolf Ritter machte nunmehr auf § 7 des Statuts aufmerksam, wonach die Vorstandswahlen per Stimmzettel zu erfolgen hätten. Sie wären somit ungültig. — Ihm wurde vom Vorsitzenden, Genossen Friz, entgegen gehalten, daß die Angelegenheit als erledigt gelten müsse, weil die Versammlung vorher einen Antrag Ritters, per Stimmzettel wählen zu lassen, abgelehnt und ihren Willen damit kundgetan habe. — Von anderer Seite wurde dazu betont, daß die Generalversammlung souverän wäre, ihren Willen entgegen dem Statut durchzusetzen. — Man ging dann in der Tagesordnung weiter.

Genosse Friz gab den Bericht des Vorstandes, worin er besonders hervorhob, daß nach den Beschlüssen des Vorstandes dieser noch mehr wie bisher die ganze Parteiarbeit im Kreise zu leiten haben werde. Darum sei auch der von der Versammlung bei den Wahlen anerkannte und schon durchgeführte Antrag gekommen, die Zahl der Beisitzer von 1 auf 5 zu vermehren. Er erwartete, daß sich die Genossen in den Bezirken nun auch recht zahlreich an der Arbeit und der Agitation beteiligen möchten. — Der Kassenbericht wird im Januar gegeben werden.

Genosse Pohl als Vertrauensmann berichtete über die Zeit vom 10. September 1904 bis zum 2. Oktober 1905. Es war ein alter Bestand von 303,22 M. vorhanden. Einschließlich dieses Bestandes betrug die Gesamteinnahme 19 509,42 M., darunter 8973,84 M. Eisenbahnerbeitrag, 2515,20 M. für Buns und 1050,05 M. als Ueberfluß der Kassierer. Ausgegeben wurden insgesamt 18 894,80 M., wovon 14 309,65 M. an die Hauptkasse gingen. Am 2. Oktober verblieb ein Bestand von 614,62 M. Wegen des Vorjahres haben sich die Einnahmen um 2500 M. vermehrt. — Der Wahlverein habe 2250 Mitglieder. Die Zeitungsredaktion habe auch einen Fortschritt zu verzeichnen, wenn auch nicht in dem Maße, wie es erwünscht wäre. — Den Vertrauensleuten wurde Decharge erteilt.

Genosse Steinicke (Mitglied des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes) rügt, daß die seinerzeit von einer Volkserhebung über den „Verein Berliner Hausdiener“ verhängte „Vorwärts“-Sperrung von den Berliner Vertrauensleuten wieder aufgehoben worden sei, so daß der Verein Annoncen und Versammlungsbekanntmachungen hineinbekomme. Und zwar sei der Beschluß, die Sperrung aufzuheben, gefaßt worden, noch ehe mal der denkwürdige „Anschluß des „Vereins“ an die Gewerkschaftskommission vor sich gegangen sei. Redner erkennt den „Verein Berliner Hausdiener“ als eine moderne Arbeiterorganisation nicht an, wenn sie auch durch das energische Drängen der im Handels- und Transportarbeiter-Verbande organisierten Massenbewegten Kollegen etwas vom Harmoniepunkt fortgedrängt sei. Einer der im „Verein“ tonangebenden Herren gehöre zur Mittelschichtspartei, ein anderer habe bei den Stadiverordnetenwahlen antisemitisch gestimmt. Eine Anzahl Vorstandsmitglieder seien ja politisch organisiert, aber seit wann! Seit 2, 3 und 6 Monaten gehörten sie zum Wahlverein. Redner fahlet das Entgegenkommen der Vertrauensleute darauf an, daß der „Verein Berliner Hausdiener“ angefangen hätte, in der „Vorwärts“-Redaktion Bestellungen zu machen. Wände andere Gewerkschaft könne sich auch befürdern über die Aufnahme der Annoncen von Geschäften, von schlechte Verhältnisse herrschen und die Gewerkschaften um die Besserstellung ihrer Mitglieder kämpften. Auch aus anderen Fällen, so beim Halle-Wertheim, habe man erfahren, daß das Geschäft beim „Vorwärts“ eine zu große Rolle spiele. (Das ist eine aus freier Hand erfundene leichtfertige Verdächtigung, für die Genosse Steinicke auch nicht den Funken eines Beweises erbringen kann — weder für diesen noch für irgend einen anderen Fall. Es ist eine sogar von allen anständigen Segnern anerkannte Tatsache, daß für die Haltung und Stellungnahme des „Vorwärts“ keinerlei geschäftliche Interessen, sondern einzig und allein die Parteinteressen in Frage kommen. R. d. S.) Die Parteigeschäfte hätten sich aber nach dem zu richten, was vom Standpunkt der Parteigenossen verlangt werde.

Auf Wunsch Pohls, der an jener Sitzung der Vertrauensleute nicht teilgenommen hat, wird die Debatte über die Angelegenheit bis nach dem Bericht aus der Prekominmission verlagert. Genosse Jakob gab eine Uebersicht über die Tätigkeit der Lokalkommission im verflochtenen Geschäftsjahr, wobei er die Frage des Vorstoßes der „Neuen Freien Volksbühne“ in Sachen Philharmonie berührte und das Verhalten der Lokalkommission und der Vertrauensleute rechtfertigte. — Allen Arbeitervereinen, die Dampfmaschinen im Sommer veranstalten, sei zur Beachtung dringend anheimzugeben: Herr Zimmer, der Dampfmaschinen-Unternehmer und Besitzer des Restaurants „Kuffhäuser“ an der Obersee, habe den Colonnen dieses Etablissements kontraktlich verpflichtet, das Lokal der Arbeiterpartei nicht zur Verfügung zu stellen, während es allen anderen Parteien offen stehe. Die Vorstände von Arbeitervereinen, welche Dampfpartien machen wollen, möchten sich vorher an den Obmann der Lokalkommission wenden. — Von 41 Lokalen im dritten Kreis stehen 36 den Arbeitern für Versammlungen zur Verfügung.

Genosse Wülfert wünscht, die Lokalkommission möge mit der Abnommierung aufpassen, daß auch Lokale dort gesperrt werden, wo gar keine Arbeiter angestellt seien, wie z. B. in Grünheide oder gar in Waidhork. Wenigstens sollte man solche Lokale für den persönlichen Besuche freigeben. Wer nach dem arbeiterlosen „Waidhork“ verschlagen werde, müßte oft stundenlang laufen, ehe er sich restaurieren könne.

Genosse Simid gab einen längeren Bericht über die Tätigkeit der Brandenburger Agitationskommission und über die Verhältnisse der Partei und der Gewerkschaften in der Provinz. — In den Kreis-Wahlvereinen, so sollte er sich zusammen, sei die Steigerung der Mitgliederzahlen zwar nicht sehr erheblich, aber man könne nicht abstreiten, daß die Entwicklung der Kreis-Wahlvereine eine normale und die entfaltete Tätigkeit eine anerkannt-werte sei.

Genosse Gehrmann als Prekominmissionsmitglied erbatte darauf seinen Bericht. Die Abnommierungszahl des „Vorwärts“, die jetzt circa 20 000 betrage, sei gegen das Vorjahr wieder ge-

stiegen. Offenlich werde die Verbreitung unseres Blattes noch weitere Fortschritte machen. Jeder möge dafür eintreten. In einer ganzen Reihe Sitzungen habe sich die Kommission mit Beschwerden teils kleinlicher, teils prinzipieller Natur beschäftigt. In dies Gebiet falle auch die vom Genossen Steinicke beschriebene Angelegenheit des Vereins Berliner Hausdiener, auf die Redner ebenfalls näher einging unter Bezugnahme auf die bekannten, unlängst auch in der Gewerkschaftskommission wieder durchgesprochenen Gegensätze zwischen dem Verein Berliner Hausdiener und dem Verband der Handels- und Transportarbeiter. Die Prekominmission habe, als Beschwerde über Nichtaufnahme von Annoncen erhoben wurden, nachdem vorher die Aufnahme einer Annonce des Vereins der Berliner Hausdiener dem Handels- und Transportarbeiter-Verband zu einer Beschwerde Anlaß gegeben hatte, die Sache den Vertrauensleuten überwiesen, weil der von einer Volkserhebung vor Jahren gefaßte Sperrbeschluß nur von den Vertrauensleuten habe aufgehoben werden können. Für die Vertrauensleute sei nun bei Aufhebung der Sperrung maßgebend gewesen, daß man im Verein Berliner Hausdiener immer mehr bestrebt gewesen sei, ihn in eine moderne Arbeiterorganisation umzuwandeln, und daß das neu-geschaffene Statut durchaus diesem Streben Ausdruck verleihe. Jetzt sei nun auch die Aufnahme des Vereins in die Gewerkschaftskommission beschlossen worden. — Die Sprechstunde im „Vorwärts“ ziehe soviel Leute an, daß die nächste Prekominmission sich damit werde beschäftigen müssen, noch einen zweiten Anwalt abends mitarbeiten zu lassen oder einen Anwalt anzustellen, daß er im Laufe des Tages die juristische Auskunftserteilung besorge. — Zum „Vorwärts“-Konflikt habe er zu erklären: Die führenden Genossen im Kreise, die Bezirksführer, Stellvertreter usw., hätten in einer Sitzung ihre Stellung klar zum Ausdruck gebracht. Er halte damit die Sache für erledigt. Alle hätten auch wohl die Erklärung des Genossen Gradnauer im „Vorwärts“ gelesen. Dieser Erklärung wolle er sich anschließen. Auch er wolle sagen, es sei genug des bösen Spiels. Möchten auch die Genossen des dritten Kreises dazu beitragen, daß die Sache nunmehr aus der Welt sei.

Genosse Wülfert, ebenfalls bisheriges Prekominmissionsmitglied, sagte: Er wolle selbstverständlich den Ausführungen des Genossen Gehrmann nicht hinzufügen, nur wolle er, weil er eine andere Stellung eingenommen habe, für seine Person eine kurze Erklärung abgeben. Er habe aus den Leitfäden für die Prekominmission entnommen, daß die Berliner Genossen einen mitbestimmenden Einfluß haben sollten. Das habe er so aufgefaßt, daß, wenn bedeutungsvolle Veränderungen in der Redaktion beabsichtigt seien, die Berliner Parteigenossen das Recht haben sollten, direkt dazu Stellung zu nehmen. Sie seien nun aber nicht gehört worden. Weil sie nicht gehört worden seien und weil man auch die Redaktion, die doch die Angegriffenen gewesen seien, nicht hörte, deshalb habe er sich gesagt, das Vorgehen sei ungerath. Aber er wolle auf die Frage selbst nicht eingehen. Wir hätten jetzt besseres zu tun, als darum zu streiten. Er verweise auf die Kämpfe in Ruhland, Leierreich und Sachsen. Auch in Preußen werde der Kampf gegen das Klassenparlament aufgenommen werden müssen. Gegenwärtig ständen wir vor großen Aufgaben, und darum hoffe er, daß verschwinde, was den Freund dem Freunde entfremden könne, und wir einig dastehen, wenn der Antisemitismus auf das Klassenparlament erfolgt.

Auf Vorschlag von Wartenberg und Friz war die Versammlung ebenfalls damit einverstanden, daß der „Vorwärts“-Konflikt aus den weiteren Verhandlungen ausscheide.

Die Debatte erredete sich fast ausschließlich auf die Angelegenheit betreffend den Verein Berliner Hausdiener. Im Sinne der Ausführungen von Steinicke sprachen dazu die Genossen Althold, Herling, Mäurer und Bernhardt. Sie bekräftigten vor allem, daß es sich wirklich um eine moderne Organisation handele, und betonten, daß zur Zeit der Aufhebung der „Vorwärts“-Sperrung über den Verein dieser weder dem Gewerkschaftsstatut noch der Gewerkschaftskommission angegeschlossen gewesen sei, sowie daß das neue Statut, von dem geredet wurde, überhaupt erst am 1. Januar in Kraft trete. Sie protestierten gegen den Beschluß der Vertrauensleute. — Genosse Herling wünschte noch, daß die Vorortbeilage des „Vorwärts“ wieder verschwinden möge, damit auch die Berliner Genossen und Gewerkschaftler aus den Vororten rechtzeitig und gut unterrichtet würden.

Genosse Gehrmann stellte gegenüber einzelnen Ausführungen von Herling fest, daß man bei der Einführung der Vorortbeilage den an sich sehr berechtigten Wünschen der Genossen in den Vororten, die einen erheblichen Teil der „Vorwärts“-Leser stellen, gefolgt sei. Zudem er auf die Hausdiener-Angelegenheit noch einmal einging, bemerkte er, daß man da, wo die Hand zur Einigung geboten werde, sie auch ergreifen solle. Unsere Bewegung sei doch darauf gerichtet, die Herabziehenden zu uns herüberzuziehen, sie zu kämpfen zu erziehen.

Nach einigen Mitteilungen im „Verschiedenen“ schloß die Versammlung.

Der „Vorwärts“-Konflikt vor dem 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Am Dienstag fand im „Alten Schützenhause“ eine starkbesuchte außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins vom 5. Kreise statt, in der die Fortsetzung der vor einer Woche vertagten Debatte über den „Vorwärts“-Konflikt erfolgte. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende Leo Zucht folgenden an ihn gerichteten Brief des Genossen Gradnauer:

Mein lieber Genosse!

Sie haben wohl die Güte, die folgenden Zeilen zur Rechtfertigung meines Ausbleibens in der heutigen Versammlung zu verlesen.

Als ich vor acht Tagen in der Generalversammlung des fünften Wahlkreises erschien, lag es mir fern, über den „Vorwärts“-Konflikt eine Erörterung herbeiführen zu wollen. Nur weil von anderer Seite diese Angelegenheit ausführlich behandelt wurde, war ich genötigt, meinen und meiner früheren Kollegen Standpunkt darzulegen.

Da nun, wie ich höre, der Parteivorstand sich in der heutigen Versammlung nicht vertreten lassen wird, woraus ich schließen darf, daß der Parteivorstand keine Reigung hat, den Streit fortzuführen, so darf ich wohl auch auf das Einverständnis der Genossen des fünften Kreises rechnen, wenn ich gleichfalls in der heutigen Versammlung nicht nochmals ersehe.

Ich möchte mir noch gestatten, auf die in der letzten Sonntagnummer des „Vorwärts“ erschienene Erklärung der sechs Redakteure hinzuweisen, in welcher die subjektiv guten Absichten des Parteivorstandes und der Prekominmission von uns anerkannt werden und damit der Weg zum Ausgleich auch in diesem schismatischen Konflikt gesucht wird. Es versteht sich, daß ich und meine Kollegen über die tatsächlichen Vorgänge selbst nach wie vor dieselbe Ansicht vertreten, wie ich sie vor acht Tagen in Ihrer Generalversammlung dargelegt habe.

Mit parteigenösslichem Gruß
Georg Gradnauer.

Es ist nicht hierauf den Geschäftsordnungsantrag, nunmehr über die ganze Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen. Zur Begründung des Antrages verweise er auf die Erklärung der an geschiedenen Redakteure in der letzten Sonntagnummer des „Vorwärts“. Er bezeichnete dieselbe als einen deprimierenden Zurückzieher und bemerkte, es müsse jetzt natürlich jemandem schwer fallen, für die Redakteure noch einzutreten, da sie doch selbst de- und wehmützig pater poccavi gesagt hätten. In der Sache selbst sei er zwar nach wie vor der Meinung, daß der Parteivorstand bei dem Verlöblichkeitswechsel in der „Vorwärts“-Redaktion formell falsch gehandelt habe; jedoch sei es besser, jetzt die ganze Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. (Widerspruch.)

Der Antrag wurde fast einstimmig abgelehnt. Wels gab sodann eine kurze Erklärung darüber ab, weshalb der Parteivorstand dem Wunsche der Genossen entgegen von einer Vertretung in dieser Versammlung Abstand genommen habe. Der Parteivorstand sei der Ansicht gewesen, daß die Genossen des fünften Kreises einmal selbst Mannes genug sein würden, unbedingte Vorwürfe gegen ihn zurückzuweisen, dann aber auch halte der Parteivorstand nur den nächstjährigen Parteitag zu Mannheim für den einzig richtigen Ort, um über diese Angelegenheit in offizieller Eigenschaft Rede zu stehen. Nichtsdestoweniger sei der Genosse Webel bereit gewesen, als Privatperson in der Versammlung zu erscheinen. Nach der von Gradnauer dem „Vorwärts“ über-sandten Erklärung der sechs Redakteure aber habe auch Webel mit Recht seine Teilnahme an der Debatte jetzt für unnötig gehalten. (Bravo!) Weiter teilte der Redner mit, Gradnauer habe, als unter ihnen die Versammlungsangelegenheit besprochen wurde, in bezug auf die Mündigkeit Konfliktbroschüre erklärt, er sei wissend, noch sofort nach München an den Wilschen Verlag zu telegraphieren, um zu veranlassen, daß die Broschüre, soweit dies noch möglich wäre, aus dem Buchhandel wieder zurückgezogen werde, denn es sei notwendig, mindestens das Vormort und Schlusswort daraus zu entfernen. Redner bemerkte dazu: Wenn so die Redakteure nun auch elendiglich zu Kreuze gekrochen seien, so sei die Sache damit für die Genossen noch durchaus nicht kurzerhand aus der Welt geschafft, denn dazu habe sie durch die Schuld der Ausgeschiedenen doch zuviel Stand aufgewirbelt. (Beifall.)

Nur Diskussion erhielt nunmehr Umrath das Wort. Er bemerkte, daß er nach dem für die Redakteure so blamablen Abhufte der Sache, nur noch einige der Ausführungen Gradnauers von der vorigen Versammlung streifen wolle. Dieser habe sich so sehr über den Vorwurf entäußert, daß er nicht auf dem Boden der Dresdener Resolution stehe. Nun habe aber der „Vorwärts“ unter der Leitung Gradnauers bei der Einigungsfrage der französischen Genossen nicht nur die Quecksilber-Richtung, die doch zweifellos auf dem Boden der Dresdener Resolution stehe, einseitig heruntergerissen und dafür stets ausfällig Jaurès verherrlicht, sondern er habe sich auch auf die Seite der russischen Liberalen gestellt und sei hämisch gegen die russischen Marxisten losgezogen. Noch stets habe die frühere Redaktionsmehrheit mit dem bedeutendsten publizistischen Verfechter der Dresdener Resolution, mit Kautsky, in Konflikt gelegen. Das sei doch Beweis genug, wie man von jener Seite der Dresdener Resolution gegenüberstand. Auch anlässlich des Kölner Gewerkschaftskongresses habe die Redaktion ihre ganze geistreiche Kasuistik aufgegeben, um es so darzustellen, als ob zwischen der Partei und den Gewerkschaften resp. Gewerkschaftsführern gar keine Differenzen beständen. Angesichts dessen sei es doch ganz unverständlich, wie Gradnauer sagen konnte, der „Vorwärts“ habe stets die Anschauungen der Genossen vertreten. Redner kritisierte absandt scharf den bekannten Artikel der Generalkommission, aus dem nicht das geringste sozialistische Verständnis spreche. Auf die Leute im Gewerkschaftshause sei das Wort eines französischen Sozialisten anzuwenden, der da sagte, behot er die Pariser Arbeiterbörse bestreite, lege er den Sozialismus ab. Dieses Wort sei den Körfsten, Robert Schmidt usw. förmlich auf den Leib geschritten, nur daß diese es vergaßen, auch beim Verlassen des Engelhauses den Sozialismus wieder anzulegen. (Beifall.) Sehr richtig! Die Solidarität der Gewerkschaftsbeamten mit den sechs Redakteuren sei zweifellos nur der Furcht entsprungen, daß die Gewerkschaftsmitglieder einst vielleicht genau so mit ihnen aufräumen könnten, wie die Parteigenossen mit den Redakteuren aufgeräumt haben. Mit all solchen Leuten, die sich unabhängig über die Masse stellen wollten, müsse ein einschneidendes Wort gesprochen werden. Das sei das beste Ergebnis des „Vorwärts“-Konflikts. (Beifall.)

Robert Schmidt ist der Ansicht, daß die von Gradnauer namens der Redakteure im „Vorwärts“ veröffentlichte Erklärung wohl vielfach falsch verstanden worden sei. Nicht in der Sache hätten die Redakteure einen Zurückzieher gemacht, sondern die Redigierung beziehe sich lediglich auf den Inhalt des Vor- und Schlussworts der Broschüre. Was nun seine so sehr gemildrigte Stellungnahme zugunsten der Redakteure anlangt, so erlaube sich dieselbe an sich schon aus dem Umstände, daß er mit jenen Genossen selbst jahrelang in der „Vorwärts“-Redaktion zusammengearbeitet und sie dort als Menschen und Parteigenossen kennen und schätzen gelernt habe. Sein Artikel möge deshalb vielleicht subjektiv etwas getrübt sein; aber auch rein objektiv betrachtet lasse sich das Verhalten gegen die sechs Redakteure nicht rechtfertigen, wenn er auch ohne weiteres zugebe, daß sie mit der Abmündigung sowie mit der Broschüre Ungehörlichkeiten begangen hätten. Deshalb seien sie ja auch von ihren besten Freunden zu der erwähnten Erklärung veranlaßt worden. Durch nichts sei jedoch bewiesen, daß die Abmündigung in der Redaktion in einer so unfreundlichen Art vor sich zu gehen brauchte. Habe die Prekominmission doch nie etwas davon berichtet, daß die Zustände in der Redaktion in unerträgliche gewesen seien. Ja, die Prekominmission habe die Redaktion sogar öffentlich verteidigt, beispielsweise gegen die Angriffe der „Veipziger Volkszeitung“. Wenn nun gesagt sei, die Redaktion hätte zu answärtigen Angelegenheiten nicht genügend Stellung genommen, so sei er der Meinung, daß wir uns auch gar nicht so viel in ausländische Konflikte einmischen sollten; wir hätten an unseren eigenen Konflikten gerade genug. Wenn man z. B. den Genossen Jaurès so niedrig einschätze wie Umrath, weshalb habe man ihn dann zu einer Rede nach Berlin herholen wollen? (Zurufe: Cidner, Gradnauer.) Diese haben aber doch in vollem Einverständnis mit den Vertrauensleuten gehandelt. Redner weist darauf scharf die Vorwürfe Umraths gegen sich zurück. Niemals habe er höhnisch über den russischen Klassenkrieg gesprochen. Wenn Umrath, der nur ein Sammelurteil unbedauerter Verfechtungen aufgestellt habe, derartiges behauptet, so sei das eine unerhörte Verdrehung. Uebrigens stehe er vollständig auf demselben Standpunkte, den die vielgeschmähte „Vorwärts“-Redaktion seinerzeit hinsichtlich der Zerissenheit in den russischen Parteiverhältnissen eingenommen habe. Die von Umrath angezogenen Artikel über den Kölner Gewerkschaftskongress aber seien gar nicht von einem Mitgliede der früheren „Vorwärts“-Mehrheit geschrieben, sondern von dem in der Redaktion verbliebenen, sehr radikalen Genossen John, der, als er von anderer Seite auf die Unzulänglichkeit jener Artikel aufmerksam gemacht wurde, obendrein erklärt habe, er wisse über den Kölner Kongress nichts weiter zu schreiben. (Genosse Schmidt ist falsch unterrichtet: Die Artikel, in denen mit Umrath zu reden, die Redaktion ihre ganze geistreiche Kasuistik aufbot, um es so darzustellen, als ob zwischen der Partei und den Gewerkschaften resp. Gewerkschaftsführern gar keine Differenzen beständen“, stammen nicht von dem sehr radikalen John. Johns Artikel wurden — bis auf ein christliches Lob des Genossen Schmidt — entweder nicht aufgenommen oder aber als mangelhaft nur mit besonderem Reizem versehen an zweiter Stelle gebracht. Daß die frühere Redaktionsmehrheit so verfuhr, weil sie objektiv von der Unzulänglichkeit der Artikel überzeugt war, ist gern zu glauben. Es ist aber interessant, daß beispielsweise die Wiener „Arbeiterzeitung“ einen der bereits gefekten, als höflich in die Provinz gegangenen, dann aber nicht in den „Vorwärts“ hinein-gelommenen Artikel trotz seiner „Unzulänglichkeit“ abdruckte. — Die Artikel, welche Unerath meint, die auch in der Sitzung der Berliner Funktionäre vom 17. Juni besprochen wurden, finden sich in den Nummern des „Vorwärts“ vom 8. und 9. Juni und stammen in der Tat von einem Mitgliede der früheren Mehrheit. R. d. S.) Ein wie wenig geeigneter Kritiker gerade Umrath sei, beweise zur Genüge der Umstand, daß dieser jenes verlogene anarcho-sittliche

Flugblatt unterzeichnet habe, in welchem den Gewerkschaftsdelegierten vorgeworfen wurde, sie hätten in Köln boykottiertes Bier getrunken. Sollte die Verammlung aber mit Unrecht der Meinung sein, daß er, Redner, nicht mehr sozialdemokratische Grundsätze vertritt, nun so müsse er es den Genossen überlassen, die Konsequenzen daraus zu ziehen. In aller Ruhe und Entschiedenheit wolle er aber erklären: Wenn er auch Gewerkschaftsmann sei, so sei er auch als solcher doch in erster Linie Sozialdemokrat, und niemand könne ihm nachweisen, daß er nicht in jeder Hinsicht in der Arbeiterbewegung seine Pflicht und Schuldigkeit getan habe. Wenn er nun in einer oder der anderen Frage nicht mit den Ansichten der Genossen übereinstimme, so könne man ihm doch unmöglich vorwerfen, welche Stellung er als Abgeordneter in Gewerkschaftsfragen einzunehmen habe. Der vierzehnte Artikel der Generalkommission sei durchaus nicht in der Absicht verfaßt, daß die Gewerkschaftspressen gegen den Parteivorstand Stellung nehmen sollte, vielmehr sei er der Gewerkschaftspressen, wie viele andere Artikel auch, nur zum Ausdruck der Meinungsverschiedenheiten über taktische Fragen. Beim „Vorwärts“-Konflikt seien aber selbst diese fort. Hier läge lediglich die Frage des parteigenösslichen Anstandes in Betracht, und der sei vom Parteivorstand allerdings verlegt worden. (Anruhe.) Wohin solle man nun eigentlich kommen, wenn alle Genossen so angefaßt werden, wie Robert Schmidt? Es gäbe in Wirklichkeit kaum einen geplatzteren Menschen, wie einen Gewerkschaftsbeamten. (Widerpruch, große Anruhe.) Wenn man wolle, daß die Beamten immer ihre eigene Meinung zurückstellen und nur blindlings der Masse gehorchen sollten, so schaffe man eben Leute, die den Mantel nach dem Winde drehen würden. So werde dann naturgemäß ein widriges Stillsitzen geübt. Es sei doch wirklich keine Kunst, den Massen lässlich radikal nach dem Winde zu reden. Ungleich mehr Mut gehöre dazu, eine eigene Meinung zu vertreten. Er könne nur empfehlen, sich nicht noch mehr in Gegenfährlichkeiten hineinreden zu lassen. Man möge vielmehr das verjüngende Moment betonen, denn auch die sechs Redakteure haben zweifellos geglaubt, nach bester Ueberzeugung die Parteinteressen wahrgenommen zu haben.

Kolye kritisierte scharf die Auffassungen Bauers und Robert Schmidts. An dem ganzen „Vorwärts“-Konflikt interessiere am meisten die Stellungnahme der Gewerkschaftsführer; die Masse habe sich ihr Urteil längst gebildet. Auch er stehe seit einem Jahrzehnt an der Spitze einer Gewerkschaft, allerdings nicht als Beamter. Dennoch sei es ihm nie eingefallen, sich über die Masse zu erheben. Hier aber hätten sich zwei Gewerkschaftsbeamte hingestellt und bewiesen wollen, wie dumm doch eigentlich die Masse sei und von welchen Geistesheroen sie geleitet würde. (Weiterleit.) Wenn Robert Schmidt sage, es habe schon immer Streitigkeiten gegeben, so erwidere er, daß Robert Schmidt seit zehn Jahren auch stets an allen Streitigkeiten beteiligt gewesen sei. (Rufe: Sehr richtig!) Selbst wenn man nun zugeben wolle, daß der Parteivorstand in dem „Vorwärts“-Konflikt einen Fehler gemacht habe -- berechtige denn das jene Redakteure, noch viel größere Fehler zu machen? Sie dürften den „Vorwärts“ nicht mißhandeln, denn er gehörte nicht ihnen, sondern den Parteigenossen, die unzählige Male treppauf treppab gerannt wären, um dem Blatt seine jetzige Abonnentenzahl zu werden. Nicht den Redakteuren sei die Ausbreitung des „Vorwärts“ zu verdanken, sondern der rührigen Tätigkeit der Genossen. Schon seit Längerem seien die Redakteure permanent ermahnt worden, anders zu schreiben. Wenn sie da nicht geföhlt hätten, daß sie sich mit der Meinung der Genossen im Widerspruch befänden, so könnten sie ihm nur leid tun. Das stärkste Bild in dem Artikel der Generalkommission sei, daß die neuen Redakteure verbißnen als Streikbrecher bezeichnet worden seien. Wären sie dies wirklich, so hätten doch die gewerkschaftlich so besonders taktfulsten Quadrunder der „Vorwärts“-Offizin einen großen Prinzipienbruch auf dem Gewissen, weil sie doch ausnahmslos die Artikel der neuen Redakteure setzten und damit „Streikarbeit“ verrichteten. Man sehe also, wohin eine solche Auffassung führe. Wenn die Gewerkschaften aber schreiben, als hätten sie Jahrzehnte zu tun, um die üblen Folgen des „Vorwärts“-Konfliktes wieder auszugleichen, so möchten sie doch bedenken, daß sie es ja selbst gewesen seien, die durch ihre Sachblätter den Streit fast bis ins kleinste Dorf getragen hätten. Gradnauer habe in der vorigen Verammlung in der Lindenstraße angefangen und in Dresden aufgehört. Mit dem meißnerischen Hinweis auf die Dresdener Wahlrechtsdemonstration sei es ihm ja auch gelungen, die Genossen zum Teil von dem Kern der Sache abzulenken und einigen Beifall zu erzielen. Heute würde ihm das wohl schwerlich gelingen sein, denn nach dem kläglichen

Handeln, wie die sechs Redakteure. Mit der Verlegung der Partei-grundsätze müsse es in der alten Redaktion doch gar nicht so schlimm bestellt gewesen sein, weil man Giesner ja beholten wollte. Anschließlichen sei es, daß jeder, der nicht gerade durch die und dann mit einigen maßgebenden Genossen, von denen die Parteimeinung gemacht werde, gehe, als Revisionist und demzufolge als Parteiverfechter gehalten werde. Das Schlagwort „Revisionist“ verlange bei den meisten Parteigenossen denn auch gewöhnlich. So auch hier. Wer sich heute auf die Seite der sechs Redakteure stelle, werde einfach als Revisionist verächtet. Selbst Zubeil und Frohme seien jetzt zu „Revisionisten“ gestempelt worden. In Wirklichkeit denke natürlich kein Mensch an eine Revision unserer Grundsätze. Auch die sechs Redakteure hätten dies nicht getan. Stets handelte es sich nur um Meinungsverschiedenheiten über taktische Fragen. Beim „Vorwärts“-Konflikt seien aber selbst diese fort. Hier läge lediglich die Frage des parteigenösslichen Anstandes in Betracht, und der sei vom Parteivorstand allerdings verlegt worden. (Anruhe.) Wohin solle man nun eigentlich kommen, wenn alle Genossen so angefaßt werden, wie Robert Schmidt? Es gäbe in Wirklichkeit kaum einen geplatzteren Menschen, wie einen Gewerkschaftsbeamten. (Widerpruch, große Anruhe.) Wenn man wolle, daß die Beamten immer ihre eigene Meinung zurückstellen und nur blindlings der Masse gehorchen sollten, so schaffe man eben Leute, die den Mantel nach dem Winde drehen würden. So werde dann naturgemäß ein widriges Stillsitzen geübt. Es sei doch wirklich keine Kunst, den Massen lässlich radikal nach dem Winde zu reden. Ungleich mehr Mut gehöre dazu, eine eigene Meinung zu vertreten. Er könne nur empfehlen, sich nicht noch mehr in Gegenfährlichkeiten hineinreden zu lassen. Man möge vielmehr das verjüngende Moment betonen, denn auch die sechs Redakteure haben zweifellos geglaubt, nach bester Ueberzeugung die Parteinteressen wahrgenommen zu haben.

Kolye kritisierte scharf die Auffassungen Bauers und Robert Schmidts. An dem ganzen „Vorwärts“-Konflikt interessiere am meisten die Stellungnahme der Gewerkschaftsführer; die Masse habe sich ihr Urteil längst gebildet. Auch er stehe seit einem Jahrzehnt an der Spitze einer Gewerkschaft, allerdings nicht als Beamter. Dennoch sei es ihm nie eingefallen, sich über die Masse zu erheben. Hier aber hätten sich zwei Gewerkschaftsbeamte hingestellt und bewiesen wollen, wie dumm doch eigentlich die Masse sei und von welchen Geistesheroen sie geleitet würde. (Weiterleit.) Wenn Robert Schmidt sage, es habe schon immer Streitigkeiten gegeben, so erwidere er, daß Robert Schmidt seit zehn Jahren auch stets an allen Streitigkeiten beteiligt gewesen sei. (Rufe: Sehr richtig!) Selbst wenn man nun zugeben wolle, daß der Parteivorstand in dem „Vorwärts“-Konflikt einen Fehler gemacht habe -- berechtige denn das jene Redakteure, noch viel größere Fehler zu machen? Sie dürften den „Vorwärts“ nicht mißhandeln, denn er gehörte nicht ihnen, sondern den Parteigenossen, die unzählige Male treppauf treppab gerannt wären, um dem Blatt seine jetzige Abonnentenzahl zu werden. Nicht den Redakteuren sei die Ausbreitung des „Vorwärts“ zu verdanken, sondern der rührigen Tätigkeit der Genossen. Schon seit Längerem seien die Redakteure permanent ermahnt worden, anders zu schreiben. Wenn sie da nicht geföhlt hätten, daß sie sich mit der Meinung der Genossen im Widerspruch befänden, so könnten sie ihm nur leid tun. Das stärkste Bild in dem Artikel der Generalkommission sei, daß die neuen Redakteure verbißnen als Streikbrecher bezeichnet worden seien. Wären sie dies wirklich, so hätten doch die gewerkschaftlich so besonders taktfulsten Quadrunder der „Vorwärts“-Offizin einen großen Prinzipienbruch auf dem Gewissen, weil sie doch ausnahmslos die Artikel der neuen Redakteure setzten und damit „Streikarbeit“ verrichteten. Man sehe also, wohin eine solche Auffassung führe. Wenn die Gewerkschaften aber schreiben, als hätten sie Jahrzehnte zu tun, um die üblen Folgen des „Vorwärts“-Konfliktes wieder auszugleichen, so möchten sie doch bedenken, daß sie es ja selbst gewesen seien, die durch ihre Sachblätter den Streit fast bis ins kleinste Dorf getragen hätten. Gradnauer habe in der vorigen Verammlung in der Lindenstraße angefangen und in Dresden aufgehört. Mit dem meißnerischen Hinweis auf die Dresdener Wahlrechtsdemonstration sei es ihm ja auch gelungen, die Genossen zum Teil von dem Kern der Sache abzulenken und einigen Beifall zu erzielen. Heute würde ihm das wohl schwerlich gelingen sein, denn nach dem kläglichen

Juridizier, den er und seine Kollegen jetzt gemacht, gäbe es bei allen Genossen nur noch ein Gefühl, das des gütigen Mitleids mit den blamierten Redakteuren. (Lebhafte Beifall.)

Viepmann erklärte, den Ausführungen vollständig beipflichten zu können. Auch ihn interessiere jetzt nur noch hauptsächlich die sachliche, durch und durch fähige und feierhafte Stellung, die die Generalkommission in dieser Affäre eingenommen habe. Er wolle sagen: Wenn dieses Verhalten der Generalkommission ein bewußtes gewesen sei, so nehme er seinen Anstand und heraus zu erklären, daß sie einen schändlichen Verrat an der Arbeiterklasse begangen habe. Von einer Wahrgelung der Sache zu sprechen, sei einfach eine Funterei. Vielleicht hätte der Parteivorstand anfangs anders vorgehen können. Nachdem die Redakteure jedoch unter Hinwegsetzung aller Disziplin den öffentlichen Skandal vom Hause brachen, war ein anderes Verhalten gegen sie zur reinen Unmöglichkeit geworden. Jetzt blieb auch den Funktionären nichts anderes übrig, als sich auf die Seite des klaren Rechtes zu stellen, und das sei auf Seiten des Parteivorstandes gewesen. Hiermit wolle er auch gleich die der Öffentlichkeit nicht noch nicht bekannte Tatsache mitteilen, daß sowohl Richard Fischer wie auch Robert Schmidt die Redakteure vor der Einreichung und Veröffentlichung ihrer gemeinsamen Abfindung dringend gewarnt haben, weil diese sich sonst ohne weiteres ins Unrecht setzen würden. Der Rat sei von ihnen jedoch nicht befolgt worden; vielmehr hätten sie geglaubt, die Masse der Parteigenossen stelle sich sofort kritiklos auf ihre Seite. Jetzt endlich seien sie wohl von ihrer argen Selbsttäuschung luriert worden. Es sei ihnen ungefähr so gegangen, wie den Gewerkschaftsführern in der Raiffeisfrage. Auch diese hätten geglaubt, die Mitglieder der Gewerkschaften hinter sich zu haben; sie hätten von der Masse jedoch recht fähbar „eins auf die Mägel“ bekommen. Dem Genossen Robert Schmidt sei nun einmal der Vortritt nicht zu ersparen, daß da er den ganzen Sachverhalt mit den Redakteuren genau kannte, nicht die Verwendung jenes Artikels der Generalkommission verhindert habe. Nicht persönliche Zerebrien seien gegen Schmidt im Gange, sondern die Differenzen zwischen ihm und den Genossen resultieren aus sachlichen Auffassungsunterschieden. Jetzt aber, nachdem die Redakteure ihre jämmerliche Erklärung losgelassen hätten, würde auch Schmidt wohl etwas unbehaglich bei der Gedächtnis zumute geworden sein. Der Generalkommission aber wolle er zu bedenken geben, daß auch sie nicht so hoch geföhrt sei, um nicht ebenfalls heilsame Lehren aus dem „Vorwärts“-Konflikt ziehen zu dürfen. (Lebhafte Beifall.) Redner ersuchte die Anwesenden sodann um Annahme der bereits von den Bezirksführern angenommenen Resolution.

Hierauf wurde ein Schlufantrag angenommen.

Wiesling in seinem Schlufwort noch kurz auf die Konfliktschöpfung ein und bemerkte dazu: Schändlicher und herabföhrender wie in diesem Nachwort sei wohl noch nie über Parteinstanzen geschrieben worden. Wenn man damit nun die elende, traurige Abbitte in der Sonntags-Erklärung der Redakteure vergleiche, so schwinde auch noch der letzte Rest von parteigenösslicher Achtung vor ihnen. Wie würdig stehe da doch das Verhalten des Parteivorstandes von jenem der sechs Redakteure ab. Er, Redner, sei autorisiert zu erklären, daß der Parteivorstand während der ganzen Konfliktperiode auch nicht eine Zeile an Vertrauensleute oder Redakteure der Partei geschickt habe, um diese etwa zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Wie ganz anders hätten dagegen die Redakteure gehandelt. Nun, die Partei habe bewiesen, daß sie einmütig hinter ihrem Vorstand stehe. Das weitere werde sich in Mannheim finden. (Beifall.)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde sodann die Resolution nach Mitternacht mit allen gegen 12 Stimmen angenommen. Sie lautet:

Die heutige Verammlung der Funktionäre des 5. Kreises erklärt sich mit der Haltung des Parteivorstandes und der Generalkommission in Sachen des „Vorwärts“-Konfliktes durchaus einverstanden. Sie verurteilt entschieden die Stellung der Generalkommission, die durch Hineinwerfen ihres Artikels den Streit in bisher ganz unbeteiligte Kreise trug und so die vorhandenen Gegensätze zwischen der Partei und den Gewerkschaften zum Schaden beider verschärfte.

Berliner Theater.
Abends 7 1/2 Uhr:
Lebtes Schauspiel Rame. Ró j a n e:
La Kafale.
Freitag 7 1/2 Uhr: Gwissenswurm.
Nach: Der Geigenmacher v. Cromona.
Sonabend nachmittag 3 Uhr: Die Wanderglocke.
Abends 7 1/2 Uhr: Annemario. Vorher: Der Geigenmacher v. Cromona.

Theater.
Donnerstag, 14. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyperhaus. Der schwarze Domino.
Schauspielhaus. Der Damentrieg.
Die Diensthöten.
Neues Opern-Theater. Geschlossen.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Westen. Der Barbier von Sevilla.
Nachmittag 3 Uhr: Die Grille.
Deutsches. Das Räthchen von Heilbronn.
Berliner. La Kafale.
Anfang 8 Uhr:
Felling. Zwischenspiel.
Central. Musette.
Kleines. Marquis von Keith. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Wallner-Theater.) Heimgunden.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Ländliches Theater.) Wanuschins Kinder.
Romische Oper. Die Bohème.
Meffenz. Der Bräutigam.
Trianon. Die herbe Frucht.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Dalia. Was schief am Hüfte!
Carl Weik. Von Stufe zu Stufe.
Luisen. Die Mönche.
Deutsch-Amerikanisches. Über Herr Herzog!
Metropol. Auf ins Metropol.
Kafino. Das Dpferlamm.
Apollo. Prinzess Rosine. Ein bell-tales Menu.
Walhalla. Spezialitäten.
Perrusse. Familienlag im Hause Beckstein.
Wintergarten. Eugenie Fougère.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Soll und Haben.
Sirens. Stettiner Säger.
Waffage. Spezialitäten.
Uranio. Taubenkaffe 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Wäternacht.
Stenwart. Anwaltsstr. 157/62.
Luisen ordines von 7 bis 1 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sin Sommernachtstraum.
Morgen und folgende Tage:
Ein Sommernachtstraum.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Marquis von Keith.
Freitag:
Das vierte Gebot.
Zentral-Theater
Abends 8 Uhr:
Musette.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Mönche.
Freitag zum erstenmal: Der Kaufmann von Venedig.
Sonabend: Die Baße a. Lowood.
Sonntag nachm.: Entweichens.
Abends: Der neue Herr.
Montag: Der neue Herr.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die herbe Frucht.
Anfang 8 Uhr.
Komische Oper.
Friedrichstr. 104-104a.
Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr:
Die Bohème.
Freitag, Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag, Montag: Die Bohème.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Morgen: Nemesis.
Artus-Hof
Porlebergerstr. 26. Stendalarstr. 18.
Säle von 100-1200 Pers. stehen den geehrten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag: Gr. Theater Vorstellung.
Jeden Montag: Quartett-Sänger und humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: Gr. Konzert.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Heimgunden.
Weihnachtskomödie in 3 Akten von Ludwig Kitzinger.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wanuschins Kinder.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Wanuschins Kinder.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wanuschins Kinder.
Drama in 4 Akten v. S. A. Waldjonow.
Deutsche Bearbeitung v. Hans Kaufmann und Max Lie.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.

Freie Volksbühne.
Anfang 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater. 13./14. Abteilung
Die Wölfin
und
Fräulein Freschholzen.
Carl Weiß-Theater. 4./5. Abteilung
Amphitryon
und
Die Frage an das Schicksal.

11. Kunst-Abend im Rathaus
Freitag, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
Georg Herwegh.
Einführender Vortrag . . . Friedrich Stampfer.
Rezitation Ferdinand Onno.
Am Flügel Fräul. Frida Wanjura.
Billetts a 30 Pf. in den bekanntesten Zahlstellen.
230/9
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Kasino-Theater
Zehlfingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Abendlich ausverkauft.
Großer Lagerfolg!
Das Dpferlamm.
Vorher das sensation. Dezemberprogramm.
Neu! **Baldwin Broth.** Neu!
Sonntag nachm. 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Franzfurterstr. 102.
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild mit Gesang in 5 Akten von Dr. H. Müller. Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonabend nachm.: Klein Dämmling. Abends 8 Uhr: Die Ahnfrau.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollander.
Kauchen in all. Räumen gestattet.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Zirkus Albert Schumann
Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend Gala-Programm. II. a.:
Die größte und sensationellste Attraktion der Gegenwart:
Autobolide
La belle Mile. de Thiors.
Premier:
Der schwarze Stern
Die phänomen. 6 Los Lucioles.
in ihren un-glaublich Leistungen.
4 indische Fakire
Die großart. Spezialitäten. Dir. Alb. Schumanns neueste Monstordressuren und die reizende Sportpantomime:
Der Tag des Englischen Derby.

Apollo-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Die glänzendsten erklaffigen Dezember-Spezialitäten.
9 1/2 Uhr:
Prinzess Rosine
von Paul Lincke.
Im letzten Bild: Ein delikates Menu.
Am 1. und 2. Weihnachtsfeiertage, nachmittag 3 Uhr: Frau Luna und das unverfärgte Spezialitäten-Programm.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Bräutigam.
Seltener Schwan in 3 Akten von L. Lindt und S. Gancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Folies Caprice.
Budapester Possen-Theater
132 Lisenstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Zum 27. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher:
Soll und Haben.
u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten-Teil.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Worthaim und an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
Zum 26. Male:
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins!
Indien.
Orig.-Pantomime des Zirkus Busch in 8 Bildern.
Besonders hervorzuheben:
6 indische Orig.-Fakire.
Ferner: Elefanten-Kämpfe.
— Zum 1. Male in Deutschland: Mr. Hagedorn's Transform.-Grotte
Neu! 6 importierte Neu-arab. Vollbluthengste, dressiert und vorgeführt von Herrn Ernst Schumann.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Zum letztenmal:
Der Glöckner von Notre-dame.
Schauspiel in 5 Akten, von Charlotte Rich-Weiser.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Freitag zum letztenmal: Am Altar.
Montag: Letzte Vorstellung vor Weihnachten.

Walhalla-Theater
Volkstümliche Preise.
Unser Doktor.
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von L. Treplow und L. Herrmann.
Anfang 8 Uhr.
Raugen in allen Räumen gestattet.

WINTERGARTEN
8765
Eugenie Fougère
Pariser Excentrique-Sängerin.
C. Bernardi, Verwandlungskünstler.
H. Banna, Keulenjongleur.
Rosa Nynon, dressierte Vögel.
Perzina, Hundepantomime.
Leue Land, Parodist.
Siegwart Gentes, Humorist.
de Grey, Harfenspieler.
Im Pensionat, Ballet-divertissement.
Die 3 Olymper, Bronzestatuen Biograph.

Urania Tauben-
str. 48/49.

8 Uhr:
Im Lande der **Mitternachts-
Sonne**.

Sternwarte Invaliden-
str. 57/52.

**P. CASTANS
PANOPTICUM**

Friedrichstr. 165.
„**Ernte**“.
Schattenspiel in 9 Bildern.
Wanderung durch das Nital.
Restaurant:
Harburger Sänger.

**Castans
Panoptikum**

Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entrée.
Heute und folgende Tage:
Zum ersten Male
in den Räumen der 1. Etage:
**Bergbewohner
Abessinians.**
65 Eingeborene
Männer, Weiber und Kinder.
Eintritt 50 Pf.

Passage-Theater.
Anfang abends 8 Uhr.
Das sensationelle Dezember-
Programm.
Buddhas Tafel
(die Schrift aus dem Jenseits).
Paquette, die Berühmte
franz. Excentric.
14 neue erstklassige Nummern.

Bernhard Rose-Theater
Geheulbronnen, Badstr. 58.
Voranzeige!
Freitag, den 15. Dezember 1905:
Groe Extra-Vorstellung.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von
Kunzgruber.
Anf. 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.
Sonntag, den 17. Dezember, abends
8 Uhr: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**
Montag, den 18. Dezember, abends
8 Uhr: **Der Kaufmann von Venedig.**

Stadt-Theater Moabit
Nil-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von
Kunzgruber.
Anf. 8 Uhr. Kassenoffnung 7 Uhr.
Voranzeige! Dienstag, den
19. Dezember cr.: **Gr. Weihnachts-
Kinder.** Vorstellung unter Leitung
von Hans Bilain: **Dorn-
rochen.** Weihnachtsmärchen in
5 Bildern. Anfang 5 Uhr. Entrée
50 und 40 Pf.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 22. u. 23. Böcke.
Heute 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Elite-Dezember-Programm.
Carl Braun, Verwandlungs-
Künstler.
Carin Andara, Vortrags-
künstlerin.
Mr. Welson, einzig dastehend.
Mr. Bargold, Handakrobat,
der einseitige
Universaltalent.
Im Krug zum grünen Kranz.
Stuppel von D. Müller
Familienfeste in allen Borster,
Fest- und Jagdgesellschaften sowie
im Theaterbureau unentgeltlich zu
haben.

Belle-Alliance
Theater-Variété.
Abends 8 Uhr:
Josephine Petit
Flammen- und Kaslam-Tanz.
Seppl Werner
Charakter-Komiker.
Rebusas
Instiger Bauernhof
14 hervorr. Debuts.

Colosseum
Dresdener-Str. 97.
Heute:
Rin in's Colosseum!
Heitere Szenen v. Leopold Ely,
Musik von Rudolf Nelson, vor-
kommende Tänze vom Ballette-
meister Eugen Clebus.
Hauptdarsteller:
Fortunatus Biedermann
Martin Bendix
Anastasia, seine bessere Hälfte
Alice Düring.
Sophie } beider Kinder
Eduard }
Trudy Truth, Gustav Waldau.
Theodor Steiner Fred Carlo.
Rudel v. Brillwitz
Littke Carlsen.
Manon Frelu Paulette v. Roy.
Pauline, modernes Dienst-
mädchen Martha Wald.
Johannes Rliemchen
Hugo Hochgemuth.
Anf. 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.
Dazu:
Lotte Sebus, der kleine Gabrus,
Lucia Ravello, Oskar Fürst etc.
Konzertsaal.
Fest-Dekoration.
Musik u. Ges. b. 1 Uhr nachts.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Volks-Spezialitatenvorstellung.
1 Kind frei. Jeder Platz 30 Pf.

**Gebrüder
Herrnfeld-
Theater.**
Heute präzise 8 Uhr:
**Familientag
im
Hause Prellstein**
Komödie in 3 Akten
mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Vorverf. 11-2 Uhr. (Theaterkass.)

Reichshallen.
Heute:
Stettiner Sänger.
Zum Schluss!
Fräulein Doktor.
Zeitbarbede von Biebol.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Nachdem: Weihnachts-Programm
Dienstag, 20. Dez., 2. Feiertag,
mittags 12 Uhr: **Gr. Weihnachts-
Fest-Matinée** zum Benefiz für die
Damen Brillen, Biers, Böhne,
Walden, Bodmann, Seidel,
R. und D. Schraber.

Elysium Randsberger Allee
Nr. 40-41.
Herr C. Eisermann.
Heute Donnerstag:
Keine Soiree.
Am 2. Feiertag: **Gr. Matinee**
der
**Original-
Karburger Sänger.**
C. Frjak und
F. Kascho-Krause.
Anfang mittags 12 Uhr.
Nächste Soiree am 28. Dezember cr.

Achtung! Karton-Nieter. Achtung!
Heute, Donnerstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Versammlung der Karton-Nieter
bei Freund, Weinstrae 11.
Tages-Ordnung:
1. Das Resultat der Verhandlungen mit den Prinzipalen.
2. Eventuell Wahl von 5 Schlichtern zum Schlichtergericht. 3. Ver-
schiedenes.
Stollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht
aller Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
29/10 Die Tarifkommission.

Leihhaus NORDEN 203/4 Linienstr. 203/4,
am Rosenthaler Tor.
Billigster Verkauf von Brillanten, Uhren,
Gold- und Silberwaren!
Kulante und diskrete Beilehung aller Wertsachen.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Kopenickerstr. 67.
Jeden Abend 8 Uhr!
Gastspiel Adolf Philipp
„**Aber Herr Herzog!**“
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise:
„**Ueber'n groen Teich**“.
Montag, 18. Dez., u. folgende Tage:
„**Ueber'n groen Teich**“
Sonntag, 23. Dez., 8 Uhr:
Premiere
„ER & ICH“
4 Bilder mit Gesang aus dem
Leben der Deutsch-Amerikaner
von Ad. Philipp. — Billets für
alle Vorstellungen jetzt zu haben.

**Otto Pritzkows
Berliner
Abnormitäten-Theater**
Münsterstr. 16.
Riesen-Weihnachts-Programm!
Barnum u. Baillys Abnormitäten.
Wunderhahn Pluto, geboren mit
4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf.
Der Welt-Koloss, schwerste Dame,
die je gelebt.
Die Hingende Venus??
Der Skelettmensch, 27 Kilo schwer.
Die Hellscherin Armida. — Riesen,
Zwerg, Phänomen, Fakire, Hell-
seher, Feuerkunstler, Gedanken-
leser etc. — Entree wie immer.
Keine Nachzahlung.

**Gustav
Behrens
Spezialitäten-
Theater**
Frankfurter-
Allee 85.
Das Riesen-Dezember-Programm.
Neu! **Miss Unita,** Neu!
einzig existierende Haarstubchen.
Neu! **Mr. Hardon,** Neu!
Hellschimmer und Mustelmeislich.
Neu! **Von Südwest-Afrika zurück,**
oder: **Stille Nacht, heilige Nacht!**
Weihnachts-Lebensbild
mit Gesang in einem Akt.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanztruschen.
Sonntags Beginn 5 Uhr,
Wochentags 8 Uhr.
Dienstag, Mittwoch:
Theater-Abend.
Wahlspiel des
Löwe-Ensembles.

Buggenhagen Moritzpl.
Kaisersaal.
Heute sowie jed. Donnerst. u. Sonnt.:
Gr. Weihnachts-Soiree der
**Fritz Steidl-
Sänger.**
Wunderbares Programm.
Anf. 8 1/2 Uhr. — Entrée 30 Pf.,
Sperrplatz 50 Pf. Nachh.: Freitag

Schöneberger Wintergarten
Gottfriedstr. 9.
Täglich Theater und Spezialitäten-
vorstellung.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.
Jede erwachsene Person hat ein Kind
frei. — Abends 7 1/2 Uhr Woche Gala-
vorstellung. Die Direktion.

Variété Elysium
Kommandantenstrae 3/4.
Täglich:
Auftreten von 36 erstklassigen
internationalen Spezialitäten.
Die Fleischnot.
Interess. lat. Vorleser, 25 Stud
1 W. zu besorgen von
L. Schuber, Freiburg i. S.,
11826 Rennerstr. 2.

Achtung! Karton-Nieter. Achtung!
Heute, Donnerstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Versammlung der Karton-Nieter
bei Freund, Weinstrae 11.
Tages-Ordnung:
1. Das Resultat der Verhandlungen mit den Prinzipalen.
2. Eventuell Wahl von 5 Schlichtern zum Schlichtergericht. 3. Ver-
schiedenes.
Stollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht
aller Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
29/10 Die Tarifkommission.

Achtung!
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Freitag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, in Kellers Festfalen,
Koppenstrae 29:
Gemeinschaftliche General-Versammlung
der beiden Wahlvereine „**Ost**“ und „**Südost**“.
Tages-Ordnung:
1. Zusammenschluss beider Wahlvereine. 2. Beratung und Beschliefassung des neuen Statuts. 3. Bericht
des Vorstandes. 4. Wahl des Vorstandes und der Funktionäre. 5. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwarten 204/9 Die Vorstände.

Achtung! Brauereiarbeiter! Achtung!
Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 11 Uhr, in Kellers Festfalen, Koppenstrae 29:
Oeffentl. Protest-Versammlung
gegen die von der Regierung geforderte Erhöhung der Brausteuer.
Tages-Ordnung:
1. Die von der Regierung geforderte Erhöhung der Brausteuer und welche
Konsequenzen haben die Brauereiarbeiter daraus zu ziehen. Referent: Reichstags-
abgeordneter Genosse Dr. Sadkum. 2. Diskussion.
Zu dieser Versammlung sind alle in den Lagerbier, Weib- und Braundierbrauereien,
Malzfabriken und Bierneiederlagen beschäftigten Arbeiter eingeladen.
Kein Mann darf fehlen! Kollegen! Agitiert für starken Besuch dieser Versammlung!
Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.
Die Agitationskommission der Brauereiarbeiter Berlins und Umgegend.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau:
Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9679
Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
im Saale der Brauerei Am Friedrichshain 16/23.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung über die Ausdehnung in der Elektrizitätsindustrie. 2. An die Verwaltung
gelangte Anträge.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. [168/9] Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer.
Die für Freitag, den 15. Dezember bei Keller, Koppenstrae, anberaumte Ver-
sammlung fällt aus, da die Tarifberatungen in den Lohnkommissionen noch nicht abgeschlossen
sind und infolgedessen die Meisterversammlung noch keinen endgültigen Beschlie fassen konnte.
Die Versammlung findet nun statt am
Mittwoch, den 20. Dezember cr., abends punktl. 6 Uhr,
bei **Keller, Koppenstrae Nr. 29.**
Die Tagesordnung wird noch durch den „Vorwärts“ näher bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Wir machen im Anschlu hieran unsere Kollegen, welche der Orts-Krankenkasse der
Töpfer Berlins angehören, auf die Versammlung aufmerksam, welche am
Dienstag, den 19. Dezember, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause
stattfindet. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Krankenkassenbuches oder Bescheinigung des
Arbeitgebers.
Es ist Pflicht jedes Kollegen, diese Versammlung unter allen Umständen zu besuchen.

Zentralverband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- und Zementbranche.
Freitag, den 15. Dezember 1905, abends punktl. 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15. (groer Saal):
Kombinierte Versammlung
der **Rabitz- und Euginowandputzer** sowie deren Träger und der
Rabitzspanner.
Tages-Ordnung: 1. Die Schädlichkeit der Mosarbeit im Rabitzgewerbe. Referent:
Kollege **Hermann Silberschmidt.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 160/1*
NB. Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher im Rabitzgewerbe beschäftigten
Mitglieder unserer Sektion. Der Vorstand.

Gesundheit ist Reichtum!
Regelmaiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrae.
Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad**
Gr. Frankfurterstrae 136.
Medizinische Bäder aller Art
in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen
für Damen und Herren.
2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badezeit)
Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbader, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbader!

Meine **Roland von Hohn**
Patentamtlich eingetragene
unter No. 64338 ist das beste, was für den Preis geboten werden kann. 100 Stück 4,75 Mk.
10 Stück Probe 50 Pf. **Emil Dechow, Berlin O2, Stralauerstr. 1.**

Billigste Pelze

Geh-
Pelze



Feine
Eskimo- und
Tuchbezüge.
Verschiedene
Besätze und
Futter.

175.- 150.- 50 Mk.
135.- 85.-

Pelz-
Joppen



Starko
Bezugstoffe
mit echtem
Pelzfutter

45.- 39.- 15 Mk.
36.- 30.-
27.- 21.-

Serien-Ausverkauf in allen Abteilungen
teilweise weit unter Herstellungspreisen.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11, Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstrasse 20.

Der Haupt-Katalog No. 27 wird kostenlos zugesandt.

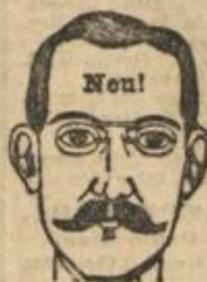
Watte: Passende Gläser in passenden Fassungen!

Der durch einen berühmten Fachmann
angegebte orthozentrische Kneifer „Ideal“
ist ohne Fehl ein dankbares Weihnachtsgeschenk.
Der orthozentrische Kneifer „Ideal“
ist das Vollkommenste auf diesem Gebiete,
hat eine perfekte stabile Zentrierung und
Gläserstellung! Durch seine besondere Kon-
struktion werden die Tränenwege vom Druck
der Stege entlastet!

Der orthozentrische Kneifer „Ideal“,
welcher für alle Pupillen-Abstände zentriert
wird, behält seine ursprüngliche Zentrierung
unverändert, ebenso wie die Achsenstellung
glintrischer Gläser! Beim alten Kneifer
kriecht weder das eine noch das andere zu,
und dennoch sind gerade diese zwei die
Kardinalbedingungen eines korrekten Kneifers.



Wahrscheinlich des linken
Auges bei fehlerhafter
Gläserstellung.



Korrekte Gläserstellung bei
richtiger Wahl der Gläser;
beseitigt Sehstörungen.

Der orthozentrische Kneifer „Ideal“ nach
Dr. Brinhaus, Feder und Stege sind ein-
fach, elegant, ein wirklich praktisches
Weihnachtsgeschenk. In allen Breiten
von R. 5.- an. Reiben in Lorantetten
in großer Auswahl. Augengläser, Brillen,
Ragdbelien, Jagdkneifer, Bantostopplige
Augengläser, gleichzeitig für Röhre und auch
Hörne. Absolute Garantie für alle Korrekturen.
Die zum Geschenk gekauften Kneifer werden
nach dem Fest auf Wunsch umgetauscht. Die
Prüfung der Augen durch unseren alt-
berühmten Spezialisten kostenfrei.

Orthozentrische Kneifer G. m. b. H.,
132 Potsdamerstraße

vom Potsdamer Platz 3 Minuten, der
10. Laden vor der Giechornstraße. Klein-
verkauf! Man achte auf Firmenschild im
Fenster. Vor Nachahmungen wird gewarnt.



Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Linden-Strasse 69

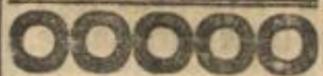
Wir empfehlen:

Leuchtkugeln

Erste und heitere Vortrag-
gebilde für Arbeiterfeste

Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.

Unsere vortragstüchtigen Genossen wird
das Gedichtbuch willkommen sein. Wie
oft richtet sich bei Arbeiterfesten die all-
gemeine Stimmung auf den Wunsch:
„Trage doch einer etwas vor!“ — Da
lassen denn die „Leuchtkugeln“ steigen,
Kette in der Vor sein und verbinden,
dass man zu nichtsflegendem Grund
grift. Das Schöne enthält 60 Gedichte
leichter, teils humoristischer und
politisch-satirischer Natur. Eine Um-
leitung: „Die Kunst des Vortrags“
gibt einige Winke, wie Demonstrationen
wirkungsvoll zu gestalten sind.



Stola Muffen

etc. etc.
Nur eig. Fabrikat.
gedieg. reelles Ausf.
bestes Material.

Klein
Zwischenhändler,
daher Fabrikpreise.
Große Auswahl.

Kalman,
Dresdenerstr. 75
vorn II.

Kein Ausmuster.
Schwindel.
2. Haus v. Thalia-Th.
Verk. auch Sonnt. u.
Wochent. v. 9 U. ab.

Fülle Dein Bett

mit neuen Gänsefedern!
Ingerissen mit allen Dämmen
von 1.80 M. an

gleich lieferbar 1.75
Beste Federn 2.00
Reelle Bedienung! Umtausch gestattet

Paul Paegelow,
Bettfedern-Großhandlung!
Weitzen, Oderbruch.

Unser System schützt Sie vor Uebervorteilung, somit streng reelle Bedienung.

Streng
feste Preise.

Reelle
Bedienung.

Amerikanische Verkaufshallen

Friedrich Lahr

Größte Spezial-Häuser für Herren- und Knaben-Moden

Erstes Geschäft O.
Frankfurter Allee 186
Ecke Wechselstraße.



Zweites Geschäft C.
Rosenthaler Str. 53
Ecke Weinmeisterstraße.

Meine großen Erfolge beweisen mir aufs neue, daß mein in Deutschland einzig dieser Art bestehendes

Seriensystem

jeden Käufer unbedingt vor Uebervorteilung schützt.

Eine besondere Beachtung bitte ich folgenden Serien zuwenden zu
wollen, welche sich durch Preiswürdigkeit, gute Verarbeitung und tadel-
losen Sitz sowie neueste Dessins auszeichnen und bei meiner werthen Kundschaft besonderen Anklang gefunden haben.

Herren-Anzüge	Paletots	Jünglings-Anzüge	Knaben-Anzüge	Kinder-Anzüge
Serie 243 16.50	Serie 310 16.-	für das Alter von 14-20 Jahren	für das Alter von 8-14 Jahren	für das Alter von 1-6 Jahren
• 387 22.50	• 305 23.-	Serie 803a 13.-	Serie 401 7.50	Serie 807 3.65
• 247 32.50	• 305 23.-	• 803 16.-	• 404 9.50	• 735 5.50
• 376 46.50	• 322 35.-	• 810a 20.-	• 407 11.50	• 730 6.50
	• 349 45.-	• 815 28.-	• 412 14.50	• 802 8.00

Meine Grundsätze halte fest: Billigster Verkauf, streng feste Preise, reelle Bedienung, beste Verarbeitung.

Spezial-Abteilung:

Arbeiter- und Berufsbekleidung.

Abteilung für elegante Maßanfertigung unter bewährter Leitung erstklassiger Zuschneder. Für
tadellosen Sitz und beste Verarbeitung leiste volle Garantie. X X X X X X X X

14 große Schaufenster bieten einen kleinen Bruchteil meiner reichhaltigen Läger.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 292. Donnerstag, den 14. Dezember 1905.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pf.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Parteigenossen von Berlin und Umgegend!

Sonntag, den 17. Dezember 1905, mittags präzise 12 Uhr, findet in den „Germania-Festsälen“ (oberer Saal), Berlin, Chausseestraße 103, die Beratung und Beschlussfassung über das Statut des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend sowie die Wahl der Vorstandsmitglieder statt.

Zur Teilnahme berechtigt sind nur die mit Legitimationskarten versehenen Vertreter der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins.

Vertreter der Presse wollen sich wegen Eintrittskarten an den Genossen

Eugen Ernst, Buchdruckerei „Vorwärts“,
SW., Lindenstr. 69, 2. Hof 2 Tr.

wenden.

Außerdem sind eine beschränkte Anzahl Karten für Zuhörer an die Wahlvereine ausgegeben.

Der Eingang für Zuhörer ist: 2. Hof 2 Treppen; für alle anderen Teilnehmer 1. Hof 2 Treppen.

Die Kommission zur Vorberatung der Statuten.

Partei-Angelegenheiten.

Waldsdorf. Am Sonnabend, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Bernke, Hönowerstr. 8, eine Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht der Gemeindevertreter. Bericht des Vorstandes und Rechnung desselben. Konstituierung des Bezirkswahlvereins. Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Grünau.

Die Rückständigkeit unseres Vorortes haben wir wiederholt Gelegenheit gehabt, an verschiedenen Beispielen zu veranschaulichen. Zu den bereits berichteten können wir heute noch einige weitere hinzufügen. Eine Handarbeitslehrerin bittet wiederholt die Gemeindevertretung um die Ueberlassung eines Klassenzimmers für zweimal in der Woche, um den Handarbeitsunterricht ungehindert erteilen zu können. Jetzt muß die Lehrerin diesen Unterricht in einer mangelhaft geheizten Aneipe erteilen und dieser Umstand wirkt auf den Unterricht nicht gerade fördernd. Obwohl die Erfüllung dieser Bitte eigentlich ganz selbstverständlich sein sollte und Kosten nicht verursacht, wird sie dennoch abgelehnt. Man sollte einen solchen Beschluß nicht für möglich halten, denn Grünau liegt nicht in Ostpreußen, sondern vor den Toren Berlins, aber bei uns ist noch viel mehr möglich. Ein anderes Beispiel: Der patriotische Turnverein veranstaltet ein großes öffentliches Schauturnfest, dieses verregnet und ergibt ein Defizit von 203 M., der Turnverein wandte sich aber nicht an den Gowerband der Turnerschaft zur Deckung des Defizits, sondern an die Grünauer Gemeindevertretung, und diese bewilligte aus Gemeindefonds 150 M., genau so, als wenn es sich um eine Kaiser-Geburtstagsfeier oder Grundsteinlegung der Kirche handelte. — Eine große und neue Kirche wird jetzt hier vollendet (Wankosten circa 100 000 M.), aber für die 380 Schulkinder ist bis heute noch keine Turnhalle bewilligt, diese müssen in einer offenen Gartenhalle eines entlegenen Lokals turnen.

Die Rechnungslegung geschieht auch in unserem Orte. Von dem im Jahre 1902 ausgeführten Schulhausbau wurde jetzt erst, wo wir schon an das Jahr 1906 heran sind, die Abrechnung gegeben. — Ein Spritzenhaus ist in dem letzten Jahre gebaut worden, aber zu klein, so daß ein Wasserwagen draußen, oder besser gesagt 1000 Meter entfernt auf dem alten Grundstück stehen muß, damit die Sache bei schneller Alarmierung recht umständlich ist und erheblichen Schaden im Gefolge haben kann. Auch die Tiefe des neuen Spritzenhauses ist zu gering, so daß die an und für sich noch nicht einmal in vorchristlichmähiger Länge vorhandene Leiter, die stets auf dem Spritzenwagen liegen soll, nicht hineinging, sondern es mußte in die hintere Wand des neuen Gebäudes erst ein großes Loch gefehrt werden, damit Wagen und Leiter vollständig hinein gehen. Die Wehrleute haben für ihre Sachen kein Gefah, und der holperige Steinpflasterboden spricht gerade nicht für Hochkenntnis der Abnehmer des Gebäudes.

Ueber die Störungen der Kanalisationsarbeiten hat man hier nur ein allgemeines Kopfschütteln. Was soll nun werden? wurde in der letzten Gemeindeversammlung von mehreren Vertretern gefragt. Das Rohrnetz liegt, ist aber an vielen Stellen so undicht, daß mehr Grundwasser in die Röhren eindringt, als aus denselben herauszupumpen möglich ist. Auch mit den beiden großen Alabassin (sogenannte Sandfänge) ist es dasselbe, auch da müssen die Pumpen fortwährend in Betrieb bleiben, um des Wassers Herr zu werden. — Alles das kommt von dem elenden Submissionswesen, bei dem das unter normale Verhältnisse gehende Gebot den Zuschlag erhält. Dann soll mit ausländischen, minder bezahlten Arbeitern (Polen, Ruthenen, Italienern) etwas Gutes geschaffen werden. Die Folgen dieser Art der Vergabe der Arbeiten haben die Arbeiter und auch in letzter Linie die Gemeinde selbst zu tragen. Der Lohn wird gedrückt, ausländische ungelernete Arbeiter, wie Polen, Ruthenen, Italiener werden herbeigezogen, um die Arbeiten fertigzustellen. Und wie wird die Arbeit ausgeführt? Die Gemeinde kann in den späteren Jahren ja sehen, wie sie mit dem fortwährenden Plündern und Reparaturbauten zu recht kommt.

Vorsicht ist die Mutter der Weisheit, denkt unser Gemeindevorsteher. Er hat sich auf neun Jahre neu wählen lassen, trotzdem er noch 3 Jahre seines Amtes zu wahlen hat. Jetzt, bevor diese Rängel in ihrem ganzen Umfang zum Vorschein kommen, ist ja die Gegenfrömmung noch nicht so hart; später wäre es ihm wohl schwerer geworden.

Seines Amtes waltet unser Vorsteher so schneidig, wie man es von einem Hauptmann a. D. nur erwarten kann. Er bestätigte sogar in letzter öffentlicher Gemeindevorsteherwahl vor der versammelten Gemeindevertretung, daß er von den an die gesamte

Gemeindevertretung gerichteten Besuchen, Bittschriften, Beschwerden und sonstigen Briefen nur solche zur Verlesung bringt, die er als einzelne Person für gut befände. Diese Ansicht beachte nun selbst die liberalen Gemeindevertreter in Oppositionsstellung und die sonstigen anwesenden Bürger schüttelten die Köpfe. Der Gemeindevorsteher blieb jedoch bei seiner Ansicht, so daß die Liberalen jetzt den Beschwerdebeweg beim Landrat beschreiten wollen. — Man braucht nicht nach Rußland zu gehen, um unter ein absolutistisches Regiment zu kommen, wir haben das viel bequemer.

Schönberg.

Daß die Polizei sich vielfach um Sachen bekümmert, die ihr eigentlich gar nichts angehen, ist ja genug bekannt. Mitteilungen in dieser Richtung sind schon oft durch die Presse gegangen. Auch wir können vom hiesigen Orte einen kleinen Beitrag hinzufügen. Hatte da am Sonntag in dem Festsaal des Obsthofes Lokals ein in Genossenschaft bekannter Arbeiterverein ein kleines Vereinsvergügen in sogen. geschlossener Gesellschaft arrangiert, wo außer einem harmlosen Längchen auch Darstellungen auf artistischem Gebiete zur Unterhaltung beitrugen. Die ersten Nummern des Programmteiles waren eben vorüber, die anwesenden Vereinsangehörigen und zahlreiche Gäste gaben durch lebhaften Beifall ihre Zufriedenheit mit dem Gebotenen kund, als plötzlich auf der Bildfläche die heilige Hermandad in Gestalt eines Leutnants nebst Begleitung erschien und den Vorstehenden kurzerhand die Weiterführung der Vorstellung verbot angeblich auf Grund eines Paragraphen einer unbekannteren Polizeiverfügung. Was bisher für Veranstaltungen gleicher Art unbeanstandet blieb, scheint für das einzige größere Arbeiterlokal am Orte nicht zuzutreffen. Eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten trifft bei der streng geschlossenen Vereinsförmlichkeit, die sich doch nur auf Mitglieder und eingeführte Gäste erstreckte, in keiner Weise zu. Deshalb ist die Inhabierung geradezu unverständlich. Selbstverständlich haben die Beteiligten Beschwerde eingelegt.

Vichtenberg.

Am 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr hält die Arbeiter-Samariter-Kolonie Abteilung 4 ihren Übungsabend bei Pickenhagen, Scharenweberstraße 89, ab. Vortrag des Augenarztes Dr. Hoffmann über Augenverletzung. Nach dem Vortrag gefälliges Beisammensein. Gäste sehr willkommen.

Eichwalde.

Zu einer öffentlichen Versammlung luden kürzlich die angelegten Plakate ein. Auf der Tagesordnung stand: Beratung über den Bau einer Gasanstalt für Eichwalde, Schmiedewitz und Karolinenhof. Einige unserer Genossen, welche reges Interesse an den kommunalen Angelegenheiten unseres Ortes haben, folgten dieser Einladung, um nach Schluß der Versammlung mit reichen Erfahrungen besetzt die gastliche Stätte zu verlassen. Herr Kaufmann Lehmann, der Einbruder der Versammlung (nebenbei bemerkt der Vater der projektierten Wasserleitung), zitierte nach Eröffnung der Versammlung einige Herren aus der Versammlung an den Vorstandstisch, worunter Herr Amts- und Gemeindevorsteher Vorstehner, und gab dann das einleitende Referat. Er schilderte in bewegten Worten die Gefahr, in welcher Eichwalde schwebt, wenn es dem bösen Ruchard „Zeuthen“ gelänge, den Anschlag des Bahnhofs an seine Gasanstalt zu erringen. Da nun doch ein Fond in Höhe von 11 000 M. sowie die Ständelober vorhanden seien, möchten doch die Grundbesitzer beisteuern. Selbstverständlich würden dann die Rieten steigen. Bei dieser Reueung entschloß sich ein Genosse ein „Aha“. Diese unerhörte Frevelthat wurde aber sofort höchst schäuderlich gerochen. Der Herr Vorstehner — ob er in diesem Augenblick als Amts- oder Gemeindevorsteher fungierte, entzieht sich unserer Kenntnis — donnerte den Zwischenrufer an: „Von Ihnen will ich kein Wort mehr hören, oder Sie werden entfernt.“ Zum besonderen Nachdruck wurde der Amtsdienner hinter dem Sünden fahbar, welcher natürlich gekniet auf seinen Stuhl sank. Nach beendetem Referat erhielt der Herr Amtsvorsteher das Wort. Von seinen Ausführungen interessiert und besonders der Passus, daß doch jedenfalls die Mieter auch ihre Scherlein beitragen würden. Darauf erhielt unser Genosse von vornhin das Wort. Dieser schien sich in der Zwischenzeit erholt zu haben und vertieg sich zu der schändlichen Behauptung, der Herr Amtsvorsteher hätte hier überhaupt nichts zu sagen, er wäre nicht von der Versammlung gewählt. Sofort erhielt der Amtsdienner vom Herrn Amtsvorsteher den Auftrag, den Mann hinauszuführen. Dieser Wut wurde er allerdings enthoben, denn unser Genosse ging freiwillig, indem er noch einige anscheinend nicht gern gehörte Worte tief. Da fiel am Vorstandstisch das Wort: „Was sich der Böbel nicht alles erlaubt.“

Aus den Verhandlungen bemerkenswert ist die Reueung des Amtsvorstehers, er habe an den Landrat geschrieben, daß die Bürger Eichwaldes bereit seien, den Fond zu ergänzen und er hoffe, daß diese ihn, den Amtsvorsteher, doch nicht in Stich lassen würden, sonst wäre er ja der Wamierte.

Der Herr Amtsvorsteher mag beruhigt sein, er wird nicht der Wamierte sein. Es ist in Eichwalde genau wie anderswo. Die Grundbesitzer „opfern“ sich auf für das Gemeinwohl und der „Böbel“ bezahlt die Kosten.

Fragen möchten wir aber doch bei dieser Gelegenheit: War der Herr Amtsvorsteher in der Versammlung als Polizei oder als Privatperson? Im ersten Falle möchten wir ihm raten, das preussische Vereinsgesetz recht eingehend zu studieren; er wird da manches finden, was der Ueberwundene einer Versammlung tun darf und was nicht. War er als Privatperson anwesend, so ist nicht minder sein Verhalten ein detartiges, das entschieden verurteilt werden muß.

Ober-Schönweide.

Gemeindevorsteherwahl. Der Vertretung lag ein Gesuch der Lehrerschaft um Erhöhung des Wohnungsgeldes von 550 M. auf 650 M. vor. In Anbetracht der den Lehrern nach den Normativbestimmungen zustehenden Wohnungsverhältnisse erfolgte einstimmige Zustimmung. Ein Antrag Silchmüller, den Refleoren eine Gehaltsaufbesserung zuteil werden zu lassen, wurde dem Schulvorstande überwiesen. Von unseren Genossen wurde zu bedenken gegeben, daß erst im Februar das Grundgehalt der Refleoren um 200 M. erhöht worden ist; man dürfe auch hierin der Rücksichtnahme auf die übrigen Gemeindeglieder nicht zu weit aus dem Wege gehen.

Ein Antrag der Gemeindebeamten wegen Aufbesserung des Grundgehaltes fand keine Zustimmung; jedoch wurde beschlossen, sämtlichen Gemeindebeamten und Arbeitern mit einem Einkommen bis zu 1700 M. eine einmalige Teuerungszulage von

10 Proz. des Gehaltes, und solchen bis 3500 M. Behalt eine solche von 5 Proz. zu gewähren mit der Maßgabe, daß die Summe von 150 M. nicht überschritten werden darf. Unverheiratete erhalten die Hälfte dieser Höhe. Die Rechenbelastung der Gemeindefasse aus diesen Bewilligungen beträgt circa 7000 M.

Die Schaffung von 2 Mittelschullehrerstellen ab 1. April 1906 wird beschlossen.

Der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wird widerrufliche Erlaubnis erteilt für Anlage eines elektrischen Fernruders Berlin-Ober-Schönweide analog den Bestimmungen, welche in Berlin für diese Anlage getroffen sind.

Nowatze.

Verloren gegangen ist die Ruffenliste Nr. 1850, auf der Beretto 6,45 M. gezeichnet waren. Es wird erucht, dieselbe anzuhalten und an den Genossen C. Gomoll, Priesterstr. 24, abzugeben.

Pankow.

Das Resultat der Volkszählung am 1. Dezember liegt nunmehr vor. Die Bevölkerungszahl beträgt 29 061, und zwar 15 168 weibliche und 13 893 männliche Personen. Die Volkszählung 1900 ergab eine Einwohnerzahl von 21 429, so daß in den 5 Jahren eine Vermehrung um 7532 Personen oder 27,8 Proz. stattgefunden hat.

Die Prüfung und die Feststellung der Gemeindevorstellung für das Jahr 1904 zeitigte folgendes Resultat: Die Einkommensteuer war veranschlagt auf 175 000 M., tatsächlich wurden vereinnahmt 187 000 M.; die Grundsteuer war mit 104 000 M. veranschlagt und brachte 206 000 M. Die Umsatzsteuer, die auf 85 000 M. veranschlagt war, brachte 115 000 M. Größere Ausgaben, als veranschlagt waren, sind bei dem Etat der Volkskassen notwendig gewesen, nämlich 190 672 gegen 174 000 M. des Voranschlages. Der Referent der Gemeindevorstellung, Professor Mendel, glaubte ganz besonders darauf hinweisen zu müssen, welche ungeheuren Mittel für Schullasten aufgewendet würden, um daraus den Beweis herzustellen, daß die immerwährenden Forderungen und das „Herumtödeln der Herren“ — gemeint sind die Sozialdemokraten — durchaus nicht am Plage sei. Von unserer Seite wurde sehr kühl auf die Lausche hingewiesen, daß jetzt schon der Realkörper der Gemeinde einmige 30 M. mehr kostet als der Gemeindevorsteher. Ist das Realgymnasium fertig, wird die Differenz noch größer werden. Im übrigen sollen die bürgerlichen Vertreter dafür sorgen, daß durch ihre Vertreter im Landtag der preussische Staat gezwungen wird, von Staats wegen für die Schullasten aufzukommen. Der tatsächliche Ueberschuß beträgt 38 535 M. Dazu kommt noch ein Soll-Ueberschuß von 15 122, so daß der Gesamt-Ueberschuß sich auf 53 657 M. stellt. Dieser Ueberschuß wird für das Jahr 1906 in Einnahme gestellt.

Da für Spannungszwecke für Feuerwehr, Nachrichtsführer und Besprechung über 20 000 M. pro Jahr ausgegeben werden, so erachtet die Gemeinde den Zeitpunkt für gekommen, die Abfuhr und Besprechung in eigene Regie zu übernehmen. Mit der Prüfung dieser Frage wird eine besondere Kommission betraut, zu welcher von unserer Seite Genosse Fegler gewählt wird.

Tempelhof.

Die Tempelhofer Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung gegen die Berliner Rettungsgesellschaft insofern Stellung, als darüber Beschwerde geführt wurde, daß die Rettungsgesellschaft der Gemeinde höhere Preise berechne als die Privatunternehmungen für Krankentransport. Die regelmäßige Beihilfe der Gemeinde Tempelhof für die Berliner Rettungsgesellschaft wurde zwar bewilligt, jedoch nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß eine Verbilligung der Krankentransportkosten eintrete.

Die Gemeindevertretung beschloß ferner die Schaffung neuer Schulklassen zur Befreiung der „fliegenden Klassen“ am Orte. Es wird auch die höchste Zeit, daß diesem Uebelstande abgeholfen wird. Die Lehrer der Gemeindegemeinschaften, angeführt der Wohnungsteuer, eine Erhöhung der Wissenschaftsbildung nachgesucht. Ihre Eingabe wurde einem Ausschusse zur Prüfung überwiesen.

Berliner Nachrichten.

Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund des § 105a der Reichs-Gewerbe-Ordnung verordne ich mit Ermächtigung der Herren Minister für Handel und Gewerbe, der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten und des Innern für den die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schönberg und Rixdorf umfassenden Landespolizeibezirk Berlin was folgt: In Zeitungsdruckereien dürfen, abweichend von den bezüglich der Beschäftigungszeit für Arbeiter ergangenen allgemeinen Sonntagsruhevorschriften, am Dienstag, den 26. Dezember 1905, Arbeiter mit solchen Arbeiten, die zur Herstellung der Morgenausgabe einer Zeitung für den 27. Dezember 1905 erforderlich sind, jedoch frühestens von 6 Uhr abends ab beschäftigt werden.

Als Weihnachtsgeschenke

für unsere Abonnenten gibt die Buchhandlung Vorwärts einige empfehlenswerte Bücher. Ein Familienbuch im wahrsten Sinne des Wortes ist *Wurms Gesundheitsbuch*, ein starker Band mit vielen trefflichen Abbildungen. Für den Arbeiter und seine Familie ist das Buch besonders wertvoll, weil der Wohnungs- und Fabrikhygiene sowie der Ernährungslehre besondere Kapitel gewidmet sind, in denen unter voller Kenntnis der Arbeiterverhältnisse auf die traurigen, die Gesundheit schädigenden Zustände hingewiesen und gezeigt wird, wie sich die Betroffenen vor Krankheit schützen können. Das Buch hat in der ersten Auflage 7,50 M. gekostet, die Buchhandlung Vorwärts liefert es jetzt für 4 M. Frey Reuters sämtliche Werke, in zwei Bänden gebunden, mit vielen Illustrationen. Preis 3 M. — Frey Reuter ist wohl einer der beliebtesten Volksdichter. Kaum ein anderer hat es verstanden wie er, die traurigen sozialen Zustände seines Vaterlandes zu schildern. Aber auch der unwichtige Volkshumor findet bei ihm eine Stätte. Wer sich in seine Sprache vertiefen kann, wird so manche fröhliche Stunde bei ihm verleben.

Ein schweres Jahresunfall, wobei eine Person getötet und eine schwer verletzt wurde, hat sich gestern in der Mittagsstunde auf dem Grundstück der Berliner Wollweberei (Abteilung II) in der Chausseestr. 38 zugetragen. In der Höhe der zweiten Etage waren die beiden Schlossergesellen Salentin Wilkowski und Bernhard Sina auf das Dach des Fabrikfußes gestiegen, um die Rostschienen frisch zu schmieren. In bisher noch nicht aufgekärter Weise löste sich plötzlich der Fabrikfuß von dem

Gehänge ab und stürzte samt den beiden Schloßern in den Schacht hinunter. Beim Aufschlag des Gehäuses wurden die zwei Verunglückten mit großer Gewalt gegen die Seitenwand geschleudert. Es erlitt einen Schädelbruch und schwere andere Verletzungen und wurde in einem Krankenwagen nach dem Augusta-Hospital gebracht, starb jedoch bald nach seiner Einlieferung. G. war mit einem tieferen Schädelbruch und Beinverletzungen davon gekommen. Er erhielt in der nahen Rettungswache die erste Hilfe und wurde von dort nach seiner Wohnung übergeführt.

Ein wild gewordener Bulle verursachte vorgestern im Stadtteil Moabit große Aufregung und eine längere Verkehrsstörung. Das Tier, das anscheinend nicht abgeblendet transportiert wurde, hatte sich in Wägen von seinem Führer losgerissen und jagte, vom Königsdamm kommend, durch die Veuffelstraße. Einen Arbeiter, der bei dem Bahnhof Veuffelstraße den Verlust machte, den Bullen aufzuhalten, ergriff das Tier mit den Hörnern und schenkte ihm in die Luft. Glücklicherweise kam der Angegriffene mit leichten Verletzungen davon. In der Hutenstraße stellte sich das wild gewordene Tier auf den Fahrdamm der Straßenbahn und hinderte den Verkehr. Hier gelang es endlich einem der Verfolger, dem Bullen ein Seil über die Hörner zu werfen; zehn Männer ergriffen das Tau, um das Tier festzuhalten. Der Stier setzte sich aber wieder in Bewegung und riß alle zehn Personen zu Boden. Man jagte er der Turnstraße zu, wo es endlich einem Mann gelang, dem Tiere einen Ueberzieher über den Kopf zu werfen, und in dieser Weise abzublenden. Jetzt konnte das Tier gefesselt und nach Wägensee zurückgeführt werden.

Wie uns eine Referenz schreibt, sind derartige aufregende Vorfälle in jener Gegend durchaus nicht selten. Auf dem Moabiter Güterbahnhof (Ede Wald- und Siemensstraße) werden täglich viele Kinder verladen, ohne daß irgend welche Abperrungsmaßregeln getroffen sind. Fast alle Tage entspringt dabei ein Tier und eilt in mächtigen Schritten die Straßen entlang, alles in die Flucht jagend. Ganz in der Nähe befinden sich einige Schulen, wodurch auch die aus der Schule heimkehrenden Kinder sich in ständiger Gefahr befinden. Es ist Sache der Eisenbahndirektion Mittel zu finden, durch welche die Wiederholung derartiger Vorkommnisse vermieden werden.

Einem Stadtbahnbedienten ist gestern der Kaufmann C. aus Charlottenburg zum Opfer gefallen. Er hatte einen Zug von der Station Wedding nach der Jungfernhöhe bemerkt und war während der Fahrt eingeklimmt. Als C. später wieder aufwachte, machte er die unangenehme Entdeckung, daß ihm seine Taschenuhr im Werte von 40 M. gestohlen worden war. Der Dieb wurde auf der Station vorher verhaftet.

Der Beruf des Bauarbeiters fordert tagtäglich seine Opfer. Gestern nachmittag hat sich am Pariser Platz ein schwerer Unfall zugetragen. Beim Aufbau eines Gerüsts war der 20jährige Arbeiter Max Arnold aus der Hemmighofstraße 24 damit beschäftigt, Sprossen an dem Gerüst anzunageln. Dabei stürzte er plötzlich ab und fiel von beträchtlicher Höhe auf den Bürgersteig hinab. Schwer verletzt wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht. — Glück im Unglück hatte gestern der Zimmerpolier Karl Gerbold auf dem Neubau Donaustr. 84. Er war damit beschäftigt, auf der dritten Etage Balken zu verlegen. Als er dabei einen solchen anheben wollte, glitt seine Finger an dem glatten Karbolinum-Anstrich ab und G. stürzte kopfüber in die Tiefe. Wäre er direkt auf den Bürgersteig aufgeschlagen, so würde er zweifellos zerstückelt worden sein. Glücklicherweise fiel G. jedoch in günstiger Lage auf ein Schuttbett, brach durch und stürzte dann mit bedeutend gehemmter Wucht auf das Straßepflaster. Dielem Umstand hatte es der Verunglückte zu verdanken, daß er mit einer leichten Kopfwunde davonkam.

Die Leiche eines braven Lebensretters ist gestern aus der Spree gelandet worden. Kürzlich war am Ronnedamm ein junges Mädchen in das Wasser geraten und der Landmesser Scholz aus Charlottenburg, welcher den Vorfall beobachtet hatte, sprang sofort, sein eigenes Leben in die Schanz schlagen, in die Spree hinab. Wange Minuten verbrochen die Passanten, die vom Ufer aus dem aufregenden Vorgang mit zusahen. Sie warteten jedoch vergeblich auf ein Wiedererschinen des Sch. Er war bei seinem

Rettungsversuch ertrunken. Auch das junge Mädchen fand den Tod im Wasser.

Auf Mißstände bei der Ablieferung von Paketen haben wir erst dieser Tage hingewiesen und dabei auch der Zustände gedacht, wie sie sich gewöhnlich in den Abendstunden in der Umgebung des Hauptpostamtes in der Spandauerstraße abspielen. Um die jetzige Zeit sind diese Zustände ganz besonders unhalbar. 100 bis 150 Handwagen und Gelpanne, die mit Paketen hoch beladen sind, fahren an die Bürgersteige heran und verstopfen so von beiden Seiten den Fahrdamm bis zu den Straßenbahnseilen. Auf den Bürgersteigen herrscht beim Abladen der Pakete hauptsächlich in den Abendstunden ein derartiger Verkehr, daß alle diejenigen Passanten, welche Mißständen aus dem Wege gehen wollen, auf den „rettenden“ Fahrdamm bezw. auf die Straßenbahnseile eilen. Sie kommen dann meist vom Regen in die Traufe. Diese unhaltbaren Zustände inmitten des Zentrums der Stadt sind nur dadurch zu beseitigen, daß es den Wagenführern gestattet wird, in den Posthof hineinzufahren und dort die Pakete abzuladen.

Warnung vor dem Ankauf von Diebesbeute. Die Polizeibehörden von Berlin und den Vororten fahnden eifrig nach den Urhebern eines großen Einbruchdiebstahls in einem Gold- und Silberwaren-geschäft, wobei den Dieben reiche Beute in die Hände gefallen ist. Gestohlen wurden: Ein Paar vergoldete Ohrringe (chinesische Arbeit), eine silberne Herren-Taschenuhr mit Goldreifen und Silberkette, ein goldener Fingerring mit rotem Stein, eine Armbrette, eine goldene Damenuhr nebst Goldkette mit zwei Quasten, ein goldener Fingerring mit rotem Stein, eine goldene Armbrette, eine silberne Brosche aus einem Siegestaler und ein Taschenspiegel mit vergoldeter Fassung und Silberfente.

Zeugen gesucht. Personen, die am 9. September abends auf dem Bahnsteig des Bahnhofes Karlsruhförst. Zeugen einer Mißhandlung eines Arbeiters durch mehrere Bahndiener waren, werden gebeten, ihre Adressen an Nappert, Wirtshausstr. 23, gelangen zu lassen.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehr längere Zeit in der Nordvorstadt 31 zu tun, wo Fühböden, die Balkenlage u. a. brannten. Um an den Brandherd zu gelangen, mußte das Zwischengebälld ausgehoben werden. — Im Scheunenviertel kam nachts Feuer aus, dort brannten in der Koblanstr. 11 Möbel, Betten, Kleider, Fensterrahmen, Türen u. a. Die 1. Kompanie mußte fräftig Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. Die Wohnung ist fast ausgebrannt. — Wegen eines Schaufenerbrandes in einem Drogenwarengeschäft erfolgte ein Alarm nach der Winstr. 58. Ferner hatte die Feuerwehr einen Wohnungsbrand in der Hübnerstraße 14 zu löschen. Röhren, Padmaterialien u. a. wurden gestern in der Ritterstr. 86 ein Raub der Flammen und Holz in der Frankfurterstr. 8. In einem Maleratelier in der Hietzenstr. 21 brannte das Zwischengebälld. Außerdem wurden noch Brände aus der Vogelweiserstr. 31a und anderen Stellen gemeldet.

Die Ringkämpfe im Walthalla-Theater haben ihr Ende erreicht. Nachdem am Freitag Eberle mit Siegfried 2 1/2 Stunden gerungen hatten und letzterer Sieger geblieben war, sollte am Dienstag der letzte Entscheidungskampf aufgeführt werden und zwar zwischen dem Bulgaren Petroff und dem Deutschen Siegfried. Dieser Kampf ist vorläufig der letzte, den das Polizeipräsidium erlaubt hat, und auch nur unter der Bedingung, daß er um 11 Uhr beendet sein müsse. 1 1/2 Stunde standen zur Verfügung, um die Entscheidung herbeizuführen. Nach kurzer Zeit hob Petroff seinen Gegner hoch in die Luft und ließ ihn zu Boden fallen. Siegfried fiel nun derartig unglücklich, daß er außerhalb des Teppichs mit dem Kopfe so schwer auf die harte Dieme aufschlug und bewußtlos liegen blieb. Des Publikums bemächtigte sich starke Aufregung und es entzündeten wüste Lärmjahren. Nach Verlauf von 10 Minuten wurde verkündet, daß Siegfried kampfunfähig sei und sich als besiegter erkläre. Wiederrum neue Lärmjahren; Petroff, der sich vorstellte, wurde ausgehissen.

Leber den bisherigen Verlauf dieser Kämpfe zu berichten, haben wir gelaugt, unterlassen zu sollen. Frühere Vorkommnisse auf diesem Gebiete haben den Beweis geliefert, daß es sich bei diesen Veranstaltungen um ein Gewaltschpiel handelt, dessen Realität hart angezweifelt werden mußte. Mit Sport hat diese Sache jedenfalls nichts zu tun.

Theater. Apollo-Theater. Am 17. und 24. Dezember sollen die Nachmittagsvorstellungen aus. Die nächsten Nachmittags-aufführungen finden am ersten und zweiten Weihnachtstage nachmittags 3 Uhr statt, an welchen Tagen Paul Lindes Operette „Frau Luna“ zur Aufführung gelangt. Außerdem treten die gesamten Spezialitäten des Dezember-Programms auf. — Colosseum, Dresdenstr. 97. Heute Donnerstag findet die erste Aufführung von „Ein Tag im Colosseum“, heitere Szenen von Leopold Ely, Musik von Adolf Nelson, statt.

Gerichts-Zeitung.

Wer trägt die Schuld am Eisenbahnunfall? Ein schwerer Eisenbahnunfall bildete gestern den Gegenstand eines Strafprozesses, der vor der Strafkammer 10a, stattfand. Wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung war der Vorarbeiter Wilhelm Schmidt angeklagt. — Am 11. Juli d. J. ereignete sich auf der Strecke zwischen Bahnhof Schönhauser Allee und Gesundbrunnen ein entsetzlicher Unfall. Kurz nach 1/2 11 Uhr arbeitete in der Nähe der Modstation Vas eine von dem Angeklagten Schmidt als Vorarbeiter angeführte Arbeiterkolonne. Plötzlich brauste der um 5.30 Uhr von Weihenice abgelassene Güterzug 9012 heran. Da es unterlassen worden war, wie sonst üblich, einen Wächter aufzustellen, der die Arbeiter durch Hornsignale warnt, wurden die Arbeiter erst im letzten Moment auf den herannahenden Zug aufmerksam. In ihrer Todesangst sprangen mehrere Arbeiter auf das Nebengleis, ohne darauf zu achten, daß in demselben Augenblick der um 5.24 Uhr von Pantow abgelassene Güterzug 8978 in entgegengesetzter Richtung herandröste. Es kam nunmehr zu einer entsetzlichen Szene. Vor Schreck gelähmt, blieben die Arbeiter auf dem Gleis stehen und wurden von dem Zuge erfaßt. Dem Angeklagten und mehreren anderen Arbeitern war es noch rechtzeitig geglikt, mit einigen Sägen dem sicheren Tode zu entgehen. Der 20jährige Arbeiter Müller hatte die Geistesgegenwart, sich platt vor den herannahenden Zug auf die Schienen zu werfen und diesen über sich hinwegrollen zu lassen. Diese Geistesgegenwart rettete ihm das Leben; er kam ohne jede Verletzung mit dem bloßen Schreck davon. Als der Zug über die drei Unglücklichen hinweggefaßt war, bot sich ein entsetzlicher Anblick. Der erst 20jährige Arbeiter Schneider lag mit abgefahrenen Beinen zwischen dem Gleis. Der 20jährige Arbeiter Volte lief blutüberströmt umher, er war von dem Zuge förmlich stampft worden. Er hatte einen schweren Schädelbruch erlitten, der ganze Kopf war förmlich zerstückelt. Wellende Angstschreie ausstöhnend lief G. fortwährend im Kreise umher. Mit schweren Quetschungen und schmerzhaften Hautabschürfungen wurde der Arbeiter Goldmann zwischen den Gleisen herangezogen. Die drei unglücklichen Opfer wurden sofort nach dem Lazarus- und Friedrichshain-Krankenhaus geschafft, wo Schneider bald darauf verstarb. Trotz der lebensgefährlichen Verletzungen, die Volte erlitten hatte, gelang es diesen wieder herzustellen. — Die Schuld an diesem bedauerlichen Unfall wird dem Angeklagten Schmidt aufgebürdet, weil dieser es unterlassen hatte, einen Wächter aufzustellen. Vor Gericht behauptete S., dieses Amt des Wächters versehen zu haben. Da die Gleisarbeiter nach der Instruktion erst um 6 Uhr beendet sein mußten, habe er nicht annehmen können, daß vor dieser Zeit irgend ein Zug die Strecke passiere. Wie ein Zeiger des Gerichtshofes durch Fragen feststellte, war dem Angeklagten ein Fahrplan, nach dem er sich hätte richten können, nicht aus-geliefert worden. Der Gerichtshof kam deshalb zu einer Freisprechung des Angeklagten, da nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme diesem eine Schuld an dem betrübenden Unglücksfall nicht beizumessen war. — Die Schuld an dem Unglück einem Arbeiter oder Vorarbeiter zuzuschreiben, ist ebenso unbillig wie die Praxis, als Schuldige für Baumfälle nicht die Baunternehmer oder Baumeister, sondern einen Polier oder Vorarbeiter verantwortlich machen zu wollen. Ist im vorliegenden Falle der Polier mit seiner Sparsamkeit, die Leitung der Eisenbahnverwaltung, das mit Geldausgaben zur Verhütung von Unfällen so knauserige Dreifassparlament und Herrenhaus ohne Schuld an dem Tode und der Verwundung der zu Schaden gekommenen Arbeiter?

110 Wappenzüge, v. 2-17 M., davon 40 mit Gummi.
50 Wappenzüge, v. 2-17 M., davon 40 mit Gummi.
100 Leinwand- und Stoff-Vollstühle.
75 Triumphstühle, v. 1,75-15 M.
65 Kinderstühle, 45 Kinderstühle zum Umklappen mit Spielzeug.
50 versch. Kinderstühle, v. 45 Pf. an.
50 . . . Papierkörbe, v. 1,25-4,50 M.
150 . . . Handkörbe.
300 . . . Stuhl-, Stuhl- und Arbeitskörbe.
35 . . . Zeitungstische.
150 . . . Wasch- und Reifekörbe.
150 Kinder-Sportwagen, Kinderwagen u. Kinder-Metalldressen, in den Sommermonaten 300 Stück auf Lager.

F. Franke, Rixdorf.
1. Geschäft: Bergstr. 15. 2. Geschäft: Berlinerstr. 30.

Hermann Schleich Nacht.
Inhaber: **W. Schilling.**
Charlottenburg, Berliner Straße No. 117.
Pfeifen und Tabake
Reparaturen und Zubehörsartikel.
En gros Zigarren En détail
Einzelverkauf zum Fabrikpreis.
10 Stück 25, 30, 35, 40 Pf. usw. 276V*

Alttestes konz. **Leih-Haus**
Charlottenburg,
Friedrich-Karl-Platz 12,
Berlin, Rastamer-Str. 2.
Verleihung von Brillanten, Gold- und Silberarbeiten, Uhren, Büchern, Bildern, Kleidungsstücken etc. 219V*

Charlottenburg,
F. Kunstmann,
nur Wallstr. 1
Uhren und Goldwaren.
Großes Lager
Reparaturen schnell und billig.
Billige Preise. 1893*

Heinrich Franck
Berlin N., Brunnenstraße 125.
Sumatra-Blatt
Keines runderes Blatt, daher ungemein haltbar! 1,10-1,40 etc.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Bornharts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Puppen
kauft man gediegen und fein nur bei **Anna Freidank** allein!
Goldene Medaille 1904.
Gekleidete und ungekleidete Puppen, Lauspuppen mit Uhrwerk, Musik, Trachten- und Wertpuppen, Puppen-garderobe, Köpfe, Perücken und sämtliche Puppenteile in noch nie dagewesener Auswahl zu fabelhaft billigen Preisen. 280V*
Ständige Ausstellung selbstgekleideter Puppen in gediegener und geschmackvoller Ausführung.
Spezialität: **Berolina-Puppe.** Ges. gesch. Reparaturen jeder Art schnell, sauber und billig. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Anna Freidank, Puppen- und Schirmfabrik.
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 128, Ecke Schillerstraße.
5 Minuten vom Bahnhof Charlottenburg.

Alfred Arendt
Charlottenburg
Potsdamerstr. 8 u. Grolmanstr. 52.
Origin.-Edison-Phonographen
Edison-Goldguss-Walzen.
Puckapparate von 4 M. an.
Neubespielder alter Walzen.
Liedertextbücher 30 Pf.
! Neueste Schläger !
Phonograph mit Trompetenarm, herrliche Klangfülle nur 16,50 M.

Emil Hoegner
Grunewaldstraße 108.
Wäsche-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren.
Vorgezeichnete und fertige Handarbeiten.
Herren-Artikel.
Mitglied von 8 Rabatt- u. Sparvereinen.
268V*

Emil Quade
Schöneberg, Hauptstraße 138.
Größtes und billigstes Spezialgeschäft
Schönebergs in
**Uhren, Juwelen, Gold-, Silber- und 196V*
Alfenidewaren.**
Neuanfertigung und Reparatur in eigenen Werkstätten zu billigsten Preisen.
Leiste für jede bei mir gekaufte Uhr dreijährige schriftliche Garantie.
Altes Gold nehme in Zahlung.

Billige Mehlpreise.

	1 Pfd.	5 Pfd.	1/2 Ztr.
Feinstes Wiener Mehl (aus bestem ungar. Weizen)	0.20	0.95	1.20
Feinstes Kaiser Auszug-Mehl	0.15	0.85	1.05
Feinste Rosinen und Sultaninen	pr. Pfd.	0.40	und 0.50
Beste verlesene Mandeln	" "	0.90	" 1.10
Citronat	" "	0.70	
Orangeat	" "	0.75	
Zucker gemahlen	" "	0.20	
" feinste gemahl. Raffinade	1 Pfd.	0.23, 5 Pfd.	1.10

Feinste Hamburger Pfund-Bärme.

Otto Gaega 291V*
112 Wilmersdorferstr. 112 (Charlottenburg)
Wilmersdorferstr. 150 Angsbürgerstr. 62
Leonhardstr. 24 Westfälischestr. 59 in Halensee.

Parteispedition Rixdorf
Dring. Handschrift. 7.
Weihnachts-Geschenke
In welcher Auswahl:
Klassiker + Jugendschriften + Bilderbücher
Wissenschaftliche und Reisewerke
Schulstillsen + + + Zeichnungsmaterialien
Glas-Christbaumschmuck aus Lauscha.
Am Sonntag, den 17. und 24. d. M., ist die Spedition auch nachmittags von 3 bis 7 Uhr geöffnet. 290V

Vermischtes.

Die größte Mühle in Deutschland, die Ludwigshafener Salzenmühle, ist in vergangener Nacht ein Raub der Flammen geworden.

Arbeiterliste. Aus Duisburg wird unterm 13. Dezember gemeldet: Auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ im beschadigten Bruchhaus sind heute früh kurz nach 7 Uhr fünf Hocharbeiter schwer verunglückt.

Beitrag von der Volksbildung. In einem thüringischen Städtchen füllte eine aus Ungarn stammende Witwe, die in ihrer nat. irischen Bestimmung als Weib offenbar nicht ganz zufrieden ist, sich aber zu einer modernen Lebensanschauung durchdrungen und einen gefunden Humor bewahrt hat, den ihr am 1. Dezember dieses Jahres zugestelltes Pöhlgettel in folgender originell Weise aus: Vor- und Zuname: Emma R. — Stellung in der Familie: Haushaltungsvorstand ohne eigenen Herd, aber mit eigenem Spirituslocher. — Geschlecht: weiblich, leider, doch nun nach Scenen der Witwe meines Körpers sich wieder zu einem nennenden Wesen verewigt haben werden, hoffe ich so viel „Plus“ von Atomen zu besitzen, um berechtigt zu sein, dann die erste Rubrik (ähnlich)

abzufüllen. — Geburtstag und Jahr: 29. Dezember 1865. Ueber diese Rubrik ist bei Damen strengste Discretion zu wahren. Amtsbezeichnung: — Hauptberuf: Pensionärin (mit einem r). — Stellung im Hauptberuf: (Im Formular sind für die „Kusternfamilie“ folgende Eigenschaften vorgegedruckt: selbständig, Fabrikarbeiter, Geselle, häusliche Arbeiten, Hausierer, Musikant.) Die Antwort lautet: selbständig in Ansehen; arbeitet in einer Fabrik für Mittelwerke ohne Lohn, verrichtet häusliche Arbeiten dito ohne Lohn und ist nebenbei ein ganz fröhlicher Geselle; haufiert nicht mit hohlen Phrasen und ist kein Musikant, überhaupt kein Tier, sondern höchstens ein gutes Tierchen. — Staatsangehörigkeit: Ungarn; Ungarisch-Vollblut in Freiheit dreifert. — Militärische Ausbildung: Nicht militärisch ausgebildet und doch nötigenfalls schneidig. Stellt sich freiwillig zum Landsturm, sobald der Krieg erklärt wird der Heuchelei und Dummheit.

Eine richtige Antwort. Nicht selten kann, so schreibt unser Bremer Parteiblatt, man beobachten, wie Arbeiter von Angehörigen „besserer Kreise“, besonders auch von den Damen aus solchen Kreisen hochmässig behandelt werden.

Der Arbeiter hat der hochmütigen Dame eine gute proletarische Antwort gegeben. Unsere Freude daran würde noch ungetrübt sein, wenn er nun in proletarischer Selbstachtung auch die drei Mark des „Herrn“ zurückgewiesen hätte.

Der Arbeiter hat der hochmütigen Dame eine gute proletarische Antwort gegeben. Unsere Freude daran würde noch ungetrübt sein, wenn er nun in proletarischer Selbstachtung auch die drei Mark des „Herrn“ zurückgewiesen hätte.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Weizen Ia 64-68 pr. 100 Bund, Ha 56-61, IIIa 50-55, IVa 40-48. Roggen Ia 82-86, Ha 70-80, IIIa 50-61, Dammeleisch Ia 62-72, Ha 46-58. Schweinefleisch 65-72. Rindfleisch 40-55 Pf. Kalb Ia 250-370, klein 150-200. Rindfleisch Ia 82-86, Ha 70-80, IIIa 50-61, be. Ha 0,60-0,70. Lenden, junge 0,00-0,00, alte 0,00-0,00. Enten junge 1,80-2,50. Gänse pro Stück, Ia 3,50-3,80, Ha 3,00-3,25, pro Pf. Ia 0,60-0,62, Ha 0,45-0,58. Schellfische 27 Pf. Hühner 0,00 Pf. pro 100 Pf. Hühner 94-100 Pf. Schafe, unsortiert 124 Pf. Kase, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, Käse 51-54 Pf. Eier, Schock 5,00. Butter pro 100 Pfund Ia 124-126, Ha 118-124, IIIa 115-118, abfallende 95-110. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00-2,20, Weiße 0,00-0,00, blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,80-2,00. Wirsingbohnen pr. Schock 4,00-8,00, Weißbohnen 6,00-8,00, Kaffeebohnen 4,00-8,00, holl. 12-16 Pf. Saure Gurken, Schock 2,00 Pf., Pfeffergurken 2,00 Pf.

Witterungsübersicht vom 13. Dezember 1905, morgens 8 Uhr.

Table with columns for Stations, Barometer, Wind, Visibility, and other weather metrics for various locations like Svinembe, Daparamba, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 14. Dezember 1905. Zeitweilen aufklarend, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und lebhaften westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Wasserstand am 12. Dezember. Elbe bei Ruffig + 1,65 Meter, bei Dresden - 0,86 Meter, bei Wogdenburg + 1,02 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,20 Meter. — Oder bei Rahibor + 2,40 Meter, bei Dresden Übergel + 5,20 Meter, bei Dresden Unterpegel - 0,48 Meter, bei Frankfurt + 1,58 Meter. — Weichsel bei Brabramünde + 3,04 Meter. — Warthe bei Posen + 0,96 Meter. — Nege bei Ulf - - Meter.

Sielmann & Rosenberg, Kommandantenstrasse 3/4. Gegr. 1879 Ecke Lindenstrasse.

Grosses Spezial-Has für Damenkonfektion. Anfang Januar werden unsere grossen Lokalitäten umgebaut. Zur Räumung der grossen Lagervorräte verkaufen wir jetzt

moderne Winter-Konfektion für den halben Preis.

- Jacketts u. Paletots, Ekimo, 8, 10, 12, 15 Mk., früher 15-20 Mk.
Plüsch- u. Astrachan-Paletots 20, 30, 40 Mk., früher 50-80 Mk.
Blusenjacketts, Astrachan 1, 10, 12 Mk.

- Abendmäntel, Theatermäntel und Capes in weichen, hell- und dunkelfarbigen Stoffen, 8, 10, 12, 15 Mk., früher 20-40 Mk.
3000 Kostümröcke u. Blusen, neueste Schnitte, elegant garniert, tadelloser Sitz, prima Verarbeitung. Alle Weiten, auch für starke Damen, stets vorrätig 5, 7, 9, 10, 12, 15, 18, 20 Mk.

- Frauenpaletots und Havelocks 12, 15, 20, 25 Mk., früher 30-50 Mk.
Jackettkleider u. Paletotkleider aus Tuch und englischen Stoffen, garnierte französische Kleider aus neuesten Phantasiestoffen. 12, 15, 20 Mk., früher 25-50 Mk.

Warenhaus Hermann Tietz Leipzig Alexanderplatz

Donnerstag, Freitag, Sonnabend — Soweit der Vorrat reicht

Trikotagen

Table listing various types of trikotagen (underwear) such as Normalhemden, Normalhosen, Kinder-Trikots, Korsetschoner, and Golf-Blusen with their respective prices.

Wollwaren

Table listing various types of wool goods (Wollwaren) such as Zuavenjäckchen, Damen-Röcke, Herren-Westen, Kinder-Kapotten, Knaben-Mützen, Umschlagetücher, and Velour-Echarpes with their respective prices.

Strumpfwaren

Table listing various types of stockings (Strumpfwaren) such as Damenstrümpfe and Kinderstrümpfe with their respective prices.

deutschlanger Damenstrümpfe, Herrenstrümpfe und Herrensocken. Ein grosser Posten schwarze Flitterkragen 85 Pf. 100 135 175 225 zur Hälfte des regulären Wertes.

Gefüllte Nähkästen

45, 75 Pf. 100 135 190 275

Ein Posten Gürtelschnallen 25, 45, 75 Pf. 125 Gürtelgarnituren 45, 75 Pf. 125

Brennspiritus

„Marke Herold“

Original-Literflaschen mit Patentverschluß.

Man nehme nur Flaschen mit unversehrten Verschlußstreifen, auf welchen Gradstärke und Preis vermerkt sind!

30 Pf. pro Literflasche ca. 90 Vol. %
33 Pf. pro Literflasche ca. 95 Vol. %
exkl. Glas

In Berlin und Umgebung etwa 9000 Verkaufsstellen.

Zentrale für Spiritus-Verwertung, G. m. b. H., Berlin W. 8.



Dr. Simmel, Pringel-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Dr. Lell wohnt jetzt: Rosenthaler-Strasse 26, II. Sonntags und Spezialarzt für Haut-, Darm- und Geschlechtsleiden. 11-2 u. 6-8. Sonnt. 11-3.

Möbel-Fabrik und Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrikpreisen - Eigene Werkstätten - empfiehlt **Julius Apelt, Skalitzerstr. 6,** am Kottbuser Tor.

Brauerei F. Happoldt

Hasenheide 328 Berlin S., Hasenheide 328

empfiehlt ihr

**Lage-
Münchener-
Tip-Top-**

Bier

in Flaschen und Gebinden.

Telephon: Amt 4. 9115.

4876L*

Brillanten

als Spezialität außergewöhnlich billig. **Max Brinner, Jerusalemstr. 42.** Der Kauf der Firma (gegründet 1863) bürgt für strengste Reellität. Ringmaß 6/8, 14fr., m. 1 Brill. u. 8 Brill. an Ohringe . . . 9 . . . 16 . . . 26 . . . 36 . . . 46 . . . 56 . . . 66 . . . 76 . . . 86 . . . 96 . . . 106 . . . 116 . . . 126 . . . 136 . . . 146 . . . 156 . . . 166 . . . 176 . . . 186 . . . 196 . . . 206 . . . 216 . . . 226 . . . 236 . . . 246 . . . 256 . . . 266 . . . 276 . . . 286 . . . 296 . . . 306 . . . 316 . . . 326 . . . 336 . . . 346 . . . 356 . . . 366 . . . 376 . . . 386 . . . 396 . . . 406 . . . 416 . . . 426 . . . 436 . . . 446 . . . 456 . . . 466 . . . 476 . . . 486 . . . 496 . . . 506 . . . 516 . . . 526 . . . 536 . . . 546 . . . 556 . . . 566 . . . 576 . . . 586 . . . 596 . . . 606 . . . 616 . . . 626 . . . 636 . . . 646 . . . 656 . . . 666 . . . 676 . . . 686 . . . 696 . . . 706 . . . 716 . . . 726 . . . 736 . . . 746 . . . 756 . . . 766 . . . 776 . . . 786 . . . 796 . . . 806 . . . 816 . . . 826 . . . 836 . . . 846 . . . 856 . . . 866 . . . 876 . . . 886 . . . 896 . . . 906 . . . 916 . . . 926 . . . 936 . . . 946 . . . 956 . . . 966 . . . 976 . . . 986 . . . 996 . . . 1006 . . . 1016 . . . 1026 . . . 1036 . . . 1046 . . . 1056 . . . 1066 . . . 1076 . . . 1086 . . . 1096 . . . 1106 . . . 1116 . . . 1126 . . . 1136 . . . 1146 . . . 1156 . . . 1166 . . . 1176 . . . 1186 . . . 1196 . . . 1206 . . . 1216 . . . 1226 . . . 1236 . . . 1246 . . . 1256 . . . 1266 . . . 1276 . . . 1286 . . . 1296 . . . 1306 . . . 1316 . . . 1326 . . . 1336 . . . 1346 . . . 1356 . . . 1366 . . . 1376 . . . 1386 . . . 1396 . . . 1406 . . . 1416 . . . 1426 . . . 1436 . . . 1446 . . . 1456 . . . 1466 . . . 1476 . . . 1486 . . . 1496 . . . 1506 . . . 1516 . . . 1526 . . . 1536 . . . 1546 . . . 1556 . . . 1566 . . . 1576 . . . 1586 . . . 1596 . . . 1606 . . . 1616 . . . 1626 . . . 1636 . . . 1646 . . . 1656 . . . 1666 . . . 1676 . . . 1686 . . . 1696 . . . 1706 . . . 1716 . . . 1726 . . . 1736 . . . 1746 . . . 1756 . . . 1766 . . . 1776 . . . 1786 . . . 1796 . . . 1806 . . . 1816 . . . 1826 . . . 1836 . . . 1846 . . . 1856 . . . 1866 . . . 1876 . . . 1886 . . . 1896 . . . 1906 . . . 1916 . . . 1926 . . . 1936 . . . 1946 . . . 1956 . . . 1966 . . . 1976 . . . 1986 . . . 1996 . . . 2006 . . . 2016 . . . 2026 . . . 2036 . . . 2046 . . . 2056 . . . 2066 . . . 2076 . . . 2086 . . . 2096 . . . 2106 . . . 2116 . . . 2126 . . . 2136 . . . 2146 . . . 2156 . . . 2166 . . . 2176 . . . 2186 . . . 2196 . . . 2206 . . . 2216 . . . 2226 . . . 2236 . . . 2246 . . . 2256 . . . 2266 . . . 2276 . . . 2286 . . . 2296 . . . 2306 . . . 2316 . . . 2326 . . . 2336 . . . 2346 . . . 2356 . . . 2366 . . . 2376 . . . 2386 . . . 2396 . . . 2406 . . . 2416 . . . 2426 . . . 2436 . . . 2446 . . . 2456 . . . 2466 . . . 2476 . . . 2486 . . . 2496 . . . 2506 . . . 2516 . . . 2526 . . . 2536 . . . 2546 . . . 2556 . . . 2566 . . . 2576 . . . 2586 . . . 2596 . . . 2606 . . . 2616 . . . 2626 . . . 2636 . . . 2646 . . . 2656 . . . 2666 . . . 2676 . . . 2686 . . . 2696 . . . 2706 . . . 2716 . . . 2726 . . . 2736 . . . 2746 . . . 2756 . . . 2766 . . . 2776 . . . 2786 . . . 2796 . . . 2806 . . . 2816 . . . 2826 . . . 2836 . . . 2846 . . . 2856 . . . 2866 . . . 2876 . . . 2886 . . . 2896 . . . 2906 . . . 2916 . . . 2926 . . . 2936 . . . 2946 . . . 2956 . . . 2966 . . . 2976 . . . 2986 . . . 2996 . . . 3006 . . . 3016 . . . 3026 . . . 3036 . . . 3046 . . . 3056 . . . 3066 . . . 3076 . . . 3086 . . . 3096 . . . 3106 . . . 3116 . . . 3126 . . . 3136 . . . 3146 . . . 3156 . . . 3166 . . . 3176 . . . 3186 . . . 3196 . . . 3206 . . . 3216 . . . 3226 . . . 3236 . . . 3246 . . . 3256 . . . 3266 . . . 3276 . . . 3286 . . . 3296 . . . 3306 . . . 3316 . . . 3326 . . . 3336 . . . 3346 . . . 3356 . . . 3366 . . . 3376 . . . 3386 . . . 3396 . . . 3406 . . . 3416 . . . 3426 . . . 3436 . . . 3446 . . . 3456 . . . 3466 . . . 3476 . . . 3486 . . . 3496 . . . 3506 . . . 3516 . . . 3526 . . . 3536 . . . 3546 . . . 3556 . . . 3566 . . . 3576 . . . 3586 . . . 3596 . . . 3606 . . . 3616 . . . 3626 . . . 3636 . . . 3646 . . . 3656 . . . 3666 . . . 3676 . . . 3686 . . . 3696 . . . 3706 . . . 3716 . . . 3726 . . . 3736 . . . 3746 . . . 3756 . . . 3766 . . . 3776 . . . 3786 . . . 3796 . . . 3806 . . . 3816 . . . 3826 . . . 3836 . . . 3846 . . . 3856 . . . 3866 . . . 3876 . . . 3886 . . . 3896 . . . 3906 . . . 3916 . . . 3926 . . . 3936 . . . 3946 . . . 3956 . . . 3966 . . . 3976 . . . 3986 . . . 3996 . . . 4006 . . . 4016 . . . 4026 . . . 4036 . . . 4046 . . . 4056 . . . 4066 . . . 4076 . . . 4086 . . . 4096 . . . 4106 . . . 4116 . . . 4126 . . . 4136 . . . 4146 . . . 4156 . . . 4166 . . . 4176 . . . 4186 . . . 4196 . . . 4206 . . . 4216 . . . 4226 . . . 4236 . . . 4246 . . . 4256 . . . 4266 . . . 4276 . . . 4286 . . . 4296 . . . 4306 . . . 4316 . . . 4326 . . . 4336 . . . 4346 . . . 4356 . . . 4366 . . . 4376 . . . 4386 . . . 4396 . . . 4406 . . . 4416 . . . 4426 . . . 4436 . . . 4446 . . . 4456 . . . 4466 . . . 4476 . . . 4486 . . . 4496 . . . 4506 . . . 4516 . . . 4526 . . . 4536 . . . 4546 . . . 4556 . . . 4566 . . . 4576 . . . 4586 . . . 4596 . . . 4606 . . . 4616 . . . 4626 . . . 4636 . . . 4646 . . . 4656 . . . 4666 . . . 4676 . . . 4686 . . . 4696 . . . 4706 . . . 4716 . . . 4726 . . . 4736 . . . 4746 . . . 4756 . . . 4766 . . . 4776 . . . 4786 . . . 4796 . . . 4806 . . . 4816 . . . 4826 . . . 4836 . . . 4846 . . . 4856 . . . 4866 . . . 4876 . . . 4886 . . . 4896 . . . 4906 . . . 4916 . . . 4926 . . . 4936 . . . 4946 . . . 4956 . . . 4966 . . . 4976 . . . 4986 . . . 4996 . . . 5006 . . . 5016 . . . 5026 . . . 5036 . . . 5046 . . . 5056 . . . 5066 . . . 5076 . . . 5086 . . . 5096 . . . 5106 . . . 5116 . . . 5126 . . . 5136 . . . 5146 . . . 5156 . . . 5166 . . . 5176 . . . 5186 . . . 5196 . . . 5206 . . . 5216 . . . 5226 . . . 5236 . . . 5246 . . . 5256 . . . 5266 . . . 5276 . . . 5286 . . . 5296 . . . 5306 . . . 5316 . . . 5326 . . . 5336 . . . 5346 . . . 5356 . . . 5366 . . . 5376 . . . 5386 . . . 5396 . . . 5406 . . . 5416 . . . 5426 . . . 5436 . . . 5446 . . . 5456 . . . 5466 . . . 5476 . . . 5486 . . . 5496 . . . 5506 . . . 5516 . . . 5526 . . . 5536 . . . 5546 . . . 5556 . . . 5566 . . . 5576 . . . 5586 . . . 5596 . . . 5606 . . . 5616 . . . 5626 . . . 5636 . . . 5646 . . . 5656 . . . 5666 . . . 5676 . . . 5686 . . . 5696 . . . 5706 . . . 5716 . . . 5726 . . . 5736 . . . 5746 . . . 5756 . . . 5766 . . . 5776 . . . 5786 . . . 5796 . . . 5806 . . . 5816 . . . 5826 . . . 5836 . . . 5846 . . . 5856 . . . 5866 . . . 5876 . . . 5886 . . . 5896 . . . 5906 . . . 5916 . . . 5926 . . . 5936 . . . 5946 . . . 5956 . . . 5966 . . . 5976 . . . 5986 . . . 5996 . . . 6006 . . . 6016 . . . 6026 . . . 6036 . . . 6046 . . . 6056 . . . 6066 . . . 6076 . . . 6086 . . . 6096 . . . 6106 . . . 6116 . . . 6126 . . . 6136 . . . 6146 . . . 6156 . . . 6166 . . . 6176 . . . 6186 . . . 6196 . . . 6206 . . . 6216 . . . 6226 . . . 6236 . . . 6246 . . . 6256 . . . 6266 . . . 6276 . . . 6286 . . . 6296 . . . 6306 . . . 6316 . . . 6326 . . . 6336 . . . 6346 . . . 6356 . . . 6366 . . . 6376 . . . 6386 . . . 6396 . . . 6406 . . . 6416 . . . 6426 . . . 6436 . . . 6446 . . . 6456 . . . 6466 . . . 6476 . . . 6486 . . . 6496 . . . 6506 . . . 6516 . . . 6526 . . . 6536 . . . 6546 . . . 6556 . . . 6566 . . . 6576 . . . 6586 . . . 6596 . . . 6606 . . . 6616 . . . 6626 . . . 6636 . . . 6646 . . . 6656 . . . 6666 . . . 6676 . . . 6686 . . . 6696 . . . 6706 . . . 6716 . . . 6726 . . . 6736 . . . 6746 . . . 6756 . . . 6766 . . . 6776 . . . 6786 . . . 6796 . . . 6806 . . . 6816 . . . 6826 . . . 6836 . . . 6846 . . . 6856 . . . 6866 . . . 6876 . . . 6886 . . . 6896 . . . 6906 . . . 6916 . . . 6926 . . . 6936 . . . 6946 . . . 6956 . . . 6966 . . . 6976 . . . 6986 . . . 6996 . . . 7006 . . . 7016 . . . 7026 . . . 7036 . . . 7046 . . . 7056 . . . 7066 . . . 7076 . . . 7086 . . . 7096 . . . 7106 . . . 7116 . . . 7126 . . . 7136 . . . 7146 . . . 7156 . . . 7166 . . . 7176 . . . 7186 . . . 7196 . . . 7206 . . . 7216 . . . 7226 . . . 7236 . . . 7246 . . . 7256 . . . 7266 . . . 7276 . . . 7286 . . . 7296 . . . 7306 . . . 7316 . . . 7326 . . . 7336 . . . 7346 . . . 7356 . . . 7366 . . . 7376 . . . 7386 . . . 7396 . . . 7406 . . . 7416 . . . 7426 . . . 7436 . . . 7446 . . . 7456 . . . 7466 . . . 7476 . . . 7486 . . . 7496 . . . 7506 . . . 7516 . . . 7526 . . . 7536 . . . 7546 . . . 7556 . . . 7566 . . . 7576 . . . 7586 . . . 7596 . . . 7606 . . . 7616 . . . 7626 . . . 7636 . . . 7646 . . . 7656 . . . 7666 . . . 7676 . . . 7686 . . . 7696 . . . 7706 . . . 7716 . . . 7726 . . . 7736 . . . 7746 . . . 7756 . . . 7766 . . . 7776 . . . 7786 . . . 7796 . . . 7806 . . . 7816 . . . 7826 . . . 7836 . . . 7846 . . . 7856 . . . 7866 . . . 7876 . . . 7886 . . . 7896 . . . 7906 . . . 7916 . . . 7926 . . . 7936 . . . 7946 . . . 7956 . . . 7966 . . . 7976 . . . 7986 . . . 7996 . . . 8006 . . . 8016 . . . 8026 . . . 8036 . . . 8046 . . . 8056 . . . 8066 . . . 8076 . . . 8086 . . . 8096 . . . 8106 . . . 8116 . . . 8126 . . . 8136 . . . 8146 . . . 8156 . . . 8166 . . . 8176 . . . 8186 . . . 8196 . . . 8206 . . . 8216 . . . 8226 . . . 8236 . . . 8246 . . . 8256 . . . 8266 . . . 8276 . . . 8286 . . . 8296 . . . 8306 . . . 8316 . . . 8326 . . . 8336 . . . 8346 . . . 8356 . . . 8366 . . . 8376 . . . 8386 . . . 8396 . . . 8406 . . . 8416 . . . 8426 . . . 8436 . . . 8446 . . . 8456 . . . 8466 . . . 8476 . . . 8486 . . . 8496 . . . 8506 . . . 8516 . . . 8526 . . . 8536 . . . 8546 . . . 8556 . . . 8566 . . . 8576 . . . 8586 . . . 8596 . . . 8606 . . . 8616 . . . 8626 . . . 8636 . . . 8646 . . . 8656 . . . 8666 . . . 8676 . . . 8686 . . . 8696 . . . 8706 . . . 8716 . . . 8726 . . . 8736 . . . 8746 . . . 8756 . . . 8766 . . . 8776 . . . 8786 . . . 8796 . . . 8806 . . . 8816 . . . 8826 . . . 8836 . . . 8846 . . . 8856 . . . 8866 . . . 8876 . . . 8886 . . . 8896 . . . 8906 . . . 8916 . . . 8926 . . . 8936 . . . 8946 . . . 8956 . . . 8966 . . . 8976 . . . 8986 . . . 8996 . . . 9006 . . . 9016 . . . 9026 . . . 9036 . . . 9046 . . . 9056 . . . 9066 . . . 9076 . . . 9086 . . . 9096 . . . 9106 . . . 9116 . . . 9126 . . . 9136 . . . 9146 . . . 9156 . . . 9166 . . . 9176 . . . 9186 . . . 9196 . . . 9206 . . . 9216 . . . 9226 . . . 9236 . . . 9246 . . . 9256 . . . 9266 . . . 9276 . . . 9286 . . . 9296 . . . 9306 . . . 9316 . . . 9326 . . . 9336 . . . 9346 . . . 9356 . . . 9366 . . . 9376 . . . 9386 . . . 9396 . . . 9406 . . . 9416 . . . 9426 . . . 9436 . . . 9446 . . . 9456 . . . 9466 . . . 9476 . . . 9486 . . . 9496 . . . 9506 . . . 9516 . . . 9526 . . . 9536 . . . 9546 . . . 9556 . . . 9566 . . . 9576 . . . 9586 . . . 9596 . . . 9606 . . . 9616 . . . 9626 . . . 9636 . . . 9646 . . . 9656 . . . 9666 . . . 9676 . . . 9686 . . . 9696 . . . 9706 . . . 9716 . . . 9726 . . . 9736 . . . 9746 . . . 9756 . . . 9766 . . . 9776 . . . 9786 . . . 9796 . . . 9806 . . . 9816 . . . 9826 . . . 9836 . . . 9846 . . . 9856 . . . 9866 . . . 9876 . . . 9886 . . . 9896 . . . 9906 . . . 9916 . . . 9926 . . . 9936 . . . 9946 . . . 9956 . . . 9966 . . . 9976 . . . 9986 . . . 9996 . . . 10006 . . . 10016 . . . 10026 . . . 10036 . . . 10046 . . . 10056 . . . 10066 . . . 10076 . . . 10086 . . . 10096 . . . 10106 . . . 10116 . . . 10126 . . . 10136 . . . 10146 . . . 10156 . . . 10166 . . . 10176 . . . 10186 . . . 10196 . . . 10206 . . . 10216 . . . 10226 . . . 10236 . . . 10246 . . . 10256 . . . 10266 . . . 10276 . . . 10286 . . . 10296 . . . 10306 . . . 10316 . . . 10326 . . . 10336 . . . 10346 . . . 10356 . . . 10366 . . . 10376 . . . 10386 . . . 10396 . . . 10406 . . . 10416 . . . 10426 . . . 10436 . . . 10446 . . . 10456 . . . 10466 . . . 10476 . . . 10486 . . . 10496 . . . 10506 . . . 10516 . . . 10526 . . . 10536 . . . 10546 . . . 10556 . . . 10566 . . . 10576 . . . 10586 . . . 10596 . . . 10606 . . . 10616 . . . 10626 . . . 10636 . . . 10646 . . . 10656 . . . 10666 . . . 10676 . . . 10686 . . . 10696 . . . 10706 . . . 10716 . . . 10726 . . . 10736 . . . 10746 . . . 10756 . . . 10766 . . . 10776 . . . 10786 . . . 10796 . . . 10806 . . . 10816 . . . 10826 . . . 10836 . . . 10846 . . . 10856 . . . 10866 . . . 10876 . . . 10886 . . . 10896 . . . 10906 . . . 10916 . . . 10926 . . . 10936 . . . 10946 . . . 10956 . . . 10966 . . . 10976 . . . 10986 . . . 10996 . . . 11006 . . . 11016 . . . 11026 . . . 11036 . . . 11046 . . . 11056 . . . 11066 . . . 11076 . . . 11086 . . . 11096 . . . 11106 . . . 11116 . . . 11126 . . . 11136 . . . 11146 . . . 11156 . . . 11166 . . . 11176 . . . 11186 . . . 11196 . . . 11206 . . . 11216 . . . 11226 . . . 11236 . . . 11246 . . . 11256 . . . 11266 . . . 11276 . . . 11286 . . . 11296 . . . 11306 . . . 11316 . . . 11326 . . . 11336 . . . 11346 . . . 11356 . . . 11366 . . . 11376 . . . 11386 . . . 11396 . . . 11406 . . . 11416 . . . 11426 . . . 11436 . . . 11446 . . . 11456 . . . 11466 . . . 11476 . . . 11486 . . . 11496 . . . 11506 . . . 11516 . . . 11526 . . . 11536 . . . 11546 . . . 11556 . . . 11566 . . . 11576 . . . 11586 . . . 11596 . . . 11606 . . . 11616 . . . 11626 . . . 11636 . . . 11646 . . . 11656 . . . 11666 . . . 11676 . . . 11686 . . . 11696 . . . 11706 . . . 11716 . . . 11726 . . . 11736 . . . 11746 . . . 11756 . . . 11766 . . . 11776 . . . 11786 . . . 11796 . . . 11806 . . . 11816 . . . 11826 . . . 11836 . . . 11846 . . . 11856 . . . 11866 . . . 11876 . . . 11886 . . . 11896 . . . 11906 . . . 11916 . . . 11926 . . . 11936 . . . 11946 . . . 11956 . . . 11966 . . . 11976 . . . 11986 . . . 11996 . . . 12006 . . . 12016 . . . 12026 . . . 12036 . . . 12046 . . . 12056 . . . 12066 . . . 12076 . . . 12086 . . . 12096 . . . 12106 . . . 12116 . . . 12126 . . . 12136 . . . 12146 . . . 12156 . . . 12166 . . . 12176 . . . 12186 . . . 12196 . . . 12206 . . . 12216 . . . 12226 . . . 12236 . . . 12246 . . . 12256 . . . 12266 . . . 12276 . . . 12286 . . . 12296 . . . 12306 . . . 12316 . . . 12326 . . . 12336 . . . 12346 . . . 12356 . . . 12366 . . . 12376 . . . 12386 . . . 12396 . . . 12406 . . . 12416 . . . 12426 . . . 12436 . . . 12446 . . . 12456 . . . 12466 . . . 12476 . . . 12486 . . . 12496 . . . 12506 . . . 12516 . . . 12526 . . . 12536 . . . 12546 . . . 12556 . . . 12566 . . . 12576 . . . 12586 . . . 12596 . . . 12606 . . . 12616 . . . 12626 . . . 12636 . . . 12646 . . . 12656 . . . 12666 . . . 12676 . . . 12686 . . . 12696 . . . 12706 . . . 12716 . . . 12726 . . . 12736 . . . 12746 . . . 12756 . . . 12766 . . . 12776 . . . 12786 . . . 12796 . . . 12806 . . . 12816 . . . 12826 . . . 12836 . . . 12846 . . . 12856 . . . 12866 . . . 12876 . . . 12886 . . . 12896 . . . 12906 . . . 12916 . . . 12926 . . . 12936 . . . 12946 . . . 12956 . . . 12966 . . . 12976 . . . 12986 . . . 12996 . . . 13006 . . . 13016 . . . 13026 . . . 13036 . . . 13046 . . . 13056 . . . 13066 . . . 13076 . . . 13086 . . . 13096 . . . 13106 . . . 13116 . . . 13126 . . . 13136 . . . 13146 . . . 13156 . . . 13166 . . . 13176 . . . 13186 . . . 13196 . . . 13206 . . . 13216 . . . 13226 . . . 13236 . . . 13246 . . . 13256 . . . 13266 . . . 13276 . . . 13286 . . . 13296 . . . 13306 . . . 13316 . . . 13326 . . . 13336 . . . 13346 . . . 13356 . . . 13366 . . . 13376 . . . 13386 . . . 13396 . . . 13406 . . . 13416 . . . 13426 . . . 13436 . . . 13446 . . . 13456 . . . 13466 . . . 13476 . . . 13486 . . . 13496 . . . 13506 . . . 13516 . . . 13526 . . . 13536 . . . 13546 . . . 13556 . . . 13566 . . . 13576 . . . 13586 . . . 13596 . . . 13606 . . . 13616 . . . 13626 . . . 13636 . . . 13646 . . . 13656 . . . 13666 . . . 13676 . . . 1